
Nr. 34
2 – 1988
3,- DM
ARCHIS
ES MAGAZIN
Bibliothek
des Ruhrgebiets
Bibliothek des ISB
520 2319
Internationalismus? Anti-Nationalismus!
Rote Zora -Interview, RMR,
Prostitution auf den
Philippinen, Chile,
Gentechnologie



REDAKTIONEN:

AKTION und Regionalredaktion Frankfurt:
(Einschreiben, Pakete o.ä.:
z.Hd. G. Neumann)
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069-7381152
Redaktionstreffen: dienstags ab 19 Uhr im LZ

Regionalredaktion Göttingen:
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Regionalredaktion Hamburg:
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

Regionalredaktion Rhein-Ruhr:
c/o Libertäres Zentrum
Essensberger Sr. 100
4130 Moers

Regionalredaktion Darmstadt:
Postlagerkarte 010093 B
6100 Darmstadt
oder
Infoladen
c/o Aktionsgemeinschaft Umweltschutz
Lauteschlägerstraße
6100 Darmstadt

VisdP: G. Neumann

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Der Gerichtsstand ist Frankfurt.

Konto:
W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30-607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

ABO:
5 Ausgaben 15.-DM
10 Ausgaben 30.-DM
Überweisungen mit der Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder mit Scheck. Absender nicht vergessen!
WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt zuzüglich Porto.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Business-Glas ist unser Standard

EDITORIAL

REDAKTIONSSCHLUSS: 26. April 1988

Der kapitalistische Zusammenbruch scheint noch fern am Horizont zu flimmern. Wir nutzen die vorrevolutionäre Epoche zur Produktion einer weiteren Ausgabe der AKTION. Übrigens ist zum Komplex "Ökonomie, Gesellschaft, Widerstand" Interessantes zu finden im Schwarzen Faden Nr. 27 (s.33 ff, Auf der Suche nach Orten des Widerstandes) und in der Wildcat Nr. 43 (Einleitung ... der Klassenkampf ist immer und überall!). Zwei konträre Standpunkte zum Thema! Die AKTION wird demnächst das ihrige dazu erarbeiten. Zu unserer Ausgabe AKTION Nr. 34, 2-88 möchten wir inhaltlich auf den Artikel zum Thema Internationalismus, "so much trouble in the World" hinweisen. Besondere Aktualität hat auch ein Interview mit der Roten Zora, das zwar schon vor einiger Zeit geführt wurde, aber nichts von seiner politischen Brisanz eingebüßt hat. Trotz Repression, oder gerade wegen der hysterischen Reaktionen des Staates, hat sich zur Gen- und Reproduktionstechnologie zunehmend eine öffentliche Kontroverse entwickelt.
Die Staatsmacht zielt im Rhein-Main-Gebiet mit Ausspähungen, Schnüffeleien, Knast und Drohungen auf die Zerschlagung einer Widerstandsbewegung. Wir informieren über die Gefangenen aus der Startbahnbewegung, aber auch über die Ausbaupläne des Frankfurter Flughafens. Was für eine Zeit, wo die Mörder Günther Sares freigesprochen werden während in München beim bundesweit ersten Prozeß gegen StrommastsägerInnen Urteile über 9 bzw 7 Jahre Knast gefällt werden! Die AKTION wird sich vom 29.04.88 bis zum 02.05.88 zu einem weiteren bundesweiten Treffen in Hamburg versammeln. Regionalredaktionen, MitarbeiterInnen, WiederverkäuferInnen, Interessierte werden die inhaltiche und praktische Arbeit in und um die Zeitung für den nächsten "5-Monats-Plan" festlegen. Wir suchen weiter nach WiederverkäuferInnen (30% WiederverkäuferInnenrabatt!). Teilt uns mit, wenn ihr Kneipen, Läden, Buchläden, Treffs, Gruppen usw. kennt, die die AKTION verkaufen wollen. Wir haben erfreulicherweise Spenden erhalten. Wir hoffen, daß viele Leute diesem guten Beispiel folgen! Wir brauchen Knete!
Spenden kamen von:
- 85,00 DM, K. H., Hannover
- 200,00 DM, Schwarze Tage, Köln
- 20,00 DM, W.w., Frankfurt

Anarchie und Autonomie





LEGAL, ILLEGAL, SCHEISSEGAL

Zur Diskussion Frauenbewegung und Rote Zora, Frauenhandel, Gentechnologie



Der Kampf gegen Staat und Kapital wurde schon immer in der unterschiedlichsten Art und Weise geführt. Die verschiedenen Herangehensweisen von Gruppen heißt aber nicht unbedingt, daß sie nicht von gemeinsamen Grundlagen ausgehend gemeinsame Ziele erkämpfen können und wollen. Diskussionen führen, Demos, Veranstaltungen, Zentren, Zeitungen machen eben alles, was in diesem Staat bisher noch als "legale" Kampfform galt, sind eine Form von Kampf und genauso notwendig, wie ein richtig plazierter Anschlag zur rechten Zeit, was natürlich nicht erlaubt ist und Repression verfolgt wird.

Beides kann nebeneinander stehen und doch zusammengehören.

Werden dem Staat die bisher zähneknirschend geduldeten "legalen" Kämpfe zu heiß, oder beginnt sich über sie eine breite Bewegung zu bilden, wie sie z.B. bei der Gentechnologie im entstehen ist, versuchen sie diese durch drohende Kriminalisierung zum stoppen zu bringen. Herhalten müssen Gruppen, die durch ihre Kampfform bereits "illegal" und damit kriminalisiert sind. Es soll Angst geschürt werden, durch gleiche Diskussionen und Ansatzpunkte mit ihnen unter einen Hut gesteckt zu werden.

Damit ihre Rechnung nicht aufgeht, müssen wir uns offensiv dagegen zur Wehr setzen. Wir wollen dies hier am Beispiel anarchistisch-autonomer Frauenzusammenhänge und Rote Zora verdeutlichen.

Die in den 70er Jahren entstandene neue Frauenbewegung hat nach ihrem Zerfall nicht viele Frauengruppen übrig gelassen, die den Kampf gegen Frauenunterdrückung und Patriarchat nicht trennen können und wollen vom Kampf gegen das kapitalistische Staatssystem. An verschiedenen Punkten wurde das auch immer wieder aufgezeigt.

Ein Beispiel davon ist die Sexindustrie und der internationale Frauenhandel. Unterwerfung von Frauen und imperialistischer Krieg gehören eng zusammen. Sexindustrie und Bordellkultur sind immer eine Begleiterscheinung militärischer Präsenz. In Südostasien wurden beispielsweise die durch die US-Armee im Vietnamkrieg in Gang gekommen Sexgeschäfte später systematisch zur Tourismusbranche ausgebaut, vorzugsweise auf den Philippinen. Die imperialistische Ausbeutung des Landes und die damit verbundene Verarmung der Bevölkerung zwingt die Frauen dazu, sich den weißen Herren zu verdingen, um überleben zu können, sei es in den Weltmarktfabriken unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen für Lohn unter dem Existenzminimum oder durch Prostitution. Der Besitz von D-Mark und Dollars gibt den Männern das Recht, sich Frauen zu kaufen für eine Nacht, ein paar Tage, ein Leben.

Der Frauenhandel ist aber nicht nur ein kapitalistisch fast schon rentabler Industriezweig geworden. Dei Vermittler sehen sich auch als Bewahrer der männlichen Gesellschaftsordnung, die dafür Sorge trägt, das jeder "kleine" Mann noch über eine "richtige" Frau verfügen kann. Die philippinischen Frauen werden ihnen als besonders anschmiegsam und treu und zu jedem Dienst bereit angepriesen.

Eine Frauengruppe, die sich wie viele andere mit diesem und anderen Themen auseinandersetzt und dagegen kämpft ist die Rote Zora. Sie hat eine andere Organisations- und Kampfform als wir in den "legalen" Zusammenhängen, aber die gleichen Ansätze und Vorstellungen wie wir und darin lassen wir uns nicht spalten. Deshalb finden wir es wichtig, das folgende Interview zu veröffentlichen. Es ist zwar schon ein paar Jahre alt, hat aber nichts an Aktualität verloren.

Frage: Fangen wir damit an, wer ihr eigentlich seid?

Zora 1: Meinste das jetzt persönlich – dann sind wir frauen zwischen 20 und 51, einige von uns verkaufen ihre arbeitskraft auf dem markt der möglichkeiten, einige nehmen sich was sie brauchen, andere sind noch nicht durchs soziale netz gefallen. Einige haben kinder, viele andere nicht. Manche frauen sind lesbisch, andere lieben männer. Wir kaufen in ekelhaften supermärkten, wir wohnen in häßlichen häusern, wir gehen gerne spazieren oder ins kino, ins theater, die disco, wir feiern feste, wir pflegen das nichtstun. Klar – wir leben in dem widerspruch, daß viele sachen, die wir machen wollen, hinkriegen wollen, spontan und nach dem bockprinzip nicht klappen können. Aber nach gelungenen aktionen freuen wir uns riesig.

Frage: Wie seid ihr zu eurem namen gekommen?

Zora 2: Die „rote zora und ihre bande" – das ist die wilde göre, die die reichen bestiehlt, um's den armen zu geben. Und banden bilden, sich außerhalb der gesetze zu bewegen, das scheint bis heute ein männliches vorrecht zu sein. Dabei müßten doch gerade die tausend privaten und politischen fesseln, mit denen wir als mädchen und frauen kaputtgeschnürt werden, uns massenhaft zu „banditinnen" für unsere freiheit, unsere würde, unser menschsein machen. Gesetze, recht und ordnung sind grundsätzlich gegen uns, selbst wenn wir uns ein paar rechte schwer erkämpft haben und täglich neu erkämpfen müssen. Radikaler frauenkampf und gesetzestreue – das geht nicht zusammen!

Frage: Aber es ist doch kein zufall, daß euer name die gleichen anfangsbuchstaben wie der der revolutionären zellen hat.

Zora 1: Nein, natürlich nicht. Rote zora soll auch ausdrücken, daß wir die gleichen grundsätze wie die rz's (Revolutionäre Zellen – Anm. d. Red.) haben, dieselbe konzeption, illegale strukturen aufzubauen, ein netz zu schaffen, das der kontrolle und dem zugriff des staatsapparats entzogen ist. Nur so können wir – im zusammenhang mit den offenen, legalen kämpfen der verschiedenen bewegungen – auch subversive und direkte aktionen durchführen. „Wir schlagen zurück!" – diese parole der frauen aus dem mai 68 ist heute in bezug auf individuelle gewalt gegenüber frauen unumstritten. Heftig umstritten und weitgehend tabuisiert ist sie jedoch als antwort auf die herrschaftsverhältnisse, die diese gewalt erst ständig auf's neue erzeugen.



Frage: Was für aktionen habt ihr bisher gemacht und auf welchem hintergrund?

Zora 2: Angefangen haben die „Frauen der rz" 1974 mit einem bombenanschlag auf das bundesverfassungsgericht in karlsruhe, weil wir ja alle die abschaffung des § 218 wollten und nicht diese jederzeit manipulierbare indikationslösung. In der walpurgisnacht '77 haben wir einen sprengsatz bei der bundesärztekammer gezündet, weil von dort aus selbst diese reduzierte abtreibungsreform mit allen mitteln hintertrieben wurde. Dann der anschlag auf schering während des duogynonprozesses. Und immer wieder angriffe gegen sexshops. Eigentlich sollte täglich einer dieser pornoläden brennen oder verwüstet werden! Also: wir halten es für eine absolute notwendigkeit, die ausbeutung der frau als sexualobjekt und kinderproduzentin aus dem „privatbereich" herauszureißen und mit feuer und flamme unsere wut und unseren zorn darüber zu zeigen.

Zora 1: Wir beschränken uns allerdings nicht auf strukturen direkter d.h. augenscheinlicher frauenunterdrückung. Als frauen sind wir ebenso von den gesellschaftlichen gewaltverhältnissen insgesamt betroffen, ob es sich nun um stadt- oder umweltzerstörung handelt oder um kapitalistisch organisierte produktionsformen, also verhältnisse, denen auch die männer ausgesetzt sind. Wir wollen keine „linke" arbeitsteilung nach dem motto: die frauen für die frauenfragen, die männer für allgemein politische themen. Die verantwortung für die veränderung unseres alltags lassen wir uns nicht nehmen! Deswegen haben wir z.b. die prachtschlitten der anwälte von miethai kaußen angezündet, die für eine ganze reihe brutaler häuserräumungen verantwortlich waren. Deswegen haben wir durch den nachdruck „echter fahrscheine", die wir zusammen mit den rz's im ruhrgebiet verteilt haben, ein bißchen den nulltarif eingeführt.

Zora 2: Unsere letzten anschläge richteten sich gegen siemens und die computerfirma nixdorf. Sie treiben mit der entwicklung neuer herrschaftstechnologien immer ausgeklügeltere möglichkeiten der kriegsproduktion und der widerstandsbekämpfung voran. Darüberhinaus ging es uns dabei um ihre vorreiterfunktion bei der umstrukturierung von arbeit, vor allem auf dem rücken der frauen, weltweit. So wie hier die frauen in heimarbeit, kapovaz und teilzeitarbeit voneinander isoliert und ohne soziale absicherungen profitabler ausgebeutet werden sollen – mit den technologien dieser firmen – so werden die frauen der sog. 3. welt bei der produktion dieser elektronik regelrecht verschlissen. Mit 25 sind sie total kaputtgearbeitet, ausrangiert!

Frage: Diese verbindung zur 3. welt, zu ausbeutung der frauen dort – inwieweit ist das wichtig für euch?

Zora 1: Diesen zusammenhang haben wir bisher in all unseren anschlägen erklärt, so auch gegen die frauenhändler und die philippinische botschaft im vergangenen jahr. Wir kämpfen nicht *für* die frauen in den ländern der peripherie, sondern *mit* ihnen – z.b. gegen die ausbeutung der frauen als ware. Dieser moderne sklavinnenhandel hat ja seine entsprechung in den ehelichen besitzverhältnissen hier. Die formen der unterdrückung sind zwar verschieden, aber sie haben gemeinsame wurzeln. Wir wollen uns nicht länger gegeneinander ausspielen lassen. Die spaltung zwischen männern und frauen findet international ihre entsprechung in der spaltung zwischen den völkern der 1. und der 3. welt. Wir selbst profitieren von der internationalen arbeitsteilung. Wir wollen unsere verflechtung mit diesem system durchbrechen und unsere gemeinsamkeiten mit den frauen anderer länder rauskriegen.

frage: Ihr habt erklärt, wie ihr eure praxis begreift. Warum ihr euch im zusammenhang der rz's organisiert, geht daraus allerdings nicht hervor.



Zora 2: Hauptgrund ist erstmal, daß diese politik von den rz's entwickelt wurde, und wir finden sie nach wie vor richtig. Wir haben in unserer entwicklung eigene inhalte bestimmt – deswegen sind wir ja als frauen autonom organisiert –, greifen aber auf die erfahrungen der rz's zurück. Darüberhinaus kann eine zusammenarbeit von radikalen gruppen den militanten widerstand insgesamt stärken. Es gab produktive formen der zusammenarbeit wie die aktionen zum reagan-besuch oder das diskussionspapier zur friedensbewegung („in gefahr und höchster not bringt der mittelweg den tod!"). Es gibt auch immer wieder nervige diskussionen. Denn die männer, die ansonsten ihren radikalen bruch mit diesem system in eine konsequente praxis umsetzen, sind oft erschreckend weit davon entfernt, zu begreifen, was antisexistischer kampf heißt und welche bedeutung er für eine sozialrevolutionäre perspektive hat. Es ist unter uns frauen auch umstritten, wo die grenzen sind, an denen uns die zusammenarbeit stärkt oder unseren frauenkampf lähmt. Wir denken aber, daß uns mit einigen frauen der rz's unsere feministische identität verbindet.

Frage: Heißt das, daß ihr euch als feministinnen versteht?

Zora 1: Ja, selbstverständlich gehen wir davon aus, daß das private politisch ist. Deshalb sind unserer auffasung nach alle sozialen, ökonomischen und politischen verhältnisse, die das sog. private ja erst strukturieren und verfestigen, eine aufforderung zum kampf gerade für uns frauen. Das sind die ketten, die wir zerreißen wollen. Aber es ist zu kurz gegriffen, die unterdrückung von frauen hier in der brd zum alleinigen dreh- und angelpunkt von politik zu machen und andere herrschafts- und gewaltverhältnisse wie klassenausbeutung, rassismus, die ausrottung ganzer völker durch den imperialismus, dabei auszublenden. Diese haltung geht der misere niemals auf den grund: daß nämlich frauenunterdrückung und geschlechtliche arbeitsteilung voraussetzung und grundlage für ausbeutung und herrschaft in jeglicher form sind – gegenüber anderen rassen, minderheiten, alten und kranken, und vor allem gegenüber aufständischen und unbezähmbaren.

Zora 2: Die schwierigkeiten fangen für uns da an, wo feministische forderungen dazu benutzt werden, in dieser gesellschaft „gleichberechtigung" und anerkennung zu fordern. Wir wollen keine frauen in männerpositionen und lehnen frauen ab, die karriere innerhalb patriarchaler strukturen unter dem deckmantel des frauenkampfes machen. Solche karrieren bleiben ein individueller akt, von dem nur einige privilegierte frauen profitieren. Denn die verwaltung, die gestaltung der macht wird frauen in dieser gesellschaft nur gewährt, wenn sie in diesen positionen interessen der männer vertreten oder der jeweilige aufgabenbereich fraueninteressen gar nicht erst zuläßt.

Frage: Die frauenbewegung war in den 70er jahren ziemlich stark. Sie hat auf legalem weg einiges erreicht. Stichworte dazu sind: kampf gegen 218, öffentlichmachung von gewalt gegen frauen in der ehe und familie, vergewaltigung als akt der macht und gewalt, schaffung autonomer gegenstrukturen. Warum behauptet ihr dann die notwendigkeit des bewaffneten kampfes?

Zora 1: Sicher, die frauenbewegung hat vieles erreicht, und ich finde, das wichtigste ergebnis ist, daß sich ein breites gesellschaftliches bewußtsein von frauenunterdrückung entwickelt hat. Und daß frauen ihre unterdrückung nicht mehr individuell erfahren, sich gar selbst die schuld an ihrer misere geben, sondern daß frauen sich zusammengefunden und ihre gemeinsame stärke erfahren haben. Auch das, was durch die frauenbewegung aufgebaut wurde, die frauenbuchläden, die frauenzentren, frauenzeitungen oder treffs wie die sommeruni und kongresse – das alles gehört mittlerweile zur politischen realität und ist fester bestandteil für die weiterentwicklung unseres kampfes.

Zora 2: Manche erfolge waren auch eher ausdruck einer gesellschaftlichen situation, in der frauen freiräume gewährt werden konnten – klar – als man die frauen in die produktion und in die büros haben wollte, wurden mehr kindergartenplätze geschaffen. Zur grundsätzlichen änderung der lebensituation der frau hat das nicht geführt. Dazu gehört eine kontinuierliche bewegung, deren ziele nicht integrierbar sind, deren kompromißloser teil sich nicht in legale formen zwängen läßt – deren wut und entschlossenheit in außerparlamentarischen kämpfen und antiinstitutionellen formen ungebrochen zum ausdruck kommt.

Zora 1: Der legale weg ist nicht ausreichend, denn die gewöhnlichen unterdrückungs- und gewaltstrukturen sind ja die legalität: wenn ehemänner ihre frauen schlagen und vergewaltigen, dann ist das legal. Wenn frauenhändler unsere schwestern aus der „3. welt" kaufen und an deutsche biedermänner weiterverkaufen, dann ist das legal. Wenn frauen für ein existenzminimum eintönigste arbeit machen müssen und dabei ihre gesundheit ruinieren, dann ist das legal. Alles gewaltverhältnisse, die wir nicht länger bereit sind zu ertragen und hinzunehmen, die nicht allein dadurch abzuschaffen sind, daß wir sie anprangern. Die öffentliche bewußtmachung des ausmaßes an gewalt gegen frauen ist ein wichtiger schritt, der aber nicht dazu geführt hat, sie zu verhindern. Es ist ein phänomen, daß den schreienden ungerechtigkeiten, denen frauen ausgesetzt sind, ein unglaubliches maß an ignoranz entgegenschlägt. Es ist eine toleranz, die männliches nutznießertum entlarvt. Dieser „normalzustand" hängt damit zusammen, daß es wenig militante gegenwehr gibt. Unterdrückung wird erst sichtbar durch widerstand. Deswegen sabotieren, boykottieren wir, fügen schaden zu, rächen uns für erfahrene gewalt und erniedrigung, in dem wir die verantwortlichen angreifen.

Frage: Wie schätzt ihr die derzeitige frauenbewegung ein?

Zora 2: Von *der* frauenbewegung zu sprechen, finden wir falsch. Einerseits wird unter frauenbewegung verstanden, was aus den alten strukturen resultiert und davon übriggeblieben ist, von projekten, treffs bis hin zur mystik. Es gibt viele strömungen, die sich jedoch nicht fruchtbar ergänzen, sondern teilweise ausschließen und bekämpfen. Andererseits gehen neue politische impulse von anderen zusammenhängen aus, in denen sich frauen als frauen ihrer unterdrückung bewußt werden, die radikal patriarchale strukturen in frage stellen und im interesse der frauen politik machen – z.b. die frauen in lateinamerikagruppen, im häuserkampf, in antiimperialistischen gruppen. Deswegen stimmt auch der satz: die frauenbewegung ist tot, es lebe die frauenbewegung! Denn die frauenbewegung ist keine teilbewegung wie die akw-bewegung oder der häuserkampf, die sich überleben, wenn keine akw's mehr gebaut werden und spekulationsobjekte nicht länger zur verfügung stehen. Die frauenbewegung bezieht sich auf die totalität patriarchaler strukturen, auf deren technologie, deren arbeitsorganisation, deren verhältnis zur natur, und ist damit ein phänomen, das nicht mit der beseitigung einzelner auswüchse verschwindet, sonder erst in dem langen prozeß der sozialen revolution.

Zora 1: Die frauenbewegung hat ihre niederlage beim § 218 und bei der staatlichen finanzierung von projekten wie der frauenhäuser nie richtig analysiert. Es fehlt ein ablehnendes verhältnis zu staatlicher politik. Zusätzlich wurde die wende in der familienpolitik durch die welle der neuen mütterlichkeit in der frauenbewegung vorweggenommen. Die klassenfrage wurde auch immer ausgeklammert, soziale unterschiede wurden durch die gleichheit der sexistischen ausbeutung negiert. Das erschwert gerade in der jetzigen krise eine antwort auf die verschlechterung der arbeitsbedingungen und verschärfte ausbeutung sowie auf die reaktionäre familienpolitik. Das fehlen einer handlungsperspektive, um angemessen auf den krisenangriff zu reagieren, führt zu dem dilemma, entweder offensiv gegen die reaktionäre politik vorzugehen oder lediglich die entfaltung von subjektivität in frauenfreiräumen zu retten. Diesen widerspruch können wir nicht theoretisch lösen und die praktische konsequenz, z.zt. frauenräte/weiberräte zu bilden, ist keine vorantreibende lösung. Erfahrungsgemäß erreichen wir frauen keine macht auf wegen, die gerade dazu da sind, frauen auszuschließen, die patriarchale herrschaft zu sichern und zu erhalten. Deshalb sehen wir im weiberrat, der darauf ausgerichtet ist, einflußnahme in parteien und institutionen zu organisieren, den falschen weg.

Zora 2: Aber dazu gibt es mittlerweile auch andere wichtige diskussionsansätze und analysen unter frauen, die die zukünftige gesellschaftliche entwicklung zum gegenstand haben. So werden aus der sicht von unten die auswirkungen der verschärften ausbeutung mit hilfe neuer technologien untersucht, die neuen lohn- und arbeitsformen werden in ihren folgen für die frauen analysiert, die indirekten gewaltstrukturen gegen frauen werden immer genauer erfaßt. Der alltagskrieg gegen frauen – die harte pornowelle und die zunehmende frauenverachtende propaganda – sowie die gesellschaftliche aufforderung zu mehr mütterlichkeit, mehr weiblichkeit werden von vielen frauen deutlich erkannt und abgelehnt. Ebenso, daß die krise und die neuen kapitalstrategien diese rückschrittliche frauen- und familienpolitik zur voraussetzung haben. Bevölkerungspolitik – und dazu rechnen wir auch die änderung des § 218 – ist der versuch einer qualitativen einflußnahme auf die entwicklung der bevölkerung. Zusammen mit der staatlich geförderten gentechnologie ist es unter anderem ziel, den „gesunden deutschen mittelstand" zu vermehren – eine auslese, die verhindert werden muß. Wir brauchen heute dringender denn je eine radikale frauenbewegung, die die kraft hat, ganz konkret die gesellschaftliche und sozialpolitische einkreisung nicht nur der frauen, sondern auch anderer bevölkerungsgruppen wie ausländer und minderheiten zu verhindern und aufzubrechen. Eine frauenbefreiungsbewegung, die die hoffnung auf revolution nicht nur zu einem schönen traum verkommen läßt.

Frage: Begreift ihr euch als teil der frauenbewegung oder als teil der guerilla oder beides und wie seht ihr den zusammenhang?

Zora 1: Wir sind teil der frauenbewegung, wir führen den kampf um frauenbefreiung. Neben den theoretischen gemeinsamkeiten gibt es noch einen anderen zusammenhang zwischen unserer praxis und der legalen frauenbewegung, nämlich den der subjektiven radkalisierung, die auch anderen frauen mut machen kann, sich zu wehren, die dazu beiträgt, daß frauen sich selbst und ihren widerstand ernstnehmen. Das gefühl der stärke, wenn du siehst, du schaffst etwas, wovor du vorher angst hattest, und wenn du siehst, es bewirkt was. Diese erfahrung würden wir auch gerne vermitteln. Wir denken nicht, Daß das in den formen ablaufen muß, die wir gewählt haben. Z.b. die frauen, die in berlin eine peep-show störten, dort frauenzeichen und gestank hinterließen – solche aktionen machen uns mut, stärken uns, und wir hoffen, daß es anderen frauen mit unseren aktionen auch so geht. Unser traum ist, daß es überall kleine frauenbanden gibt – wenn in jeder stadt ein vergewaltiger, ein frauenhändler, ein prügelnder ehemann, ein frauenfeindlicher zeitungsverleger, ein pornohändler, ein schweinischer frauenarzt damit rechnen und sich davor fürchten müßten, daß eine bande frauen ihn aufspürt, ihn angreift, ihn öffentlich bekannt und lächerlich macht – also z.b. an seinem haus steht, wer er ist, was er getan hat – an seiner arbeitsstelle, auf seinem auto – frauenpower überall!

Frage: Bei euren aktionen gefährdet ihr unter umständen das leben unbeteiligter. Wie könnt ihr das verantworten?



Zora 2: Woher kommt eigentlich die unterstellung, daß, wer mit unkraut-ex oder mit sprengstoff hantiert, all das über bord werfen würde, was für euch, für die frauenbewegung, für die linke wie selbstverständlich gilt. Umgekehrt! Gerade die möglichkeit, leben zu gefährden, zwingt uns zu besonderer verantwortlichkeit. Du weißt genauso gut wie wir, daß wir einpacken könnten, wenn du mit deiner frage recht hättest. Es wäre doch paradox, gegen ein system zu kämpfen, dem menschliches leben nur soviel wert ist, wie es verwertbar ist, und im zuge dessen ebenso zynisch, ebenso brutal zu werden, wie die verhältnisse sind. Es gibt zig aktionen, die wir wieder verworfen haben, weil wir die gefährdung unbeteiligter nicht hätten ausschließen können. Manche firmen wissen sehr genau, warum sie sich mit vorliebe in belebten häusern einnisten. Sie spekulieren auf unsere moral, wenn sie sich in mehrfamilienhäusern niederlassen, um dadurch ihr eigentum zu schützen.

Frage: Was sagt ihr zu dem argument: bewaffnete aktionen schaden der bewegung. Sie tragen dazu bei, daß die frauenbewegung mehr als bisher überwacht, bespitzelt wird, daß sie als terroristisch diffamiert, von der mehrheit der frauen abgespalten und isoliert werden könnte?

Zora 1: Der bewegung schaden – damit meinst du die einsetzende repression. Es sind nicht die aktionen, die der bewegung schaden! Im gegenteil: sie sollen und können die bewegung direkt unterstützen. Unser angriff auf die frauenhändler hat z.b. mit dazu beigetragen, daß deren geschäfte öffentlich wurden, daß sie sich bedroht fühlen und wissen, daß sie mit dem widerstand von frauen rechnen müssen, wenn sie ihre geschäfte weiterbetreiben. Und wenn die herren wissen, sie haben mit widerstand zu rechnen, dann ist das eine stärkung für unsere bewegung.

Zora 2: Die radikalen teile mit allen mitteln abzuspalten und zu isolieren, um die bewegung insgesamt zu schwächen, ist seit jeher strategie der widerstandsbekämpfung. Wir haben in den 70er jahren die erfahrung gemacht, wohin es führt, wenn teile der linken die propaganda des staates übernehmen, wenn sie anfangen, für staatliche verfolgung, vernichtung und repression diejenigen verantwortlich zu machen, die kompromißlos kämpfen. Sie verwechseln dabei nicht nur ursache und wirkung, sonder rechtfertigen damit implizit den staatsterror. Sie schwächen damit ihre eigene position. Sie engen den rahmen ihres protests, ihres widerstands selbst ein.

Zora 1: Unsere Erfahrung ist: Um unberechenbar zu bleiben und uns vor den zugriffen des staates zu schützen, ist ein verbindlicher zusammenschluß notendig. Wir können es uns nicht mehr leisten, daß jede gruppe alle fehler wiederholt. Es muß strukturen geben, in denen erfahrungen und kenntnisse ausgetauscht werden und der bewegung nützen können.

Frage: Wie sollen nicht autonom/radikal organisierte frauen verstehen, was ihr wollt? Bewaffnete aktionen haben doch eine „abschreckende wirkung".

Zora 2: Warum hat es keine abschreckende wirkung, wenn ein typ frauen verkauft, sondern wenn sein auto brennt? Dahinter steckt, daß gesellschaftlich legitimierte gewalt aktzeptiert wird, während ein entsprechendes zurückschlagen abschreckt. Mag sein, daß es erschreckt, wenn selbstverständliches in frage gestellt wird, daß frauen, die vo[n] klein auf die opferhaltung eing[e]bleut kriegen, verunsichert sin[d] wenn sie damit konfrontiert we[r]den, daß frauen weder opfer no[ch] friedfertig sind. Das ist eine he[r]ausforderung. Die frauen, d[ie] ihre ohnmacht wütend erlebe[n,] finden sich in unseren aktione[n] wieder. Denn so wie jeder gewa[lt]takt gegenüber *einer* frauen e[in] klima von bedrohung gegenüb[er] *allen* frauen schafft, so tragen un[]sere aktionen, auch wenn sie sic[h] nur gegen einzelne verantwortl[i]che richten, mit dazu bei, e[in] klima zu entwickeln: widersta[nd] ist möglich!



Anschaffen – hier und Anderswo

Die Rote Zora, deren direkte Aktionen gegen Adler oder gentechnologische Einrichtungen noch lebhaft in Erinnerung sind, hat in ihrer mehrjährigen Geschichte immer auch den globalen Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Ausbeutung betont: gegen Patriarchat, Imperialismus und Kapitalismus. Ein Ausdruck dieses Zusammenhangs ist z. B. der Sextourismus besonders westdeutscher Fettärsche nach Asien und Afrika. Wir dokumentieren nun einen Beitrag dazu - einen Reisebericht aus Manila - aus der "Zeitung für leichte & schwere Mädchen", die von der Gruppe "HWG - Huren wehren sich gemeinsam", "Verein zur Förderung der Information und Kommunikation zwischen weiblichen Prostituierten" herausgegeben wird.

Fast jede von uns arbeitet, egal ob in der Bar, im Puff oder im Massagesalon mit ausländischen Frauen zusammen. Meist sind es Afrikanerinnen oder Asiatinnen. Und wer von uns läßt nicht manchesmal Sprüche los wie "die arbeiten billiger und ohne Gummi", "die nehmen uns doch nur die Freier weg", "die sollen da bleiben, wo sie herkommen".

Sind wir doch mal ehrlich, haben wir uns schon einmal Gedanken darüber gemacht, wer diese Frauen sind, aus welchen Lebensverhältnissen sie stammen oder was sie dazu veranlaßt hat, nach Deutschland zu kommen, um als Prosti zu arbeiten?

Wir Frauen von der HWG fanden es wichtig und interessant, mehr über die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Prostis in deren Heimatländern zu erfahren, um einen besseren Einblick in die Lebenssituation der Frauen hier zu bekommen.

Im Frühjahr dieses Jahres packte ich meine Koffer und flog direkt auf die Philipinen nach Manila. Was ich dort während meines sechs-monatigen Aufenthaltes alles erlebte, möchte ich euch im folgenden berichten.

Ermita, so heißt das Vergnügungsviertel in der Acht-Milionenstadt Manila, in der es ca. 50.000 Prostis gibt. Auf den ersten Blick sieht es dort aus wie überall, wo Sex gegen Geld verkauft wird: rote Lichter, bunte Leuchtreklamen, laute Discomusik. Und sogar deutsche Kneipen, namentlich "Fischfang" oder "Edelweiß", wo Mann Sauerkraut mit Rippchen oder andere deutsche Köstlichkeiten essen kann, wo er die Bild und den Stern bekommt und die Ergebnisse der Bundesligaspiele erfährt. Da fragt frau sich, wieso die Männer nicht zu Hause bleiben?

Nun, der Frauen wegen fährt "mann" auf die Philipinen. Um zu erfahren, was es damit auf sich hat, machte ich mich allabendlich auf den Weg, um mir ein Bild von der Prostiscene zu machen.

In Ermita gibt es wie hier bei uns verschiedene Möglichkeiten des Anschaffens: in der Bar, auf der Straße, im Bordell.

Etwa die Hälfte der Prostis arbeiten in Bars. Meist sind sie in der Hand von Ausländern. Eine Heirat mit einer Philipina macht es einfach, dort ein Geschäft zu eröffnen. Die Bars unterscheiden sich kaum voneinander: auf einer Art Laufsteg tanzen ca. vierzig Mädchen, fast nackt, auf engstem Raum, im grellen Schwarzlicht. Die Mädchen sind durchschnittlich achtzehn Jahre alt. Aber auch Vierzehnjährige sind keine Seltenheit.

Noch etwa doppelt so viele Mädchen sitzen an der Bar und bemühen sich um die anwesenden Freier. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ist auffällig hoch. Trauben von jungen Frauen umringen jeden einzelnen Gast, sichtlich bemüht, dessen Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, was den Männern wiederum sehr zu gefallen scheint. Sie fummeln ungeniert die Frauen ab, ohne sich genötigt zu sehen, ihnen auch nur einen Drink auszugeben.

Da sich der Verdienst der Mädchen teilweise nur auf die Getränkekomission bezieht (ca. 1,20 DM pro Drink), kann es sein, daß eine Frau nach zehnstündigem Arbeitstag ohne einen Pfennig die Bar verläßt. Nicht alle Barbesitzer zahlen Lohn fürs Tanzen (ca. 7 DM pro Tag), was häufig wieder auf Block ausgegeben wird.

Hat sich ein Freier für eine Frau entschieden, muß er dem Barbesitzer eine Auslöse in Höhe von 15 - 30 DM bezahlen. Die Frau sieht davon noch keinen Pfennig. Einige Freier glauben sogar, daß damit das Finanzielle geregelt sei und weigern sich nach vergnüglicher Nacht der Frau weiteres Geld zu zahlen. Dies verursacht enormen Streß für die Frauen. Denn nach getaner Arbeit ist es immer schwieriger zu seinem Geld zu kommen. Vorkasse ist hier unbekannt, genau so wie Extra-Bezahlung für Extra-Service. Den sexuellen Wünschen des Freiers sind keinerlei Grenzen gesetzt. Hier bekommt er alles, und das Mädchen muß alles machen.

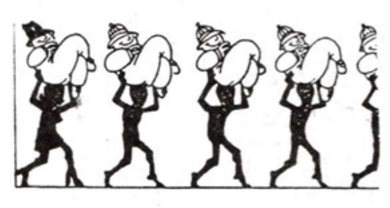
Eine Straßenprostitution wie wir es von hier kennen, gibt es dort nicht. Die sogenannten "pick-up Girls" halten sich in Biergärten, Parks oder auch Hotel-Coffee-Shops auf. Diese Mädchen werden von sparsamen Sextouristen und auch von den alternativen Rucksackreisenden bevorzugt. Der Grund liegt auf der Hand. Der Freier spart die Barauslöse und dem Mädchen wird pro Stich wenn überhaupt nur etwa 10 DM bezahlt. Oft muß sie sich schon mit einem Imbiß begnügen. Unter den Travelers ist es üblich, ein Mädchen als Reisebegleiterin mitzunehmen, womit natürlich gleichzeitig für die Nächte gesorgt ist. Für die Mädchen heißt das meist nur, frei Kost und Logie. Denn Geld sehen sie in der Regel keines.

Die schlimmste Form des Anschaffens ist die im Bordell. Kroteskerweise ist Prostitution auf den Philipinen verboten. Da Anschaffen im Hotel die offensichtlichste Form von Prostitution ist, wird die Existenz dieser Häuser vollkommen geheimgehalten. Meist werden sie von mafia-ähnlichen Organisationen kontrolliert. Für mich als Frau war es unmöglich, eines dieser Häuser zu betreten. Aber aus Erzählungen weiß ich, daß dort meist Kinder aber auch junge Frauen wie Sklaven gehalten und zur Prostitution gezwungen werden.
Da die Kinder die Häuser nie verlassen dürfen, ist es sehr schwierig und nicht ungefährlich, mit ihnen in Kontakt zu kommen bzw. dafür eine Öffentlichkeit zu schaffen.

Nach all diesen Erfahrungen, fragt ihr euch sicher auch: wieso machen das die Mädchen und Frauen eigentlich? Wieso lassen sie sich von den Männern alles bieten? Warum akzeptieren sie alle von den Freiern gestellten Bedingungen?

Und andererseits, was veranlaßt die Männer dazu, 10.000 km Wegstrecke hinter sich zu bringen, nur um zu bumsen?

Diese Frage stellte ich vielen Männern. Ob jung oder alt, konservativ oder progressiv oder auch alternativ, die Antworten unterschieden sich nicht allzu sehr voneinander:



"Hier haben die Frauen Spaß am Sex."
"Die lesen einem jeden Wunsch von den Augen ab und halten nicht gleich die Hand auf."
"Eine deutsche Hure liegt unter dir wie ein Brett. Die ist doch gar nicht bei der Sache und verlangt für jeden zusätzlichen Wunsch Extra-Kohle.



Das ist mir alles zu geschäftlich."
"Eine Philipina ist sich der Stellung des Mannes bewußt. Sie kennt ihre Aufgaben als Frau, auch ohne viel Gequatsche."

Durch meinen längeren Aufenthalt hatte ich die Möglichkeit, einige dieser Frauen näher kennenzulernen. So konnte ich mir selbst ein Bild von ihnen und ihren Lebensumständen machen. Ihr Verhalten gegenüber den Männern wird dadurch sehr viel verständlicher.

Die Frauen kommen aus ärmlichen Landesregionen, sowie aus den Slumvierteln rund um Manila. Arbeitsplätze gibt es so gut wie keine, oder sie sind so schlecht bezahlt, daß eine Familie nie davon leben kann. Prostitu-



tion ist deshalb für die meisten Frauen die einzige Möglichkeit, eine oft zehnköpfige Familie vor dem Verhungern zu retten.

In der Not werden sogar Kinder von den eigenen Eltern an Touristen verkauft. 100 DM zahlt ein Freier für den Genuß einer Entjungverung, ein Preis, von dem eine philipinische Familie wochenlang leben kann. Die Mädchen kommen meist mit falschen Vorstellungen in die Großstadt, um dort Arbeit zu suchen. Sehr schnell landen sie in der Prostitution. Unerfahrenheit, Naivität, Angst und ihre Notlage läßt keine Skrupel zu. Oft ist das Geld, das die Mädchen verdienen, die einzige Einnahmequelle für die ganze Familie.

Schom mit zwölf Jahren (aber auch noch jüngere sind keine Seltenheit) stehen Mädchen auf der Straße und bieten sich den Männern an.

Woher sollen diese Mädels die nötige Erfahrung für diesen Job mitbringen? Selbst mit simplen Dingen wie Verhütungsmitteln wissen sie nicht umzugehen. Und Gummis lehnen die Freier ab. Dadurch kommt es häufig zu ungewollten Schwangerschaften. Abtreibungen stehen an der Tagesordnung.

"Mit vierzehn Jahren schon vier Abtreibungen!" Dies konnte ich in einer Tageszeitung lesen. Susan, eine Freundin von mir, arbeitete noch im siebten Monat als Animierdame in einer Bar. Spätestens zu dem Zeitpunkt wird vielen erst bewußt, daß sie nicht mehr lange in diesem Job arbeiten können und entschließen sich aus Panik im siebten oder achten Monat zu einer Abtreibung. Denn niemand ist da, weder Familie noch Freunde, die sie während dieser Zeit finanziell unterstützen könnte. Medizinische Versorgung im Krankenhaus ist für die Frauen nicht bezahlbar. Sie sind daher auf die unsicheren und für sie gefährlichen Methoden einer Engelmacherin angewiesen. Die Folgen sind teilweise katastrophal.

Auf Grund der mieserablen Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Frauen ist für die meisten eine Heirat mit einem Ausländer der einzige Lichtblick. Daß dies bald geschieht, gibt den Frauen die Hoffnung, endlich der aussichtslosen Situation entfliehen zu können und nicht ständig in der Angst leben zu müssen, ob das Geld zum Überleben reichen wird.

Frusttration und Ausweglosigkeit begleitet von der ständigen Armut erklärt die Anpassungsfähigkeit und Hingabe dieser Frauen.

Und wie ergeht es ihnen, wenn sie hier in der BRD als Prosti arbeiten?

Der meist illegale Aufenthalt, die für Ausländerinnen fehlende Arbeitserlaubnis, Sprachprobleme etc. machen sie besonders abhängig von Ehemännern und Zuhältnern, was wiederum eine viel stärkere Kontrollmöglichkeit bietet.

Ihnen wird ganz klar vorgegeben, wie sie hier zu arbeiten haben, ob mit oder ohne Gummi, für wieviel Geld oder welcher Service dafür geboten wird. Unser Verständnis für ausländische Prostis hält sich ja auch sehr in Grenzen. Sie werden attackiert von allen Seiten: von der Familie, die auf die Kohle wartet, vom Ehemann oder Zuhälter und dann auch noch von uns.

Wir sollten da nicht länger mitmachen! Versuchen wir doch mal, mit ihnen in Kontakt zu kommen, mit ihnen zu reden, ihnen die Arbeitspraktiken zu erkären, die hier üblich sind. Wir müssen endlich den Anfang machen.

Postadresse der Zeitung HWG:
Karlsruher Str. 5
6000 Frankfurt M. 1

MenschenZUCHT und MassenMORD, die NAZIFORSCHUNG setzt sich fort!

Um die Bereiche der Gentechnologie beschreiben und verstehen zu können, müssen erst einmal einige Begriffe ge- bzw. erklärt werden.
Unter der Gentechnik versteht mensch die Erforschung und den Eingriff in das Erbmaterial von Pflanzen, Tieren und Menschen. Mit Hilfe der Reproduktionstechnik (Reproduktion = Wiederherstellung) ist es z.B. möglich, menschliches und tierisches Leben künstlich zu schaffen und Einfluß auf die Fortpflanzung zu nehmen. Jede Zelle einer Pflanze, eines Tieres oder eines Menschen hat arttypische Chromosomen, die sich sowohl in Anzahl, Form und Zusammensetzung unterscheiden. Die Chromosomen sind die Träger der Erbinformation und liegen in Fädenform in jedem Zellkern.
Chromosomen bestehen aus Erbmaterial (DNA) und Eiweiß. Das Gen ist demnach die Einheit in einem DNA-Doppelstrang des Chromosoms, das die Information für ein Eiweißmolekül enthält.
Genetische Forschung wird uns immer schmackhaft gemacht, wenn es darum geht, daß der Hunger in der 3. Welt beigelegt werden soll. Bereits in den 60er Jahren sollte der Hunger mit Hilfe der "Grünen Revolution" bekämpft werden.
Durch Forschung in den Insustriestaaten werden neue Pflanzenarten gezüchtet, die die unterschiedlichsten Eigenschaften haben: gegen "Schädlinge" oder Pestizide resistent, sie benötigen sehr wenig Wasser und können viel Hitze ertragen, oder sie sprechen auf bestimmte Düngemittel gut an.
Und dies ist der springende Punkt. Entwickelt wurden all diese "Wunderpflanzen" der Genforscher nicht, um der 3. Welt überleben zu helfen, sondern um sie noch mehr in eine Abhängigkeit zu bringen. Praktisch die Fortsetzung des Kolonialismus.



Die Industriestaaten wollen ihre besonders guten Nutzpflanzen in großen Mengen an die 3. Welt verkaufen, Düngemittel sind geradezu ein Muß und werden gleich mitgeliefert. Damit noch mehr Profit gemacht werden kann, werden im Extremfall noch spezielle Erntemaschinen benötigt, die die Pflanzen optimal abernten. Länder der 3. Welt, die sich vollends in diese Abhängigkeit begeben haben (und dies sind fast alle), wissen heute, was es heißt, im Gegenzug wertvolle Rohstoffe entweder zu Billigstpreisen für diese "Entwicklungshilfe" an die Industriestaaten abgeben zu müssen oder an diese Fördergenehmigungen zur Ausbeutung im eigenen Land zu erteilen.
Doch genauso gut wie es möglich ist, das genetische Material von Pflanzen zu manipulieren, ist dies auch bei Tieren und Menschen möglich. Mit Hilfe genmanipulierender Versuche können Menschen an Maß gezüchtet werden, die besonderen Ansprüchen entsprechen, die bestimmte Umweltgifte besser vertragen oder bestimmte Arbeitsleistungen schneller und besser vollbringen.
Dies wird von der Forschung jedoch nie angeführt. Es wird nur in den Vordergrund gestellt, daß es durch die Genforschung mögliche ist, Behinderungen bei Föten frühzeitig zu erkennen und im Vorfeld auszuschließen. Doch das hinter der Gentechnologie letztlich nur Bevölkerungspolitik, Familienplanung und Menschenzucht steckt, wird verschwiegen. Mit Hilfe der Gen- und Reproduktionstechnologie ist es ihnen bereits belungen, durch künstliche Befruchtung gewünschtes "Menschenmaterial" zusammenzubringen.
Weitere Tests machen die Schwangerschaft vollends kontrollierbar und führen dazu, daß Föten eines Geschlechts vermehrt abgetrieben werden sollen. In Indien und China sind es z.B. weibliche.
Mit der Gen- und Reproduktionstechnologie haben die Herrschenden also ein Instrument in der Hand, welches es möglich macht, Befruchtung, Schwangerschaft und Geburt viel effizienter zu kontrollieren und zu beeinflußen. In diesem Zusammenhang sollte mensch dann auch die "Humangenetischen Beratungsstellen" sehen, die auch von dieser Regierung verstärkt gefördert werden.
Daß die Gentechnologie auch eine militärische Bedeutung bei der B- (biologische) und C- (chemische) Waffenerprobung spielt, sei nur am Rande bemerkt.
Bezeichnend und leider bei den meisten Protesten gegen die Gentechnologie vergessen, ist, daß die erste Phase der Erprobung der Gentechnologie und die Feststellung des machbaren an Tieren stattfindet. Nach heute herrschendem Forschungsablauf, ist die Gentechnologie ohne Tierversuche nicht denkbar.
Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, die Verbindung von Tier- und Menschenversuch und die parallel laufende Erprobung und Umsetzung.

Für Die Befreiung Von Mensch Und Tier

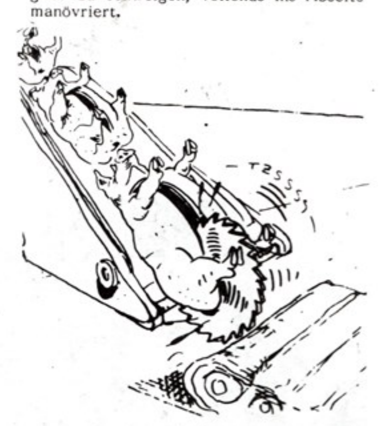
Von der Tierschutz-Aktiv-Nord erhielten wir ein Info zugeschickt, aus dem wir einiges dokumentieren wollen. Es geht hierbei um ein Lebensbereich, der von Vielen bisher politisch nicht beachtet wurde, obwohl wir über's Fleischessen oder über "Haustiere" damit zu tun haben.

Tierschutz-Aktiv-Nord ist ein Zusammenschluß fortschrittlicher TierschützerInnen, die vorher entweder in anderen Gruppen oder gar nicht organisiert waren.
Wir treten ein für eine befreite Gesellschaft, auf dessen Wege die Befreiung der Tiere nicht vergessen werden darf und kann. Die Abschaffung aller Tierversuche und der Massentierhaltung, verbundem mit dem Vertreten eines offensiven Vegetarismus, die Abschaffung und Zerschlagung des Pelztierhandels und der Kürschnermafia, die Anprangerung aller Macht- und Herrschaftsinteressen gegen und mit Tieren, sowie die Zerschlagung der Jagdgesellschaft sind unsere Aufgabenfelder.
Zusammenhänge zu anderen linken Bewegungen werden von uns aufgezeigt und durch Bündnisse untermauert.
Tierschutz-Aktiv-Nord versucht durch legale Aktionen (bezogen auf die BRD-Gesetze) für diese befreite Gesellschaft zu kämpfen. Dabei solidarisieren wir uns vollständig mit dem Autonomen Tierschutz und versuchen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit die Ziele und Aktionen des Autonomen Tierschutzes transparent zu machen. Die Gewaltfrage stellt sich für uns selbst nicht. Wir erklären uns mit allen Widerstands- und Aktionsformen, bei denen das Leben von Mensch und Tier nicht gefährdet wird, solidarisch.
In diesem Sinne können wir die Aussagen des Autonomen Tierschutzes Hamburg zur Gewaltfrage unterstützen:... "Autonome Wege sind und können wohl nicht gewaltfrei sein. Schon das Beschädigen von Türen, Schlössern etc. ist nach geltendem Recht Gewalt, von dem Faktor des Hausfriedensbruches und der Nötigung ganz zu schweigen...
Angesicht des staatsterroristischen Handels der BRD (Tiermord, Ausbeutung "Dritte Welt" usw.) fühlen sich die Autonomen TierschützerInnen nicht mehr an Staatsgesetze und althergebrachte Moralvorstellungen gebunden und lassen sich auch nicht mittels dieser Gesetze und Moralvorstellungen - auch nicht von TierschützerInnen - in irgendeine Ecke drängen..." (Zitat: Dokumentation "AT-Autonomer Tierschutz", Ende 1986).
Mit der Unterstützung derartiger Ansichten stehen wir im Bereich der "Tierschutzbewegung", die es ohnehin nicht gibt, isoliert da. Während bis Ende der siebziger Jahre Tierschutzvereine mit ihrem "Tier-Tantentum" die Szene beherrschten, gründeten sich während dieser Zeit die ersten Gruppierungen, vornehmlich gegen Tierversuche. Des Deutschen bürokratische Gründlichkeit zwang sie wohl gewissermaßen, Vereine zu werden, Satzungen zu erstellen und Vorstandsposten zu verteilen.

Mittlerweile gibt es in jeder größeren Stadt mindestens einen Verein, der sich zum Teil mehr mit seinen Vereinsstatuten als mit seinen Zielen beschäftigt. Der Anschluß an linke und fortschrittliche Strukturen und Bewegungen war zu diesem Zeitpunkt längst verpaßt.



Nicht anders erging es uns in Hamburg, zum Teil haben wir vorher in anderen Gruppen und Vereinen mitgearbeitet. Aus "Bürger gegen Tierversuche e.V." gingen die "Tierversuchsgegner Norddeutschland e.V." hervor und beide haben mehr die Aufgabe Mitglieder als Karteileichen zu verwalten, als progressiven Tierschutz zu betreiben.
Distanzierungen von autonomen Aktionen, Gewaltdiskussionen, Selbstbeschneidung und Rücksichtnahme auf staatliche Machtinteressen haben diese Gruppen, vom alteingesessenen Tierschutzverein ganz zu schweigen, vollends ins Abseits manövriert.



Nach einigen geglückten Aktionen in Hamburg (Störung der HH Senatsjagd, Blockade der Lufthansa, Störung des Deutschen Jägertages) haben wir uns Anfang 1987 unter Tierschutz-Aktiv-Nord zusammengeschlossen.
Weitere Aktionen werden folgen, die autonome Unterstützungsarbeit wird fortgesetzt, und auch zu anderen Gruppierungen des linken Spektrums werden wir Kontakte aufbauen und halten. Und wenn es sein muß, werden wir uns auch von Vereinen und Tier-Tanten, die gegen unsere Ziele arbeiten, distanzieren.
In Süddeutschland, Rhein/Main- und Ruhrgebiet versucht der "Bundesverband der Tierbefreier" diesem "Tier-Tantentum" und der Vereinsmeierei entgegenzutreten und betreibt für Tierschutzkreise geradezu "revolutionäre" Arbeit.

Andreas Wolff, selbsternannter 1. Tierschützer der Republik, gesponserter und oberster "Möchte-Autonomer", hat indes mit dem "Bundesverband der Tierbefreier" nichts mehr zu tun. Dieses macht uns die Zusammenarbeit mit dieser Gruppe leichter. Noch besser würde es funktionieren, wenn der "Bundesverband der Tierbefreier" das "Deutschland" aus seinem Namen streichen würde -- stolz könne wir auf diesen Staat wahrlich in keiner Hinsicht sein!

DER KAMPF GEHT WEITER!

TIERSCHUTZ-AKTIV-NORD
POSTFACH 11 13 03
2000 HAMBURG 11

VEREINS- U. WESTBANK
BLZ 200 300 00
KONTONR.: 36/ 034 38



Die Tierschutz-Aktiv-Nord gibt ein monatliches Schnellinfo heraus, in dem Infos aus Fachzeitschriften, intere Diskussionspapiere und kommentierte Zeitungsartikel enthalten sind. Unkostenbeitrag: 20.- DM für ein halbes Jahr.

Vertreibt die Kürschner...

Pelztierbefreiungen mehren sich, Modenschauen werden gestört und so manche Schaufensterscheibe ging auch schon zu Bruch. In Hamburg haben autonome TierschützerInnen beim Geschäft "Pelz Dmoch sen." 18mal die Scheiben eingeworfen, bis dieser seinen Laden schließen mußte.
Insgesamt gab es in den letzten 20 Monaten mindestens 16 Aktionen gegen "Pelz Dmoch". Mehrere hunderttausend Mark Schaden verursachten die Aktionen des autonomen Tierschutzes, bei denen z.T. Fahrzeuge vollständig ausbrannten.
Vielerorts werden Pelzmäntel mit blutähnlichen Flüssigkeiten besprüht und in Italien lösten sich Pelzmäntel nach Säureanschlägen z.T. sogar auf.
1988 ist das internationale Jahr gegen den Pelz. Die Proteste werden und müssen verstärkt werden - und zwar auf allen Ebenen. Sorgen wir dafür, daß Gefängnisse und KZs von Mensch und Tier dem Erdboden gleichgemacht werden.

So much Trouble in the World

September 1988 findet in Berlin/West der Gipfel des Internationalen Währungsfonds statt. VertreterInnen über 100 Länder, von Regierungen, Banken und Industrie werden erwartet. Seit einigen Monaten beschäftigen sich verschiedene Gruppen mit der Rolle des IWF, mit Themen wie "Imperialismus", "Dritte Welt", Befreiungsbewegungen und internationale Solidarität. Im April finden in Bremen Autonome Internationalismus Tage statt. Im folgenden Beitrag geht es um Widerspruch und Wirklichkeit anti-imperialistischer Kämpfe, um Yankees, Palästina und Weltproletariat und nicht zuletzt um den Versuch, im globalen Staatenchaos Orientierungspunkte aus libertärer Sicht aufzuspüren.

"Die Solidarität der fortschrittlichen Mächte der Welt mit dem vietnamesischen Volk ähnelt der bitteren Ironie, die der Beifall des Pöbels für die Gladiatoren im römischen Zirkus bedeutete."

Wer könnte das Thema "Internationalismus" besser einleiten als Che Guevara, lange Jahre Symbolfigur der Befreiungsguerilla und zuletzt ermordert vom CIA. Jene traurige Ironie, die in der Solidarität mitklingen kann, hat Che einst auf den Vietnamkrieg bezogen. Und wirklich kommt die Solidarität in den Metropolen für Befreiungsbewegungen häufig aus der sicheren Position des Zuschauens. Die radikale Linke in den Zentren hält eine Revolution "zu Hause" zwar für unmöglich, fordert sie dafür um so heftiger in Lateinamerika, Asien oder Afrika.

"Ho Ho Ho chi minh", "Hoch die internationale Solidarität", "Nieder mit dem US-Imperialismus!" Eine ganze Generation skandierte einst jene Parolen. Die weltweite Protestbewegung gegen US-Bomben, Napalm und Völkermord in Vietnam ist heute schon Geschichte und aus der Erinnerung. Und vergessen ist auch, daß die USA in Vietnam einen barbarischen Vernichtungskrieg geführt haben.

"Das vietnamesische Volk wird sich dem Aufbau des Landes widmen und es einig, friedlich, unabhängig, demokratisch und blühend gestalten."

Das verkündete Ho chi minh 1966 als Perspektive, wenn der Krieg erst einmal beendet sein werde. Heute wissen wir, daß der Viet Kong siegreich war, daß Vietnam Kampuchea besetzt hält und dutzende Scharmützel mit dem chinesischen Nachbarn ausgefochten hat. Die europäische Linke hat sich von dem durch Kriegsverheerungen und staatssozialistischem Bürokratismus gebeugten Land längst abgewandt und die politische Aufmerksamkeit in andere Winkel der Erde gerichtet. Nicaragua, Südafrika, Palästina, ja, ja. Es brennt überall. Solidarität ist offenbar stets selektiv. Denn die bitteren Erfahrungen von Vietnam wurden und werden nicht politisch aufgearbeitet.

Welche Vorstellung von Solidarität, Internationalismus, Unterstützung von Befreiungsbewegungen entwickelt die radikale Linke in den Achziger Jahren? Sie kennt doch die Fehler der Vergangenheit und braucht sie nicht zu wiederholen.

"Gibt es ein Land auf der Erde,
wo der Traum Wirklichkeit ist?
Ich weiß es wirklich nicht!
Aber eins weiß ich sicher,
dieses Land ist es nicht!"
(Ton, Steine, Scherben)

Es gibt keine übertragbaren Modelle, keine Revolutionskonzepte weder für die "dritte Welt" noch für die "Metropolen". Der Versuch, das Konzept des Guerillakampfes auf die Zentren zu übertragen, ist nicht nur ein erbarmungsloser Politschematismus, sondern nährt sich auch von einer gehörigen Portion metropolitaner Überheblichkeit.

Was bedeutet der Begriff "Imperialismus"? Lenin verstand darunter das "höchste Stadium des Kapitalismus", in dem die Monopolisierung der Unternehmen so fortgeschritten sei, daß eine Handvoll Trusts und Multis den Globus ökonomisch und finanziell beherrschen. Heute kennzeichnet der Begriff "Imperialismus" das Verhältnis zwischen "3. Welt" und "Kapitalistischen Zentren". Hauptmacht sind die USA. Ein weiteres Konzept, das der "imperialistischen Blöcke", stellt den USA samt ihrer Einflußsphähre, die UdSSR mit den Verbündeten des Warschauer Vertrages gegenüber.

Beide Ansätze sind aber nicht mehr als politische Modelle, zur Orientierung und Unterscheidung zwischen Verbündeten und Gegnern. Taugen sie dazu wirklich? Die Imperialismuskat egorien hinterlassen sehr viel Niemandsland. Was ist z. B. mit China? Das "Reich der Mitte" ist seit Jahrzehnten blockunabhängig. Es öffnet sich immer weiter und sucht Anschluß an den Weltmarkt. Das Riesenland folgt einer relativ autonomen Entwicklungslinie mit spezifischen Brüchen und Widersprüchen.

Da gibt es den "fernen Osten" mit aufsteigenden Industriemächten, wie Süd Korea, Taiwan, Hong kong, Thailand oder Singapur. Dies sind Völker und Staaten, die nicht ohne weiteres einer der Blöcke zugerechnet werden können, auch wenn sie extrem frühkapitalistisch



Die Generalprobe für die Olympiade 1988 in Seoul

sind. Ökonomisch kollidieren sie oft mit den USA, aber auch mit den Staaten der EG.

Der "natürliche Verbündete" von Befreiungsbewegungen, die UdSSR, hat seit Jahren Afghanistan militärisch besetzt und bombardiert dort Dörfer und vermeintliche Stellungen des anti-sowjetischen Widerstandes. Es gibt also auch russischen Imperialismus.

Über sechs Jahre tobt der blutige Krieg zwischen Iran und Irak. Die Waffenschmieden aller vier Himmelsrichtungen scheinen dort ihre neuesten Waffensysteme zu testen. Großmachtinteressen sind im Spiel. Aber sie dienen als Hintergrundmusik und sind nicht der eigentliche Anlaß des Krieges.

Der islamische Fundamentalismus hat ebenso imperialistische Züge wie der pan-arabische Nationalismus. Lybiens Gaddafi träumt schon lange von einem großarabischen Reich.

Seit Monaten gibt es Randale in den von Israel besetzten Gebieten. Und dies, obwohl die PLO an Einfluß verliert und deren vielleicht einmal vorhandenen sozialrevolutionären Vorstellungen kaum mehr politisch wirksam sind.

Anfangs waren es mehrheitlich Jugendliche, die immer wieder in offener Straßenschlacht das israelische Militär angriffen. Ihre Unterstützung durch die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten wuchs täglich. Streikaufrufe werden immer massenhafter befolgt.

Aber was zeigt das? Der Statthalter der USA in dieser Region gerät seit Jahren zum ersten Mal weltweit in Bedrängnis. Was alle Nahostkriege, alle Guerillaaktionen und militärischen Aktionen der PLO nicht zuwege brachten, gelingt der Massenmilitanz der palästinensischen Jugend binnen weniger Monate. Die Legitimation für die Unterdrückung des palästinensischen Volkes wird für Israel immer schwieriger. Der politische Druck auf die israelischen Hardliner nimmt weltweit zu.

Und wieder zirkulieren Solidaritätsflugblätter, die Israel als "faschistisch", "imperialistisch" bezeichnen und die "Vernichtung" des "zionistischen Gebildes" fordern. Der israelische Widerstand gegen das Besatzungsregime, die Massendemos in Israel selbst werden nicht berücksichtigt. Das israelische "Regime" wird mit der israelischen Bevölkerung gleichgesetzt.

Fast täglich werden PalästinenserInnen von israelischen Soldaten auf offener Straße erschossen. Der Protest in der BRD ist bisher noch dürftig. Die letzte Palästina-Demo in Frankfurt brachte beschämende zweihundert Leute auf die Beine. Die Solidarität hat es schwer, da einfache Wahrheiten wie die vom "gerechten" palästinensischen Aufstand und dem "faschistischen" zionistischen Staat zwar der anti-imperialistischen Frontromantik entspricht, nicht aber der äußerst widersprüchlichen politischen Situation in Palästina selbst.

Die palästinensische Randale ist Resulatat einer jahrelangen Unterdrückung durch Israel. Ein gewaltiger Ausbruch der Ohnmacht und des Hasses auf die Besatzer, der der Neuformierung der Kräfte dienen kann. Wie lange läßt sich eine militante Massenbewegung gewaltsam unterdrükken? Und zu welchem politischen Preis? Spontaner Aufruhr kann aber schnell wieder zerfallen. In den besetzten Gebieten wird der Einfluß islamischer Fundamentalisten größer und die Gefahr droht, daß der militante Zorn für eine reaktionäre islamische Revolution das Feld bestellt.

Anarchie und Internationalismus? Wie geht das zusammen? Anarchie ist politisch und gesellschaftlich der Kampf gegen Herrschaft und Ausbeutung. Anarchie heißt, hierarchische Organisation abzulehnen, heißt, den Staat, die Regierung, das Militär, Gesetzesbücher und Polizei abzulehnen. Die PLO will mit aller politischen Kraft einen eigenständigen palästinensischen Staat. Auch andere nationalistische Befreiungsbewegungen erfreuen sich in der radikalen Linken der BRD größter Sympathien. Die ETA will ein geeintes Baskenland, die IRA will Nord-Irland mit der Katholikenrepublik vereinigen.

Ob Kurden, Tamilen, ob die Polisario oder der "Sendero Luminoso", sie alle wünschen sich sehnlichst, was Autonome und AnarchistInnen ganz besonders hassen: einen Staat.





"Feuer und Flamme für jeden Staat!", eine anarchistische Demoparole, die sich steigender Beliebtheit erfreut. Gibt es aber eine grundsätzliche Ablehnung des Staates? Und was ist mit Befreiungsbewegungen, die einen eigenen Staat anstreben? Menschen, die in der Geschichte immer wieder fremden Mächten ausgeliefert waren, deren Kultur und gesellschaftliches Leben von Besatzern verboten, umgeschrieben und vernichtet wurde, sehnen sich offenbar nach dem Schutz eines gemeinsamen starken Staates, der ihr Territorium und ihre gesellschaftliche Autonomie erst einmal schützen soll. Daher ist es nicht so sehr die radikale Begeisterung für die nationalen Befreiungsbewegungen, die Kritik verdienen, sondern die im Grunde genommen unreflektierte und unpolitische Sympathie. Sichtbare Militanz und Sabotage gilt als radikal und politisch richtig, während die Hintergründe dafür nicht weiter analysiert werden.

Eine Solidarität aber, die an allen Befreiungsbewegungen die libertäre Meßlatte des mitteleuropäischen Anarchismus anlegt, ist ebenso selektiv wie arrogant. Jene "reinen Anarchisten" wollen dann nur noch mit möglichst unverfälschten anarchistischen Bewegungen solidarisch sein. Sie träumen immer noch von der anarchistischen Internationale.

"Solidarität aller revolutionären Kräfte!" "Vorwärts gegen Imperialismus und Krieg!" "Imperialismus" ist damals und heute eine schreckliche Tatsache, die mit viel politischer Kraft und Entschlossenheit bekämpft werden muß. Aber die weltweiten Kämpfe um "Befreiung" bilden weder theoretisch noch praktisch eine Einheit. "Die Front entsteht als kämpfende Bewegung!" Das ist beste tautologische Politfiction. Es bringt nicht weiter, überall, wo es brennt, fightet und kracht einen vereinheitlichenden "antiimperialistischen Kampf" zu vermuten oder gar das "Weltproletariat" an Werke zu wähnen. Es gilt, ausgebrannte ideologische Worthülsen zu erkennen und taugliche Ansätze der Solidarität zwischen den Völkern zu entwickeln.

Viele Begriffe haben ihre Bedeutung grundlegend geändert. Für Marx z. B. war die Forderung nach einem großdeutschen Reich inklusive Österreich und möglichst großer Teile Ungarns, der Tschechoslowakai und Polens noch fortschrittlich. Er hatte ein Entwicklungsmodell vor Augen, in welchem der Kapitalismus zunächst alle Wirtschafts- und Lebensräume vereinnahmen und neu formieren müsse. Alle feudalen Reste und rückständigen Regionen sollten dem mächtigen Apparat einverleibt werden, weil erst nach dieser Vereinheitlichung politischer, gesellschaftlicher und kultureller Verhältnisse zu einer gigantischen Fabrik eine proletarische Revolution erfolgreich sein werde. Als rückständig, historisch-materialistisch betrachtet, galt deshalb auch eine parzellenartige, handwerkliche Produktionsweise und die deutsche Kleinstaaterei.

Großdeutschland hält heute niemand mehr für fortschrittlich. Und die menschliche Emanzipation muß nicht erst die Hölle eines globalen Mega-Industriekapitalismus durchlaufen, um das Paradies der Befreiung zu erreichen.

Viele sozialistische Vorstellungen über menschlichen Fortschritt gehören heute in die Mottenkiste des vorigen Jahrhunderts. Dazu zählen der Glaube an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Vorstellung von der Gesellschaft als "vereinheitlichte große Fabrik".

Die Wurzeln des westeuropäischen Imperialismus sind auch in dem Überlegenheitswahn der abendländischen Kultur zu suchen. Sogenannte primitive Gesellschaften entfalten in ihrem Alltag oft mehr Menschlichkeit, Glücks- und Freiheitserfahrungen als die kapitalistischen Gesellschaften. Manche Stameskulturen, die zwar ihren Häuptling verehren, entscheiden in allen gesellschaftlichen Dingen oft äußerst kollektiv und egalitär. Rousseau glaubte noch an den "guten Wilden", der von der Zivilisation unverdorben der Natur näher und damit glücklicher sei. Es gibt aber kein Zurück in den Garten Eden. Die aufgeklärten Geister Europas bewunderten denn auch Rousseaus "Wilden", und verfolgten ihn gleichzeitig mit abendländischer Kultur, um ihn zu "veredeln". Ein ungeheures Gemetzel setzte ein. Der Kolonialismus von Cortez, Magelan, Marco Polo, General Custer, über die Besiedelung Amerikas bis hin zu Vietnam oder Südafrika ist eines der schrecklichsten Kapitel der Menschheitsgeschichte.

Der weiße Herrenmensch kam als Soldat, Unternehmer, Priester und Siedler. Er vernichtete ganze Völker und verabreichte unzähligen Kulturen die christlicheuropäische Gehirnwäsche. Es war nicht nur ökonomische Gewinnsucht, Machthunger und Habgier, die den großen Zivilisator um den Globus trieben. Es war auch jenes abendländische Sendungsbewußtsein, das die Kaffern, Hottentotten, Indios und Kannaken zivilisieren wollte.

Auch die französischen Revolutionäre verbreiteten mit Feuer und Schwert ihre Errungenschaften, stets die Trikolore von "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" als Standarte des Humanismus emporhaltend.

Den Revolutionären des 19. Jahrhunderts galt Europa und die westliche Welt als Quelle des Fortschritts und der Kultur. Es müsse "nur" von seinen reaktionären Tyrannen befreit werden. Heute glaubt die radikale Linke, alles Übel dieser Welt lasse sich auf den Imperialismus der USA und der kapitalistischen Zentren zurückführen. Die Hoffnung der Menschheit hat sich in einen grausamen Moloch verwandelt, der Krieg, Elend, Hunger, Armut und Unterdrückung ausspeit.

Die Länder der dritten Welt sind dagegen "abhängig" und "ausgepowert" und potentiell revolutionär. Darin steckt eine gehörige Portion von Eurozentrismus. Den "unterentwickelten Ländern" wird nicht zugestanden, daß sie aus eigener Autonomie und Kraft heraus Elend hervorbringen, Kriege führen und unterdrücken können. Blutsauger und Diktatoren gedeihen nicht nur in der Yankee brut. Es gibt sie auch ohne Sternenbanner in jedem Land der Erde. Dies bedeutet nicht, die verheerenden Folgen des kapitalistischen Weltmarktes, die Ausplünderung weiter Regionen der Erde durch die Metropolen außer acht zu lassen.

Kulturimperialismus ist zum gängigen Begriff und zur traurigen Wahrheit geworden. "Dallas", "Mc.Donalds", american way of life, amerikanischer und westeuropäischer Massentourismus dringen vor zum letzten Südseeparadies und in den dichtesten Dschungel. Unzählige Kulturtechniken, Sprachen, Gebräuche und Sitten wurden und werden unwiederbringlich vernichtet. Und dagegen regt sich Widerstand. Es zeigt sich in der Zunahme "regionaler Krisenherde" wie z. B. Sri Lanka, die Philipinen, Indien, Tibet, Eritrea oder die Sahara. Es macht sich aber auch bemerkbar in der Rückkehr fast schon überwunden geglaubter Traditionen, wie z. B. die Renessaince des Islam. In vielen Teilen Afrikas stärkt die Bewegung "back to the roots" das kulturelle und politische Selbstbewußtsein. Der Kulturimperialismus hat eine Gegenbewegung ausgelöst, ein verzweifelter Versuch des Widerstandes gegen die Vernichtung kultureller Eigenständigkeit.

So werden in einigen Teilen der Welt wieder trditionelle Lebensformen betont. Dies ist nicht ohne Gefahr. Ein Gemisch von Religion, Naturglaube und tradierten Rollenvorstellungen kann die Unterdrückung der Menschen und deren Abhängigkeit von Aberglaube und "göttlichen" Herrschern wieder vergrößern.

Imperialismus ist ein dauernder Expansionsdrang und zwar ökonomisch, militärisch, politisch und kulturell. Die territoriale Eroberung ist noch die primitivste Form des Imperialismus. Und in früheren Jahrhunderten wurden Eroberer, falls sie einer wenig ausgebildeten Kultur angehörten, in die Kultur eines eroberten Landes assimiliert. Eine territoriale Eroberung wird meist mit der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Unterjochung des besetzten Gebietes abgesichert. Die Briten verboten dem irischen Volk sogar die Sprache (gälisch) und verfolgten über Jahrhunderte hinweg alles, was zum kulturellen Ausdruck der Iren gehörte.





In den letzten zwei Jahrhunderten sind so oder ähnlich, durch Krieg, Massenmord, Unterdrückung und Eroberung nahezu alle Staaten und Nationen dieser Welt entstanden. "Minderheiten" wurden assimiliert, unterjocht oder vernichtet. Ob es die Kurden sind, die Basken, Albaner oder die Armenier. Es gibt kaum eine Nation ohne jene "Minderheiten", die in dem durch Blut und Eisen zusammengeschweisten Staatengefüge keinen Platz gefunden haben. Hier zeigt sich, wie recht die AnarchistInnen mit ihrer Anti-Staatlichkeit haben. Denn die Staaten sind nicht identisch mit den Völkern, und die durch Stacheldraht und Panzer gesicherten Grenzen zerschneiden ein kompliziertes Gewebe kultureller und gesellschaftlicher Zusammenhänge. Das "Minderheitenproblem" ist demnach kein Ausdruck des Überlebenswillens eines "letzten Mohikaners", sondern es erinnert an den vorläufigen Charakter des Staates, der nach einer kurzen aber heftigen historischen Epoche wieder absterben wird.

Direkte militärische Interventionen gibt es immer noch überall auf der Welt. Doch der "westliche Imperialismus" hat eine höhere Stufe erreicht. Die wissenschaftliche, technologische und ökonomische Basis erlaubt eine globale Ausweitung der Machtsphären. "Was kostet die Welt?" ist auf die Leitwährung der Großbanken und Multis eingeprägt, die über IWF, Weltbank und Weltmarktmechanismen nahezu alle Länder in das Dollar-Imperium integriert haben. Selbst die UdSSR wird dem IWF in naher Zukunft beitreten. Für dieses Machtkartell haben Regierungen gerade noch die Bedeutung von "Vertrauensleuten", die ihrem Unternehmensvorstand die Stimmung in der "Belegschaft" vermitteln sollen.

Abschließend ist deutlich geworden, daß die radikale Linke heute vor dem Problem steht, der Globalität gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Prozesse etwas adäquates entgegenzusetzen, das aber ganz konkrete Kat egorien des politischen Handelns beinhalten muß, damit sie sich nicht durch hektischen Aktionismus oder Theoretisieren in jenen weltumspannenden Dimensionen vorzeitig verausgabt.

Begriffe wie "Solidarität", "Emanzipation", "Völkerverständigung" müssen mit eigenen Inhalten gefüllt werden. Die Solidarität darf nicht selektiv sein. Folter in Chile ist zu verurteilen und zu bekämpfen ebenso wie Isolationshaft in der BRD, sowjetische Psychoknäste und Arbeitslager, die politischen Morde Gaddafis oder die Unterdrückung im Iran.

Dazu gehört auch, alle wichtigen Ursachen für Ausbeutung, Imperialismus, Elend und Herrschaft in einer politischen Analyse aufzunehmen.

S. Casoni

Daß sich die Gewehrläufe einmal auf dich richten ....

Seit Pinochet in Chile durch einen blutigen Militärputsch die Macht an sich riß, wurde und wird jede Form von Opposition durch Mord, Knast, Folter und Verschleppungen in Blut und Tränen erstickt. Im Sommer 1987 erregte der Fall der 15 zum Tode verurteilten Chilenen großes Aufsehen, die nach der Forderung einer breiten Solidaritätsbewegung in der BRD politisches Asyl erhalten sollten. Blüms Heuchelei, und moralisch entrüstete Evangelen haben bis jetzt wenig bewirkt. Solidarität heißt, den Kampf gegen Unterdrückung und Kapital auch in den Zentren zu führen!

Damit es nicht in Vergessenheit gerät: Im Sommer 87 war Chile das Tagesthema Nr. 1 in der bundesdeutschen Presse. Grund dafür war eine Forderung an die Bundesregierung, 15 zum Tode verurteilte chilenische Gefangene in die BRD einreisen zu lassen, um sie vor der Hinrichtung zu bewahren.
Zum Tod verurteilt sind:
Pedro Burgos(33), Rolando Cartagena (32), Raul Castro (34), Juan Gajardo (52), Miriam Ortega (36), Cecilia Rodrigan (36), Gonzalo Gonzales (27), Fermin Montes (39), Fernando Reveco (39), Rodolfo Rodriguez (58), Carlos Araneda (37), Hugo Marchant (32), Jorge Palma (37), Munos Bustos und Carlos Garcia (34).

Das Todesurteil von Carlos Garcia ist im November 87 aufgehoben und in lebenslange Haft umgewandelt worden. (Lebenslänglich schützt natürlich nicht davor, bei einem angeblichen Fluchtversuch erschossen zu werden, oder auf andere Art und Weise umgebracht zu werden. Wie zum Beispiel Victor Zuniga, ein Mitgefangener Carlos Garcias. Für diese beiden beantragte Hamburgs Bürgermeister Dohnanyi schon im März 1985 eine Einreise in die BRD. Dieser Antrag wurde im Juni 85 "aus Gründen der inneren Sicherheit" abgelehnt. Im Oktober 85 wurde Victor Zuniga dann bei einem angeblichen Fluchtversuch erschossen und Carlos Garcia schwer verletzt.)

Es gab in der ganzen Bundesrepublik Kampagnen, für die Aufnahme der 15 Cilenen. Auf vielen Veranstaltungen waren Angehörige und ein Anwalt der Gefangenen anwesend, um über die momentanen Zustände in Chile und den Knästen dort zu berichten.

Die Bundesländer Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland, sowie einige Städte, erklärten sich bereit die Chilenen aufzunehmen. Politiker, wie z. B. Außenminister Genscher, versuchten sich dieses Problems zu entledigen, indem sie sich auf die chilenische Gesetzgebung beriefen. Danach kann ein Todesurteil erst dann in eine Ausreise in ein aufnahmebereites Land umgewandelt werden, wenn es in letzter Instanz bestätigt worden ist. Daß dieses letztendliche Urteil innerhalb 24 Stunden vollstreckt werden kann und auch wird, wenn nicht schon vorher, von einem anderen Land, wenigstens die Bereitschaft zur Aufnahme erklärt worden ist, wird tunlichst verschwiegen.

Daß die Gefangenen schwersten Folterungen ausgesetzt waren und sind ist bekannt und bestätigt. Unter anderem wird es von Andres Valenzuela bestätigt. Er arbeitete 10 Jahre lang für den chilenischen Luftwaffengeheimdienst und hat mit dem CNI zusammen viele (er selbst spricht von Hunderten) politische Gefangene gefoltert und ermordet. Darunter waren auch einige dieser 15 Chilenen. (Stern-Interview 87)

Es sind in Chile, im Zeitraum März 81 - Dez. 87, folgende Verbrechen von der faschistischen Junta begangen worden:

- 384 Morde
- 3188 Folterfälle
- 1052 Verbannungen
- 2869 Morddrohungen
- 4717 Mißhandlungen von Verhafteten
- 103740 Verhaftungen
- 115513 von der MRK/UNO festgestellte Menschenrechtsverletzungen

Das sind die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher sein.

Trotz all dieser Fakten hat das Bundesinnenministerium eine Aufnahme der 15 Chilenen in die BRD abgelehnt.
Als Begründung erklärte Bundesinnenminister Zimmermann, die Gefangenen stellten "eine Gefahr für die innere Sicherheit der BRD" dar. Sie hätten einen "ganz gravierenden kriminellen Charakter" und auch die Kirche hätte keine entlastenden Gesichtspunkte erbringen können.

Die Taten die den Gefangenen vorgeworfen werden, bestreiten sie.
Nicht bestreiten tun sie allerdings, daß sie alle im Widerstand gegen die faschistische Diktatur Pinochets stehen. Und das sie sich weder von Morden, Folterungen, Verschleppungen, noch von "Verschwundenen" davon abbringen lassen.

"...Ich streite keinesfalls ab, daß ich im Widerstand gegen das diktatorische Regime von Pinochet stehe, denn unter den gegebenen Umständen und angesichts der verbrecherischen Handlungen der Diktatur Pinochet seit dem Putsch 1973 ist die würdigste Haltung eines demokratischen Chilenen, für den Sturz Pinochets und die Wiederherstellung der Rechte des chilenischen Volkes zu kämpfen." (Pedro Burgos Sept. 87)

"...Ich bin kein Terrorist. Ich glaube, daß ich nur mein legitimes Recht auf Widerstand gegen eine unrechtmäßige Regierung wahegenommen habe." (Carlos Araneda April 87)

Und genau das verleugnet die BRD, indem sie den Chilenen die Einreise verweigert: Ein Widerstandsrecht, ein selbst von der Kirche anerkanntes Recht zur Gewalt, gegen faschistische Diktaturen.

Statt dessen gibt die Bundesregierung fleißig ihre Zustimmung für Millionen-Kredite an die Pinochet-Diktatur.



"Die Durchsuchungen haben nicht aufgehört
Die Exekutionen enden nicht...
30 Jahre La Victoria "

Wandmalerei aus La Victoria (Armenviertel von Santiago)

Und Blüm, der sich letztes Jahr Krokodilstränen aus den Augen quetschte, weil in Chile die Menschenrechte verletzt werden, ruft auf, die IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) zu unterstützen. Dazu sollte man/frau wissen, daß IGFM-Präsident Martin und Kuratoriumsmitglied Bossle im Oktober 87 Pinochet besuchten und übereinstimmend feststellten, daß Chile sich auf dem besten Wege zur Demokratie befände.

Weiterhin unterhalten deutsche Banken und Firmen gewinnträchtige Wirtschaftsbeziehungen mit Chile. Vorneweg Firmen wie: Metallgesellschaft AG Ffm, Degussa, Dresdner Bank, Deutsche Bank, Zeiss (optische Geräte), Lufthansa, Daimler Benz, Siemens, Gutehoffnungshütte AG Oberhsn., Deutsche Gießdraht Gmbh, Merck, Hoechst, MBB, Heckler + Koch, HDW (U-Boote). Diese Firmen vergeben (neben anderen) enorme Kredite an Chile und investizieren bzw. produzieren selbst dort. (Quelle: BfA-Marktinformation 1980)

Insgesamt nimmt die BRD den 4. Platz unter den Handelspartnern Chiles ein. Als Maschinen- und Ausrüstungslieferant nimmt sie nach den USA sogar den 2. Platz ein. (Quelle: BfA-Marktinformation 1980)



Das ist nur ein grober Überblick. Aber daran wird deutlich, daß das einzige Interesse der BRD an Chile ist, daß die kapitalistischen Verhältnisse dort so erhalten bleiben.

Und es ist nichts weiter als eine Farce, zu sagen, ein oder zwei Dutzend politische Gefangene, aufgenommen in die BRD, stellten eine "Gefahr für die innere Sicherheit des Landes"

Juntachef Pinochet (2. vorne links), Militärs

dar. Gefangene, die teilweise Jahre im Knast sitzen, gefoltert und davon krank sind, teilweise über 50zigjährige. Aber vielleicht gäben sie Anlaß, für die Linke in der BRD, über Recht und Pflicht zum Widerstand nachzudenken. Vielleicht liegt darin die Angst der Bundesregierung.

Aber auch solange die Gefangenen nicht frei sind, müssen sie Anlaß sein, nachzudenken und was zu tun!

"...Wir verlangen von euch einzig und allein, euch an eurem Platz zu bewähren, denn wenn ihr dem Kapitalismus seine eigentliche Grundlage entzieht, helft ihr uns am meisten. Die Länder der dritten Welt hoffen gleichsam auf die Schwächung, die der Klassenkampf im eigenen Land für den Agressor bedeutet. Die Stützung der Befreiungsbewegungen durch den innerkapitalistischen Konflikt (Klassenkampf) sollte durch die direkte Interventionen im Land der Imperialisten ergänzt werden: durch Druck auf die öffentliche Meinung bis hin zu Aktionen etwa gegen die Versorgungseinrichtungen oder Nachschubwege der US-Armee."
Zitat v. Almicar Cabral (afrikanischer Revolutionär)

An "neuesten" Informationen aus Chile gibt es jetzt noch:

- Im Feb. 88 sind 5 "verschwundene" politische Gefangene ermordet worden.
- Ebenfalls im Feb. 88 sind 3 Jugendliche bei einem Bombenanschlag des CNI gestorben.
- Ende 1987 sind weitere Chilenen verhaftet worden, für die vom Militärgericht die Todesstrafe beantragt wurde.
- Am 7. März 88 ist Jose Solis (24) bei Santiago auf der Strasse mit Benzin übergossen und verbrannt worden. (1986 wurde Rodrigo Rojas genauso umgebracht, was ziemlich bekannt wurde)
- Trotz dieser Repressionen, gab es am 8.3.88 zum Frauentag eine grosse politische Demonstration in Santiago.

Zum Schluß sei noch angemerkt: Im Mai 1988 beginnt eine Rundreise von Angehörigen der Gefangenen durch die BRD. Die genauen Daten der Veranstaltungen stehen noch nicht fest, sind aber auf jeden Fall Ende April bei den Komittees, durch Flugblätter oder Aufrufe zu erfahren.

Dann gibt es die Adressen von ca. 30 gefangenen Frauen in Santiago. Falls also jemand schreiben will, erfährt er sie beim:

Bündnis Asyl für die vom Tode bedrohten Chilenen
3.Welt-Haus
Friesengasse 13
6000 Frankfurt M. 90

Auch Spenden sind nötig:

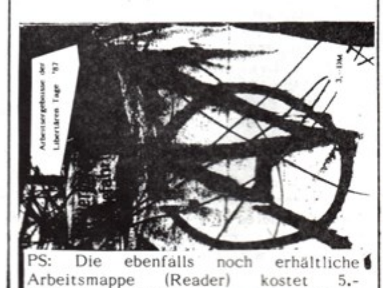
Konto:
Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile
BFG,
BLZ: 200 101 11
Konto Nr. 138-5509501

Solidarität heißt nicht nur Spendenaufrufe und moralische Apelle an die Menschlichkeit zu verfassen, sondern wie es vielen RevolutionärInnen erhofften auch in den Metropolen unsere Kämpfe konsequent zu führen. Aber wir wünschen uns und den chilenischen GenossInnen, daß der Bluthund Pinochet nicht friedlich im Bett entschlummern möge! Venceremos!

Arbeitsergebnisse der Libertären Tage '87

Nachdem diese im Dezember '87 endlich erschienen waren, gab es trotzdem wenig Resonanz auf diese, was u.a. mit der geringen Verbreitung zu erklären ist. Im Vergleich zu der Arbeitsmappe sind die Ergebnisse zwar umfangmäßig nur halb so dick, doch die Qualität der Auseinandersetzung ist um einiges besser. Die Auseinandersetzung um anarchistische und autonome Positionen, die vertieft wurde, ist hervorzuheben. Positiv ist auch das Bemühen um einfache Sprache jenseits von hochtrabenden Analysekategorien. Da schimmert dann die Nähe zu den Problemen des Alltags und der sozialen Beziehungen durch, z.B. "Der tägliche K(r)ampf", Gettobegriff, Kritik sozialer Bewegungen, das Verhältnis von Frauen zur Bewegung, der neue Mann etc. Und trotz allem kommt auch die "große Politik" nicht zu kurz, innere Sicherheit, kapitalistische Ökonomie, Parlamentarismuskritik und Versuche von Gegenkonzepten und Organisierungsvorschlägen.
So sind die Arbeitsergebnisse relativ zeitlos und die darin beschriebenen Probleme und Diskussionen werden uns wohl noch eine zeitlang beschäftigen. Vieleicht gibt es ja irgendwann in nächster Zeit wieder Libertäre Tage, an denen diese Sachen weiter vertieft werden können. Von Frankfurt aus läßt sich im Moment sagen, daß für dieses Jahr nichts mehr geplant ist. Vieleicht haben ja Gruppen in anderen Städten Interesse so ein Projekt mal anzugehen. Unterstützung aus Frankfurt wäre ihnen gewiß. Eine Überlegung ist, zur besseren inhaltlichen Diskussion und zur Vorbereitung eines großen Treffens Mini-Libertäre-Tage zu machen, d.h. Delegierte aus allen sozialrevolutionären Gruppen würden versuchen Inhalte und Positionen vorzustrukturieren, damit es bei einem großen Treffen über das wahl- und ziellose Zusammentragen und Diskutieren hinausgehen könnte. Dieses Delegierten-Treffen wäre auch organisatorisch einfacher zu bewältigen. Meldete euch doch einfach mal bei der AKTION, was ihr von diesen Ideen haltet bzw. wie ihr euch dazu einbringen könntet.
Die Arbeitsergebnisse gibt's beim
Libertären Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
für Vorauszahlung von 3.- DM + 0,70 DM Porto in Briefmarken, Verrechnungsscheck oder auf folgendes Konto:
G. Neumann
Postgirokonto Frankfurt
Nr. 500 812 - 602
BLZ 500 100 60

JOTA



PS: Die ebenfalls noch erhältliche Arbeitsmappe (Reader) kostet 5.- DM + 1.- DM Porto.

LESERBRIEF

Mammon, Stahl und Eisen bricht ... Anmerkungen und Polemik zu Aktion Nr. 1-88, s. 17-19

Ist der Kapitalismus in der Krise?

Überfliegt man Spiegelbruchs Artikel in der Aktion 1-88, so gewinnt man/frau den Eindruck, das kapitalistische System taumelt mal wieder gefährlich nah am Abgrund entlang. Bei genauerer Analyse des Artikels tauchen jedoch Fragen und Widersprüche auf, die an der vorgebrachten Krisentheorie doch gehörig Zweifel aufkommen lassen. Was bewegt nun aber dazu, nicht damit zu rechnen, daß der Kapitalismus in absehbarer Zeit zusammenbrechen könnte? Der Reihe nach:

1. Verschuldungskrise:

Wie Spiegelbruch richtig darstellt, powert die Verschuldungskrise immer mehr Länder aus. Doch welche Länder werden hier ausgepowert? Es sind doch durchweg die Staaten der sog. Dritten und Vierten Welt und etliche Staaten des real existierenden Sozialismus in Europa (Polen, Ungarn, um nur ein paar zu nennen). Durch die Schuldenkrise wird nicht nur ausgepowert, sondern auch kräftig verdient, und zwar von den kapitalistischen/imperialistischen Staaten in Europa und Nordamerika sowie Japan. Die Verschuldung der meisten Staaten dieser Welt stärkt also den Kapitalismus und schwächt ihn nicht.

Selbst ein Schuldenstreik, als einziges das System derzeit noch gefährdendes Mittel der Schuldnerstaaten auf die kapitalistischen Mächte Druck auszuüben, ist nicht durchführbar, da dies, wie bereits im Artikel zutreffend dargelegt, in erster Linie die abhängigen Länder treffen würde. Die gesamte Schuldenkrise bedeutet zwar ein gewisses Risiko, wie übrigens jede sehr ertragreiche Geldanalage. Dieses Risiko wird jedoch von den Gläubigerbanken zur Zeit durch vermehrte Bildung von Rückstellungen und Wertberichtigungen abgefangen. Dies wird zwar in den kapitalistischen Staaten einige kleinere Gläubigerbanken ebenfalls auspowern, was aber im Endeffekt nur zu einem zunehmenden Kapitalkonzentrationsprozeß bei den Großbanken führen wird, also deren Macht noch weiter steigert.

Bei diesen Großbanken wie ja auch bei den multinationalen Konzernen konzentriert sich somit der Reichtum an Wissen, Ressourcen und Kapital, was objektiv eine Revolution in den kapitalistischen Staasten der sog. Ersten Welt erschwert, wenn nicht zur Zeit gar ausschließt.

2. Börsencrash:

"Wenn selbst die Kapitalisten ihrem eigenen System nicht mehr trauen, stinkt es gewaltig nach Krise." Dieser Satz ist wohl unwidersprochen richtig, nur läßt sich daraus keine Krise des Kapitalismus ableiten. Wie Spiegelbruch richtig wiedergibt, gilt der Crash selbst manchen und man ist hier geneigt zu sagen vielen, Kapitalisten als eine notwendige Vernichtung ungedeckter Papierwerte, quasi als eine "Selbstheilung des Kapitals", von Vertrauensverlust also keine Spur.

Der von Spiegelbruch geortete "unkontrollierte Schwelbrand" in der Devisen- und Börsenwelt läßt sich also mitnichten ausmachen. Objektive Anzeichen hierfür fehlen. Selbst die vom "October massacre" (time magazine) angekratzte Wallstreet hat sich im Februar 1988 bereits wieder gut erholt; der Dow Jones Index hat im Februar nach einem weltweit durchweg (für die Spekulanten) positiven Monat die "magische Grenze" von 2.000 Punkten überschritten.

Somit kann der Börsencrash nicht als offenes Mißtrauensvotum gegen die offizielle Wirtschaftspolitik gewertet werden. Dem Vertrauen der Kapitalisten in ihr System scheint der Crash keinen Abbruch getan zu haben.

Als reines "broker-voodoo" erscheint hiermit Spiegelbruchs Aussage "die Börse ist stets ein besonderer Seismograph für kommende gesellschaftliche und wirtschaftliche Erdbeben ... das Jahr 1988 wird noch manche Überraschung bereit halten." (Binsenweisheit!)

Was tun?

"Ein allgemeines Merkmal der heutigen Situation ist, daß keine theoretische Schule, keine Analyse, weder bürgerliche noch marxistische die gesellschaftliche und ökonomische Situation erklären kann." Auf Basis dieser Spiegelbruchschen Erkenntnis halte ich es für gefährlich, auf Grund einer "Holter-die-Polter Analyse" den Kapitalismus geschwächt vor einer schweren Krise zu sehen. Eine Krise des Kapitalismus ist möglich, und es gab deren schon viele, die er aber alle überlebt hat. Um in einer solchen Krise als militante Linke handlungs- und aktionsfähig zu sein, gilt es zuerst den Kapitalismus und seine Funktionsweise zu analysieren und zu begreifen, um ihn effektiv angreifen zu können.



Gerade für uns Autonome und AnarchistInnen scheint mir dies notwendig. Spiegelbruchs Artikel bietet somit genug Ansätze und Thesen, uns intensiver mit Ökonomie und Kapitalismus zu beschäftigen und im Hinblick auf die IWF-Kampagne hier die Diskussion anzufangen.

"Es ist allgemein bekannt, daß man nur dann weiß, wie man etwas tun muß und nur dann imstande ist, es gut zu tun, wenn man den gegenwärtigen Stand der Sache, die man betreibt, ihr Wesen und ihre Beziehung zu anderen Dingen richtig versteht."
(Mao: "Theorie des Guerillakriegs")

Mit besten Grüßen
P.P. Rübens

Materialien gegen die Uni

Das Anarchistisch/Autonome Uni-Plenum Frankfurt hat zu diesem Thema einen Reader zusammengestellt. Darin sind folgende Beiträge enthalten:
- Protokolle
- Beiträge aus dem linksradikalen Spektrum (AKTION, Wildcat, Pulverfass ...)
- Uni Frankfurt
- Zeitungsausschnitte aus FAZ, Zeit, FR, UNI

Da die Materialien noch nicht ganz komplett sind, variiert die Seitenzahl um 120. Um die Auflage berechnen zu können, bitten wir euch bis Ende April in Form eines Verrechnungsschecks (und nur so) im voraus zu bestellen. Preis incl. Verpackung und Porto 15.- DM.
Erhältlich über:
Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt

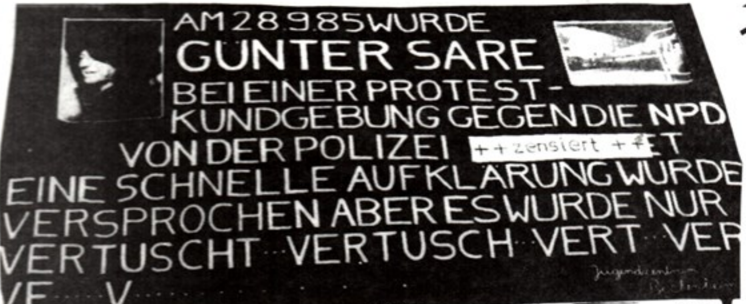


Strahlende Geschäfte

Über den Welturanmarkt und Welturanhandel - Das Buch zur Kampagne gegen weltweiten Uranabbau.
(ca. 130 Seiten, ca. 10 DM, erscheint Anfang April 1988 im Schmetterling-Verlag, Stuttgart; mit vielen Fotos, Tabellen und Schaubildern)
herausgegeben von: Arbeitskreis Afrika Münster und vom Umweltzentrum Münster e. V., Kontakt: Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster, Tel. 0251/52 11 12

Rhein -Main- Regional oder ähnliches

LOKALES



Anläßlich des Hungerstreiks der inhaftierten Mitglieder der Action Directe zündelte es am 1.3.88 in einer Renault - Filiale in Rosbach (Wetteraukreis) ganz gewaltig. 600 000 DM Sachschaden waren das Ergebnis. Die Kehrseite: Drei Verhaftungen noch in der gleichen Nacht auf freiem Feld, zehn km davon entfernt. Die BAW, die wegen § 129a ermittelt, versucht den Inhaftierten außerdem noch den Anschlag auf ein Ausbildungszentrum der Deutschen Bank in Kronberg am 16.2.88 zuzuschieben. Genauso sollen sie an der Aktion am Französischen Institut in Frankfurt beteiligt gewesen sein: Am 3.2.88 haben 40 - 50 Menschen, gut geschützt durch einige Barrikaden auf den Straßen, besagtes Institut in Bockenheim besucht, mehrere kaputte Fensterscheiben hinterlassen und sind anschließend in der Universität verschwunden.



"Polizei tötet Demonstranten - 2000 DM Geldstrafe
Strommasten fallen - Wir sitzen in Isohaft"

1.3.88, 9.15 Uhr vor dem noch verschlossenen Besuchereingang des Gerichtsgebäudes: Ca. 50 Menschen drängeln sich davor, darunter viele Ältere, ich tippe auf VVNler. Der Prozeß fängt zwar erst um 10 Uhr an, aber die dreiviertel Stunde Zeit wird größtenteils zur Eingangskontrolle (Leibesvisitation und Abgeben von so gefährlichen Gegenständen wie Taschen und Regenschirmen) benötigt. Leider sind für den 70 Menschen fassenden Zuschauerraum doch nicht genügend von "uns" gekommen (Tja, wenn 20 GenossInnen eher aufgestanden wären...-), so daß die 20 Zivilbullen zwar erst nach uns reinkommen, aber noch Platz im Saal finden, im Gegensatz zu unseren zuspätgekommenen MitstreiterInnen.

Das Urteil wird verkündet - Freispruch für Reichert (für den der Staatsanwalt 2000 DM Geldstrafe gefordert hatte), den Kommandanten des Wasserwerfers und für Hampel, den Fahrer. Frau Reichert und die Zivis geben stehend Ovationen, wir protestieren im sitzen dagegen. Richter Scheier hatte die Stirn zu behaupten, er könne kein Gefälligkeitsurteil fällen. Nach und nach gingen wir aus dem Saal, noch bevor Scheier seine Ankündigung, den Saal räumen zu lassen, wahrmachte. Der Nachteil unseres nicht abgesprochenen Verhaltens war die weitere Anwesenheit der eingangs erwähnten 20 Gestalten, denen ich zugegebenermaßen den von ihrer Seite aus sicher so empfundenen Genuß der Urteilsbegründung nicht gönnen wollte.
Auf der nachfolgenden Demo (ca. 100 Menschen) konnte sich die Szene mal wieder Gedanken über die eigenen Versäumnisse machen: Die über Megaphon geforderte Freiheitsstrafe für Hampl und Reichert ist nicht unsere Forderung, aber da wir uns nicht um Megas, Flugblätter oder ähnliches gekümmert hatten (löbliche Ausnahme war das Transparent, dessen Spruch hier als Überschrift zitiert ist), sind wir halt so mit zur Kreuzung Frankenallee/Hufnagelstraße gelaufen. Für uns ist der Kern der Sache ein anderer: Die Tatsache, daß sich die NPD 1985 provokativ im Haus Gallus getroffen hat, an einem Ort, in dem u.a. auch Auschwitzprozesse stattgefunden haben, ausgerechnet in einem Stadtteil mit hohem Ausländeranteil, in einer Stadt, in der der damalige Oberbürgermeister Wallmann im Wahlkampf verkünden ließ "Das Ausländerproblem liegt in ihrer Hand", in einem Bundesland, in dem eine rot - grüne Koalition mehrere WaWe 9 angeschafft hat, nachdem der Prototyp sich so glänzend an der Startbahn bewährt hat - wo endet die Aufzählung dessen, was einem zum Tod von Günter Sare einfällt? Bestimmt nicht bei dem Ruf nach Gefängnis und der an die Adresse des Staates gerichtete Forderung nach mehr "Gerechtigkeit".
Im Dunkel der Nacht trafen sich dann doch noch 100 vertrauenerweckend aussehende Menschen auf der Hufnagelstraße, unternahmen einen Spaziergang durch das Gallusviertel, wobei unerklärlicherweise sieben Fensterscheiben bei Mercedes Benz zu Bruch gingen (man erinnere sich: Auch ein WaWe 9 trägt jenen Stern). Das ganze dauerte ca. eine halbe Stunde, das Überfallkommando kam zehn Minuten zu spät und die "Frankfurter Rundschau" begriff überhaupt nichts und schrieb, bei einer spontanen Kundgebung hätte es keine Zwischenfälle gegeben, um erst am 3.3.88 den Geschehnissen noch einen kleinen Extra - Artikel zu widmen.
Bleibt noch zu sagen, daß Günter an seinem Tod selbst schuld war, immerhin sei er "wie ein Selbstmörder" in den Wasserwerfer gelaufen. Zwar sei unklar, woher Günter überhaupt kam, denn der Mann auf dem Foto sei auch ein anderer (nebensächlich, daß die Identität dieses "Anderen" unbekannt ist, nebensächlich, daß das Originalnegativ des Fotos verschwunden ist, keine Frage, weshalb es keine Aufzeichnung des Funkverkehrs der Polizei, wie sonst üblich, gab, ebensowenig wie Aufnahmen der im Wasserwerfer installierten Video - Kamera. Niemand wird stutzig, wenn die Auswertung des Fahrtenschreibers ungewöhnlich lange dauert.) Die "Experten" haben`s bestätigt, das Foto hat sich somit wunderbarerweise vom Be- zum Entlastungsgegenstand gewandelt und die Zeugenaussagen seien sowieso allesamt so widersprüchlich, daß sie keinesfalls für eine Verurteilung ausgereicht hätten (so etwas soll vorkommen, wenn Polizisten und Demonstranten das gleiche Ereignis beschreiben). Soweit die Argumentation der Urteilsbegründung.
Die Nebenklägerinnen, Günters Mutter und Schwester, haben Revision eingelegt, ebenso wie der Staatsanwalt, der anscheinend Wert darauf legt, daß das Töten von Demonstranten 2000 DM kostet.



Die Phase der Besinnung ist vorbei

Zumindest meint das Innenminister Milde bei den Autonomen zu sehen, lassen doch die "Mörder, Mörder" - Rufe nach dem Sare - Prozeß schlimmes ahnen. Rechtzeitig am 5.3.88, dem Tag, an dem die erste größere Demo in Frankfurt nach den Startbahnschüssen laufen sollte (parallel zu den Anti - AKW - Demos in Regensburg, Essen und Gorleben), wurde der Artikel in der FR plaziert. Schon einen Tag zuvor meldete sich besagter Herr Milde an selbiger Stelle zu Wort, um nochmals zu betonen, daß Gesprächsangebote an die "Gutwilligen ohne kriminelle Intensität" weiterhin bestehen, während alle übrigen sich an dem neuen Beweissicherungs- und Festnahmetrupp der Polizei erfreuen dürfen. 300 neue Polizeistellen in Hessen, davon 141 in Frankfurt stationiert, ausgerüstet mit Tarnnetzen für die weißen Helme, feuerfesten Anzügen, Kugelwesten, Nachtsichtgeräten, Scheinwerferanlagen und der Genehmigung für Distanzwaffen, die allerdings erst noch in geeigneter Form (?) entwickelt werden sollen.
Derart eingestimmt, konnte mensch sich hocherfreut zur Demo begeben - falls man sie/ihn durch die Kontrollen ließ. Zumindest ein Mensch wurde nur aufgrund seines bei den Bullen bekannten Namens in Verwahrung genommen.
Kontrolliert wurde nicht nur auf den Zufahrtsstraßen, sondern auch auf dem Kundgebungsort Römerberg, wo u.a. auch in Kinderwagen nach subversiven Material gefahndet wurde. Die Demo selbst (3000 TeilnehmerInnen) konnte man als solche kaum bezeichnen, da sie sich die ganze Zeit über in einem wandernden Polizeikessel befand. Besonders gefährdet war dabei der Lautsprecherwagen, von dem aus fast ununterbrochen die Situation der Startbahngefangenen und das Ausmaß der Repression im Rhein - Main - Gebiet geschildert wurde. In den entscheidenden Momenten, in denen die Bullen versuchten, sich provokativ in den Zug hineinzudrängen und schon mal an der Tür von dem Wagen rüttelten, waren immer genügend entschlossene Menschen da, um weitere Absichten zu vereiteln. Allerdings hat es mit dem Kettenbilden von unserer Seite aus auch oft nicht so gut geklappt, Lücken sind entstanden, etc.. Insgesamt aber, trotz der ganzen Manöverkritik, die es nach der Demo gab, hatten wir das Gefühl, uns trotz des Bullenkessels nicht einmachen zu lassen, hatten sie gemerkt, daß sie an unserer Entschlossenheit und guten Stimmung trotz ihrer Provokationen nicht vorbeikommen. Wichtig für uns war außer dem eigenen Lautsprecherwagen der Redebeitrag des Libertären Zentrums auf dem Römerberg, so daß klar war, daß die anarchistisch/autonome Szene integrativer Bestandteil der Demo war.
Vor der Abschlußkundgebung auf dem Theaterplatz kam es durch das unerträgliche Verhalten der Frankfurter Polizei (der BGS hielt sich weitgehend zurück) zu einer längeren Rangelei, wobei die Bullen auch Schlagstöcke einsetzten. Ein Gießener Genosse, der sich später mit einigen anderen Menschen vor Ende der Abschlußkundgebung auf den Heimweg machte, wurde in der Weißfrauenstraße festgenommen und später dem Haftrichter vorgeführt. Begründung: versuchter Raub eines Schlagstocks und Morddrohung! Allerdings reicht das (immer noch) nicht aus, jemanden in U - Haft zu stecken. Insgesamt gab es einen Verletzten, ca. 10 - 15 Festnahmen bei Straßenkontrollen im Vorfeld, zudem noch heruntergelassene U - Bahngitter am Theaterplatz, damit sich auch ja niemand mit dem Öffentlichen Personennahverkehr abseilt.

An der Anti - AKW - Demo in Hanau am 19.3.88 beteiligte sich das radikalere linke Spektrum nicht. Zur Begründung sei hier auszugsweise ein Papier von den Autonomen aus Hanau, dem AK gegen Atomanlagen Frankfurt, dem Unabhängigem Friedensplenum Ffm, dem Zentrumsplenum Offenbach, dem AKU Wiesbaden, den Anti - AKW - Plenen Gießen und Köln, Bigam Marburg, VertreterInnen aus Bonn und der Liga München zitiert: "... Nachdem die Vorbereitungen für die Demos am 5.3. schon liefen, überraschte die IHU (Initiativgruppe Umweltschutz Hanau) mit dem Vorschlag einer bundesweiten Demo am 19.3. in Hanau. Diesem Vorschlag.... ging bereits ein sozusagen "internes" Treffen verschiedener lokaler Gruppen in Hanau voraus...- unter Ausschluß überregionaler Anti - AKW - Gruppen und speziell radikalerer Gruppen aus Hanau... Diese Gruppierung... verfolgte von Anfang an das Ziel, radikalere Inhalte und Forderungen der bundesweiten Anti - AKW - Bewegung (z.B. an den Atomfirmen zu demonstrieren, keine Parteiredner, Integration aller Formen des Widerstands) aus der Demo rauszuhalten... Der Aufruf drückt sich um Aussagen zur aktuellen Repression im Rhein - Main - Gebiet.... Parallel dazu lief die Weigerung, die verschiedenen Aktionsformen des AKW - Widerstandes zu benennen und gleichberechtigt nebeneinander zu stellen... Aufgrund des Verlaufs der Vorbereitungstreffen und der inhaltlichen und organisatorischen Struktur der geplanten Hanauer Demo, sehen wir darin den Versuch, die Entwicklung der Anti - AKW - Bewegung, vor allem den Zusammenschluß militanter und nicht - militanter Kräfte, zurückzudrängen, bzw. eine Trennungslinie einzuführen, die den militanten Teil der Anti - AKW - Bewegung vom übrigen Spektrum abtrennt. Es soll wieder auf eine Gewaltfreiheit eingeschworen werden, deren Bestimmungspunkt herrschende Gesetze und Normen beinhaltet und somit staatlicher Repression zuarbeitet. Versucht wird, dies unter dem Aspekt der regionalen Bedeutung und Vermittelbarkeit durchzudrücken. Den an sich sicher löblichen Versuch, ein breites lokales Bündnis an einer bundesweiten Demo zu stabilisieren, halten wir zu diesen Bedingungen für völlig unannehmbar."

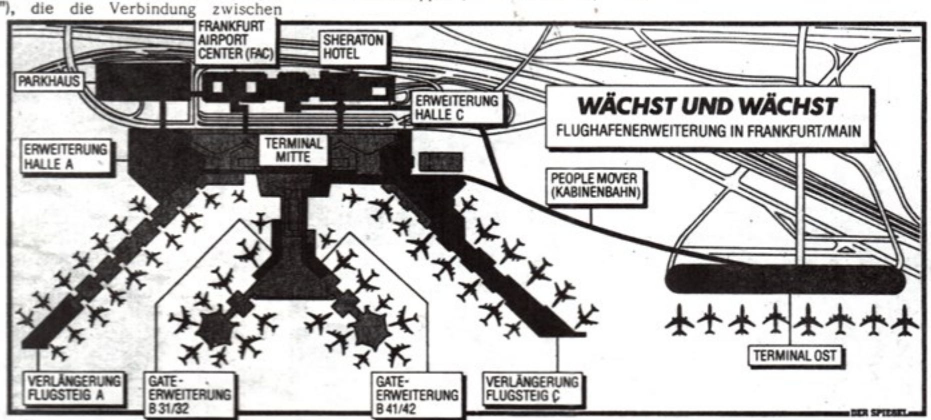
Flughafenausbau

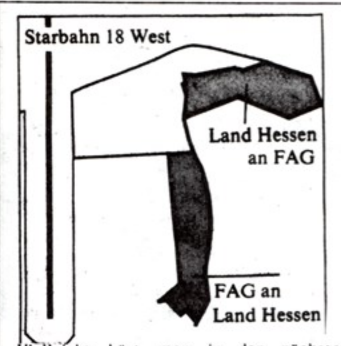
Immer wieder dienstags - wie schon so oft in der Geschichte der Startbahnbewegung wurde an einem Dienstag (23.2.88) gerodet. Einmal ein 13 ha großes Stück im Nordwesten der Startbahn und im Süden des Flughafengeländes die ersten 11,5 ha, denen noch 16,5 ha außerhalb des Flughafenzaunes folgen werden. Insgesamt also 41 ha. Vorausgegangen war ein Umwandlungsverfahren des Flächennutzungsplans für den südlichen Teil. Hatte der Umlandverband Frankfurt dort ursprünglich noch Wald ausgewiesen, so stimmte er jetzt der Umwidmung in Gewerbegebiet zu. D.h. es wurde nicht der eigentliche Beschluß als Ergebnis gewertet, sondern allein die Tatsache, daß der UVF das planungsrechtliche Änderungsverfahren eröffnete, wurde - zu recht - als Zustimmung aufgefaßt. Der südliche Teil soll in Zukunft Abfertigungsgebäude für die Allgemeine Luftfahrt (Kleinflugzeuge), Hangars, Werkstätten, Kantinen- und Verwaltungsgebäude und Flugzeugwartungsanlagen beherbergen. Das Gelände im Nordwesten wird für eine Luftfrachtabfertigungsanlage und fünf neue Abstellpositionen für Flugzeuge genutzt. Allerdings werden auf dem Gelände übergangsweise jene Dienststellen untergebracht, die im Zuge des Baus des Empfangsgebäudes Terminal Ost weichen müssen. Damit kommt man den gigantischen Baumaßnahmen auf dem Frankfur-ter Flughafen sehr viel näher, als die trockenen "41 ha" vielleicht vermuten lassen. Die Salamitaktik ist offensichtlich: Angesichts der Proteste und des Widerstandes gegen die Startbahn 18 West versucht man so lange wie möglich stückchenweise den völlig überlasteten Flughafen auszudehnen, bzw. die vorhandene Fläche optimal zu nutzen. Dazu gehören auch der vorgezogene Bau des Ost - Terminals (ursprünglich sollte Baubeginn 1992 sein, mittlerweile soll es in jenem Jahr in Betrieb gehen. Kosten: ca. 2,3 Milliarden DM), das gleichzeitig eine Erhöhung der Flugzeugabstellpositionen bringt, eine automatisch rollende Kabinenbahn ("people mover"), die die Verbindung zwischen den neuen und den alten Wartehallen aufrecht erhält, die Erweiterung des bestehenden Terminals, Neubau von Büros und Parkplätzen und die Erweiterung von Straßenanschlüssen, damit vor allem der Verkehr aus Richtung Darmstadt und Wiesbaden das neue Terminal direkter anfahren kann.

Diese Anstrengungen zeigen, daß die FAG auf grenzenlose Zuwachszahlen im Flugverkehr rechnet - womit sie wohl vorerst auch recht hat. So ist allein schon durch die Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs mit einem Anstieg der Flugbewegungen zu rechnen. Allerdings nicht nur durch die Erhöhung der Angebote von Fluglinien: Es fallen auch kleinere Flugzeuge darunter, so daß ein Auffangen der Fluggast- und Frachtzahlen durch Großraumflugzeuge nicht unbedingt gegeben ist. Die Überlegung, den Egelsbacher Flughafen für kleinere Flugzeuge (die zu einem Großteil Geschäftsleute transportieren) zu nutzen ist dort wohl auf wenig Zustimmung gestoßen, sollte aber im Hinterkopf behalten werden: Langer Atem und ein Denken in großen Zeiträumen sind bei Veränderungen im Flughafenbereich angesagt.

Offiziell versucht die FAG durch die genannten Maßnahmen eine schnellere Abfertigung auf dem Boden zu erreichen, in der Hoffnung, damit Engpässe zu überwinden. Dabei ist klar, daß die eigentlichen Schwierigkeiten in der Überlastung der Start- und Landebahnen liegen: Deshalb bemüht sich die FAG parallel dazu, bei der Bundesanstalt für Flugsicherung den Eckwert für Starts und Landungen pro Stunde von derzeit 64 auf 70 heraufzusetzen (der Eckwert gibt an, wieviel Flugzeuge maximal in einer Stunde insgesamt starten und landen dürfen) - was bei der BFS und den Fluglotsen auf wenig Gegenliebe stößt. Die Fluglotsen sprechen im Gegensatz zur FAG aus, daß die Probleme buchstäblich in der Luft hängen und daß auch eine Erhöhung des Eckwertes und eine verbesserte Flugsicherung das nicht ändern wird: Da die beiden Parallelbahnen des Frankfurter Flughafens nur 513 m auseinander sind, kann kein gleichzeitiger Betrieb von beiden Bahnen stattfinden, und zwar wegen der sogenannten "Wirbelschleppen", Luftwirbeln, die von den Flugzeugen ausgelöst werden. Kommt ein nachfolgendes Flugzeug in eine Wirbelschleppe hinein, kann es nicht mehr ausgesteuert werden, eine Gefahr die für kleinere Flugzeuge allemal besteht.

Das alles sind Tatsachen, die auch der FAG nicht unbekannt sind. Wie man es auch dreht und wendet: Vom Standpunkt der Flughafenbetreiber aus müßte ein Ausbau in Bezug auf Entlastung des Luftverkehrs unumgänglich sein. Es ist auch nicht verwunderlich, daß die Lufthansa vorsichtige Überlegungen anstellt, die Startbahn West auch als Landebahn zu nutzen, während FAG und Ministerpräsident Wallmann energisch dementieren: Sie sind schließlich die politisch Verantwortlichen, die das dann auch durchsetzen müssen und nicht die Lufthansa oder die Bundesanstalt für Flugsicherung, die am liebsten eine dritte Parallelbahn südlich der beiden existierenden mit genügend großem Abstand zu diesen gesehen hätte und für die die 18 West immer nur ein Kompromiß war. Neueste Meldungen der "Frankfurter Rundschau" ("vertrauliche Informationen aus Wiesbaden"), daß die alten Pläne dieser Piste wieder aktuell werden, verwundern ebensowenig wie das Dementi der FAG, die darauf verweist, daß ein Teil der Piste in heutigem Air - Base - Gelände liegen würde. Nur: Was sollen dann die Bemühungen der FAG und des hessischen Wirtschaftsministeriums um eine mögliche Nutzung eines Teils der Air - Base durch die FAG sonst für einen Sinn haben? Wieso tauschten das Land Hessen und die FAG im Frühjahr 70 ha Wald und zwar dergestalt, daß die FAG zu einem Stück Wald gekommen ist, in das die Südbahn gut reinpassen würde? Auch die Räumung von Munition aus dem Ersten Weltkrieg in eben diesem Gelände südlich des Flughafens paßt da gut ins Bild. Angeblich erst vor einigen Jahren "entdeckt" (Der Bau des neuen Towers dürfte da auch noch eine Rolle spielen), ist es alten Walldorfern schon immer bekannt gewesen, daß dort im Wald ein Munitionsdepot existiert. Das war aber anscheinend so lange uninteressant, bis man sich eine Nutzung des Waldgebietes vorstellen konnte.





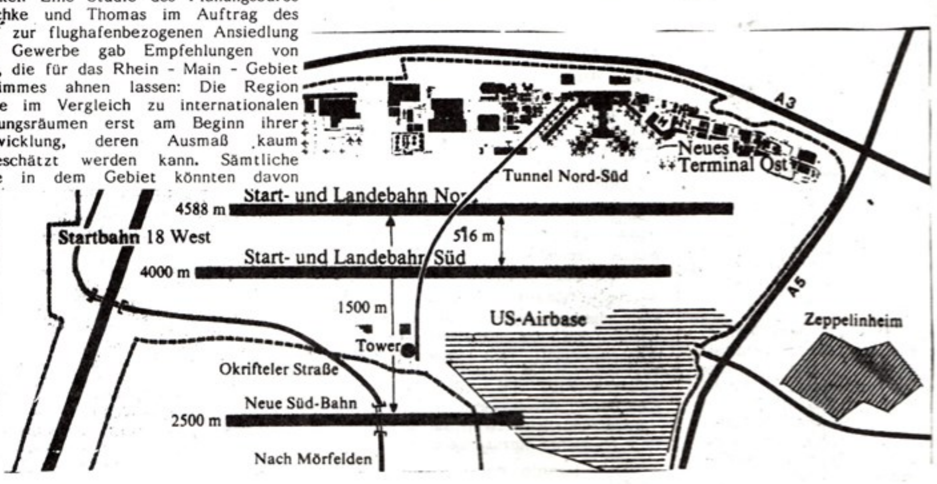
Vielleicht hört man in den nächsten Jahren nur eine Menge an (Halb)Informationen und außerhalb des Flughafengeländes tut sich scheinbar nichts. Aber auch die Planung der Startbahn West wurde schon Mitte der 60er Jahre publik und eingeweiht wurde sie erst 1984. Außerdem muß man den Flughafen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Region betrachten (von seiner Bedeutung auf internationaler Ebene mal ganz abgesehen). Die Wirkungen in dieser Hinsicht sind von den Bürgerinitiativen in den vergangenen Jahren nicht aufgearbeitet worden. So wurde versucht nachzuweisen, daß der Flugverkehr stagniert und die Startbahn gar nicht gebraucht wird. Kernpunkt der Argumentation sollte aber mittlerweile ein anderer sein. Dazu einige Fakten und Gedanken: Der Frankfurter Flughafen versteht sich als "Verschiebebahnhof für den Geschäftsmann" (FAZ,3.3.88), Tendenz eher steigend, sieht man sich die Anstrengungen an, die die FAG unternimmt, den Flughafen für Manager attraktiv zu gestalten. Das neue Frankfurter Airport Center (FAC) als Konferenzzentrum mit einem Videostudio, das es Firmen und sonstigen Konferenzpartnern möglich macht, via Bildschirm miteinander zu kommunizieren (laut FAG die erste private Einrichtung dieser Art in der BRD), dazu vierzehn Konferenzräume und 47 000 qm Bürofläche und Ausstellungrräume für permanente Messen.

Mitte 87 fand die aufmerksame Leserin in FAZ und FR zwei interessante Artikel: Eine Studie des Planungsbüros Peschke und Thomas im Auftrag des UVF zur flughafenbezogenen Ansiedlung von Gewerbe gab Empfehlungen von sich, die für das Rhein - Main - Gebiet schlimmes ahnen lassen: Die Region stehe im Vergleich zu internationalen Ballungsräumen erst am Beginn ihrer Entwicklung, deren Ausmaß kaum abgeschätzt werden kann. Sämtliche Orte in dem Gebiet könnten davon "profitieren", indem sie entsprechende Gewerbeflächen bereitstellten. Ausgleichsräume für das dann hochgradig verdichtete Gebiet seien ja im Hintertaunus vorhanden...Die umliegenden Gemeinden wiederum sind nicht abgeneigt, ihre frühere Oppositionshaltung gegen die Startbahn möglichst in Vergessenheit geraten zu lassen, wenn die Möglichkeit besteht, Gewerbesteuern zu erhaschen.Im Gegenzug bemüht sich die FAG um ein "gutnachbarschaftliches Verhältnis". So erfreuen sich Vereine, Naturschützer und das Deutsche Rote Kreuz in Mörfelden - Walldorf ob der reichen Geldspenden der FAG, während die hiesige SPD dazu aufruft, die Sonntagsspaziergänge endlich zu unterlassen - schließlich will die Stadt aus den Negativschlagzeilen der letzten Jahre herauskommen!

Des weiteren weist der Ortsbezirksvorsitzende der mörfelder SPD darauf hin, daß das Außerachtlassen der Tatsache, daß ca. ein Drittel der in Mörfelden - Walldorf Erwerbstätigen direkt und indirekt am Flughafen beschäftigt sind, eine wahrhaft bürgerliche Betrachtungsweise sei, da man damit die Interessen dieser werktätigen Massen völlig ignoriere. Die Ehefrau des DGB - Ortskartellvorsitzenden setzt dem noch eins drauf, indem sie meint: "(Ich) sehe ... keinen Sinn darin, als SPD - Mitglied jetzt den Mund vollzunehmen und zu behaupten, daß der Ausbau des Flughafens aufzuhalten wäre. Das wäre Augenwischerei und den Bürgern gegenüber unfair." (FR,1.3-.88) Unter anderem mit dem Damoklesschwert "Arbeitsplatz" versuchen die Befriedungsstrategen endlich die Spaltung zwischen "Bürgers" und "Chaoten" zu vollziehen. Wenn sich dennoch kritische Stimmen äußern, dann bitte in Form von höflichen Anfragen...(Bis heute hat die BI Walldorf keine Antwort auf ihre Briefe erhalten, aber dafür hat die FAG sie eingeladen, sich die Unterlagen zu den geplanten Erweiterungen anzusehen, nachdem sie eine urprünglich zugesagte Bürgeranhörung im Ort wieder abgesagt hatte - Informationsveranstaltungen der FAG haben nur bei ihnen "zu Hause" stattzufinden.Die Gesamt - BI, d.h. die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein - Main kann mit solchen Angeboten nicht rechnen, da sie sich ungebührlicherweise nicht auf Briefeschreiben verläßt). Bloß keine Demos mehr! Findet dann doch eine solche statt (geschehen am 28.2.88), dann sind das laut Lokalpresse meist Mörfelden - Walldorfer, um ja keinen Zusammenhang mit dem selbstverständlich auch anwesenden Sonntagsspaziergängerspektrum aufkommen zu lassen. Die 150 Menschen zogen über die Okrifteler Straße zu dem gerodeten Waldstück im Südteil des Flughafens. Einen Zwangsstopp legte die Demo am Radarturm ein, da massive Polizeikräfte eine gewaltfreie Stehblockade quer über die Straße inszenierten. Nachdem sie vergeblich eine Versammlungsleiter der nichtangemeldeten Demo verlangt hatten, besannen sie sich anscheinend auf ihr rechtsstaatliches Bewußtsein und anstatt weiterhin den Straftatbestand einer Nötigung zu begehen, gaben sie die Straße frei, so daß der Demozug ungestört zu dem besagten Gelände und von da aus zum Kuchenstand spazieren konnte.

Hoffentlich war das der Anfang einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Flughafen. Nötig ist es auf alle Fälle, sieht man sich die Studie weiter an: So ist die Verlagerung von Verwaltungsfunktionen ins Umland (wie in Kelsterbach das Lufthansaprojekt im Staudenweiher) durch zwei Entwicklungsachsen, an denen sich neue Unternehmen ansiedeln sollen, ergänzt:

Die eine Achse zieht sich über Neu - Isenburg über Langen nach Darmstadt, die zweite geht vom Flughafen über die Schwanheimer Brücke, die volle Länge der Mainzer Landstraße zur City und stellt außerdem noch die Verbindung zu Messe und Hauptbahnhof her. Die Auswirkungen in Frankfurt zeigen sich jetzt schon: Ein Beispiel sind die beiden geplanten neuen Banken an der Mainzer, durch die im benachbarten Westend Spekulation und Mietervertreibung wieder mal ihre Blüten treibt.





Aber nicht nur die Nähe zu den einzelnen Städten des Rhein - Main - Gebietes ist ausschlaggebend, der Flughafen selbst soll zur Stadt werden: Zur "Airport - City", als eigenes "Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums". Soweit die Vorstellungen der Studie. Sie ist Orientierungshilfe für Planungen des Umlandverbandes und das nicht von ungefähr. Die FAG hat schon 1986 von demselben Planungsbüro eine ähnliche Studie erstellen lassen, die sie aber noch nicht veröffentlicht hat. Angeblich, weil der Vorstand sich damit noch nicht befaßt hat, wahrscheinlich aber deshalb, damit die Grundstückspreise im Umland nicht in die Höhe gehen.

Die eigentliche Funktion und die Auswirkungen eines Flughafens im internationalen Wirtschaftsgefüge sind mit der Aufzählung der möglichen Ausbaumaßnahmen nicht erklärt worden, ebensowenig wie die gegenseitige Beeinflussung vom Finanzzentrum Frankfurt, dem Vorhandensein von Universitäten, Forschungseinrichtungen, Behörden, der Messe und nicht zuletzt den zahlreichen Zentralverwaltungen und -lager der Computerindustrie einerseits und dem Frankfurter Flughafen andererseits konkret aussieht. Völlig ausgeklammert bleibt an dieser Stelle die militärische Seite des Flughafens, seine Funktion als Nadelöhr für Asylanten, bzw. als Abschiebeflughafen. Unter den Tisch fallen auch die ökologischen Auswirkungen. Angedeutet werden sollte die Dimension, in welcher einige ha gefällter Wald und eine Demonstration von 150 Menschen in der Zeitrechnung nach dem 2.11.87 stehen.

PETRONELLA

Vorladung wg. Startbahn zur Bundesanwaltschaft in Karlsruhe

Am Freitag, den 11.3.88 hatte Peter eine Vorladung zur Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsuhe. Peter stellt die Spitze eines Eisberges dar. Er ist der Erste, der von der BAW nach Karlsuhe geladen wurde und er ist einer der ersten, gegen die Zwangsgelder verhängt und Beugehaft angedroht wurden. Ca. 50 Menschen sind mit ihm vor das Gebäude der BAW gezogen. Sie haben sich in einem nahegelegenen Cafe getroffen und sind von dort mit Transparenten losgezogen. Als Peter mit seinem Anwalt dann im Gebäude verschwunden war, wurden draußen Erklärungen über Megaphon verlesen, Flugblätter verteilt und sich wegen eines Regenschauers kurz untergestellt. Wohl nicht nur das Wetter verhinderte, daß richtig Stimmung aufkam. Die Polizei verhielt sich ruhig, wir auch und Peter kam nach einer halben Stunde von Bundesanwalt Pflieger zurück. Seine Aussagen: "Nein!", "Nein!" und "Nein!". Seine Auslagen: Fahrt- und Anwaltskosten, keine Zwangsgeld, keine Beugehaft. Bleibt zu fordern, daß das so bleibt.

Beugehaft in Berlin verhängt

Ende Februar wurde vor dem Berliner Kammergericht unter Richter Palhoff ein Prozeß wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung (§129a) eröffnet. Palhoff?, ja das ist er, der Benno Härlin und Michael Klöckner als angebliche Herausgeber der Zeitschrift "radikal" zu hohen Haftstrafen (wg. §129a) verurteilt hatte.

Vor vier Wochen nun ging es um ein Plakat, auf dem für die RAF-Gefangene Angelika Goder eine Hüftoperation, Freilassung von Günter Sonnenberg und Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand gefordert wurde. Angeklagt waren vier Kollektivmitglieder einer Kneipe, sowie einer Bäckerei, in deren Räumen das Plakat aushing. Im Laufe der Verhandlung wurden auch drei ZeugInnen vorgeladen. Diese verweigerten jegliche Aussage. Auf die Frage nach den Personalien erhielt der Richter ein Zitat von dem Anarchist Erich Mühsam zur Antwort:
"Ich soll? Ich muß?... Ich tue nicht, was ein Richter spricht. RebellInnen kennen bessre Pflicht, als sich dem Joch zu fügen."
Nachdem die ZeugInnen sich auch nicht durch 500 DM Ordnungsgeld zur Aussage erpressen ließen, wurden sie "bis zum Ende des Verfahrens" in Beugehaft gesteckt. Zu ihrer Aussageverweigerung erklärten die Drei: "Wir haben überhaupt keine Lust zu spekulieren, was das Gericht von uns wissen will. Für uns ist es nur wichtig, welche Rolle wir für den Staatsanwalt übernehmen sollen. Aussagen gegen unsere Freunde und GenossInnen ist nicht unsere Sache!"

Das Ende vom Lied: Nach dreitägiger Verhandlung wurde das Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Da hätte Richter Palhoff auch schon am ersten Tag draufkommen können.
Sprechchor bei einer Kundgebung während des Prozesses vor dem Gericht:
"Bullen und Richter - Sackgesichter".
Dem ist nichts hinzuzufügen.

Buback

Wenn mensch politischen Gefangenen schreibt...

* Bevor du einer/m Gefangenen schreibst, informierst du dich am besten bei seinen Freunden, Angehörigen oder bei seinem Anwalt über seine Situation.
* Denke immer daran, daß <u>jeder</u> Brief von ZensorInnen gelesen wird, und oft als Kopie an verschiedene Polizeidienste (BKA, BAW, VS) weitergegeben wird.
* Mach dir immer eine Kopie des Briefes für dich selber.
* Es kann 4 bis 6 Wochen dauern, bis dein Brief den/die Gefangene/n erreicht. Die Antwort kann genauso lange dauern. Damit will der Staatsschutz erreichen, daß aktuelle Informationen längst überholt sind, wenn sie ankommen.
* Kündige dein Brief der/m Gefangene/n mit einer Karte an. So kann der Brief nicht unterschlagen werden.
* Wenn dein Brief zu lange unterwegs ist, ruf beim BGH oder lokalem Knast an und mach Druck. (BGH: Dr. von Gerlach - Tel. 0721 - 1590)
* Lege immer Rückporto bei. Briefmarken jeder Art sind Knastwährung.
* Schicke keine Päckchen, Bücher oder ähnliches, ohne vorher die/den Gefangene/n gefragt zu haben, ob er die Sachen will und was dabei zu beachten ist (Paketmarke anfordern usw.).
* Wenn dein Brief von den Behörden angehalten wird, schreib einen neuen (vielleicht anders formuliert).
* Wenn du überhaupt nicht mehr weiter weißt: Wende dich an erfahrene GenossInnen, AnwältInnen, Knastgruppen.

Bunte Hilfe Darmstadt

Die Provinzposse

Prozeß gegen Startbahngegnerin
Am Montag den 22.2. fand im Amtsgericht Langen ein Prozess gegen eine Startbahngegnerin wegen angeblicher Bullenbeleidigung statt.

Was war geschehen? Am Ende des Eröffnungstages des Sare-Prozesses, beim Verlassen des Saales, hörte die nun Angeklagte einen der Bullen mit denen unter dem Vorwand der "Fortbildungsveranstaltung" eilends der ZuhörerInnensaal vollgestpft wurde, hinter sich ihren Namen rufen. Was der wohl von ihr wolle, und woher der sie kenne , dachte sie sich, und als jener sie nun vor dem Gerichtsgebäude mit diversen zischelnden Lauten bedachte, erklärte sie ihm, er solle sie un Ruhe lassen. Der anschließend tiefgekränkte Jungbulle stellte Strafanzeige wegen Beleidigung. Vor Gericht stellten dann auch die zwei mitgebrachten Bullenzeugen den Sachverhalt ganz anders dar, - waren sichtlich gut abgesprochen, konnten bis auf fünf Zentimeter genau angeben, wer wo gestanden hätte und wußten alle zu berichten, die Angeklagte hätte den geschädigten (!?) Bullen mit dem Satz: "Das Bullenschwein hat mich mal festgenommen", und: "Du Arschloch" beleidigt. Da half auch die Aussage einer weiteren Zeugin nichts, welche der Bullenversion des Tathergangs noch einmal wiedersprach. Die belastenden Aussagen waren schließlich Bullenaussagen und daß jene etwas schwerer in die Waagschale von Staatsanwalt und Richter fallen,- wer weiß das nicht? Staatsanwalt Balß sah die Schuld der Angeklagten als voll erwiesen an und forderte nach diversen zynisch/rhetorischen Seitenhieben gegen Publikum und Angeklagte eine Erhöhung der Strafe von 15 auf 20 Tagessätze. Der Richter Emil Weber allerdings befand, daß Aufgrund der schlechten Einkommensverhältnisse der Angeklagten eine Geldstrafe nicht drin sei,- Arbeitsstunden wären auch nicht angemessen, da sie ja arbeiten gehe und dafür dann keine Zeit habe,- und darum müsse es eben eine Haftstrafe sein!! Das Urteil lautet: "Zwei Wochen Jugendarrest ohne Bewährung - im Namen des Wahnsinns!! Jugendarrest bedeutet Inhaftierung mit Arbeitszwang. Bei Arbeitsverweigerung wird das Strafmaß erhöht! Die Angeklagte und ihr Anwalt gehen in die Berufung. Bis Redaktionsschluß stand noch kein neuer Prozeßtermin fest, wir werden aber versuchen den Termin so früh wie möglich bekannt zu machen.



Staatsanwalt Balß, der bereits bei anderen politischen Prozesen durch sein agresseives Verhalten gegenüber dem Publikum auffiel, entblödete sich nicht auszuführen: "...da wir es ja hier nicht mit der ganz großen Kriminalität, sondern mit einem nicht ganz so schlimmen Fall zu tun haben..." An dieser Stelle konnten einige anwesende Personen das Kopfschütteln und Grinsen nicht vermeiden, was den Herrn Staatsanwalt vollkommen auf die Palme brachte. Er beantragte gegen zwei herausgegriffene Personen ein Ordnungsgeld von 200.- DM. Der Richter begnügte sich allerdings mit einer Verwarnung und der Androhung von drei Tagen Ordnungshaft für die zwei Personen.
Schon in einem anderen, länger zurückliegenden Verfahren gegen die Angeklagte, indem der allseitz bekannte Staatsschutzbulle Tietze als einziger Belastungszeuge die Tatvorwürfe zusammenlog, verurteilte Richter Weber sie mit ähnlich abstrusen Begründungen zu drei Wochen Haft ohne Bewährung. Das Urteil lautete in zweiter Instanz auf Freispruch. Jetzt allerdings konnte Richter Weber seine Chance zu einer ähnlichen Verurteilung noch einmal nutzen. Die Schuld der Angeklagten könne als erwiesen gelten, an den Aussagen der Zeugen (der Bullen) könne nicht gezweifelt werden. Mensch bedenke die Parallelen zum vorherigen Prozeß: Die Aussagen der Bullen haben prinzipiell genug Schwergewicht, um alles andere aufzuwiegen. Richter Weber führte weiter aus, daß das Verhalten der ZuhörerInnen, welche nicht aufständen, sich ungbührlich benähmen und wo immer möglich gegen den Staat arbeiten, ja an sich schon zeigen würde, daß in dem Milieu der Angeklagten, Polizisten nur als Futter gelten würden, und somit wäre erkennbar, daß die ihr vorgeworfene Beleidigung ihr zumindest nicht wesensfremd wäre,- also wäre das Urteil schon von daher nur gerecht.

Die schwarze Hand der Mafia

Zwei wochen Haft für eine angebliche Bullenbeleidigung, immer abstusere Konstrukte à la 129a mit gnadenloser Anwendung von Isolationsfolter - die es trifft soll es hart treffen - gemeint sind alle die das Wort (noch) erheben gegen diesen Staat. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite: Freispruch für die Mörder von Günther Sare, Haftverschonung für einen zu lebenslänglich verurteilten KZ-Schergen und fünffachen Mörder,
Nicht Auswüchse oder Widersprüche, sondern der deutlich zu Tage tretende Ausdruck einer Klassenjustiz, die sich nicht dafür schämt was sie ist: Das Zwangsinstrument der Herrschenden - der verlängerte Arm von Staat und Kapital!
"Es geht darum, daß der Staat die Autorität des Rechts und damit seine Berechtigung zur Macht, auch zum Gewaltmonopol wahrt. Ein Staat ist keine Diskussionsveranstaltung. Macht und Recht sind nicht Begriffe, über die sich endlos reden läßt... Die Macht kann auch Zustimmung zum Recht erzwingen."
(FAZ,26.6.1981)



Nicht umsonst ist z.B. Beate Klarsfeld zu einem Jahr(!) Knast verurteilt worden, weil sie es gewagt hat Kanzler Kiesinger wegen seiner NS-Vergangenheit zu ohrfeigen. Ein fall, der Klar zu Tage bringt, wie leicht die Fassade ihrer Macht anzukratzen ist.



Politische Prozesse können für uns ein Ansatzpunkt sein, öffentlich klarzumachen, worum es geht: Dieses System abzuschaffen und den unwürdigen Zusatnd zu beenden, in welchem der Staat Menschen - Kraft seiner Macht - zum Richter über unsere Taten erhebt, um sie im Sinne einer herrschenden Klasse verurteilen oder freisprechen zu lassen.
Tim und Struppi

ÜBER DEN UMGANG MIT VERRÄTERN

Wo ist das Ende unserer Geduld anzusiedeln und wie sieht es praktisch aus? Eine Frage, die es endgültig offen zu diskutieren gilt und der ein Handeln folgen muß.

Die breite Kampagne "Arthur hälts Maul und Du?" hat das Aussagekarusell zum Stehen gebracht. Aber nicht alle sind abgesprungen. Trotz aller sozialer und politischer Solidarität, die durch endlose persönliche Gespräche und intensives Kümmern um die Betroffenen immer noch zum Ausdruck kommt, werden wieder Aussagen gemacht.
Was wir sagen wollen ist: In der momentanen Situation ist es nicht mehr angebracht, die Diskussion über die Aussagen und Aussageverweigerung in der bisherigen allgemein gehaltenen Art und Weise zu führen. Nach allen Aufforderungen, Appellen und Diskussionen müssen wir endlich klar damit umgehen, daß es Leute gibt, die sich ganz konkret zu Verrätern gemacht haben und daran trotz gegenteiligen Versprechungen bis heute anknüpfen, indem sie weiterhin Aussagen machen.
Es gab schon von Anfang an zwei verschiedenen Einstellungen zum Umgehen mit Verrätern. Auf einem Solidaritätsfest für die Gefangenen zeigte sich dies zum ersten Mal konkret. Einige Leute hatten ein Flugblatt zu der Person geschrieben, wegen deren Aussagen Andi S. im Knast sitzt. Als die Person auch noch auf dem Fest erschien, war es für die FlugblattschreiberInnen und andere ganz klar, daß er zu gehen hat. Die Position anderer Anwesender war die, nicht durch die Holzhammermethode eine Situation zu schaffen, in der dem Verräter jegliche Möglichkeit genommen wird, sich zu äußern, und damit weitere Gespräche, die seine Aussagen stoppen könnten, unmöglich zu machen. Außerdem wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch gar nicht ganz sicher, ob mit den Aussagen alles so stimmen würde.
Damals waren auch wir hin- und hergerissen, da beide Positionen ihre Berechtigung hatten und Diplomatie und Vorsicht im anfänglichen Chaos durchaus angebracht erschien. Seitdem gab es viele Gespräche, vieles wurde überprüft und es wird viel aufgefordert und appelliert, z.B. im Rhein-Main-Info Nr. 2 hieß es in einem Abschlußabsatz S.21:
"Wir haben bis heute praktische Solidarität auch mit denen geübt, die andere belastet haben. Einige haben diese Solidarität und die Basis für gegenseitiges Vertrauen durch weitere Straftatbelastende-Aussagen in Frage gestellt bzw. gebrochen. Wir erwarten von euch, daß ihr die Basis für gegenseitiges Vertrauen wiederherstellt, wenn ihr noch an unserer Solidarität interessiert seid, so schwer das auch ist:
Wie erwarten von euch, daß ihr euch der (Startbahn-) Bewegung gegenüber erklärt! Es gibt genug Wege, dies öffentlich zu tun. Wir erwarten von euch, daß ihr keinerlei weitere Aussagen mehr macht!
Wir erwarten von euch, daß ihr euch mit den Personen in Verbindung setzt, die ihr belastet habt!
Dies ist für uns die Voraussetzung, uns allen wieder mit offenen Augen zu begegnen.
Wenn ihr unsere Solidarität nicht erwidert, werden wir euch aus unseren sozialen und politischen Zusammenhängen ausschließen!
Wir werden eure Namen veröffentlichen, zum Schutz vor möglichen weiteren Belastungen und zum Schutz unserer Bewegung!
Wir hoffen und wünschen, daß es dazu nie kommt."
Wir finden es muß jetzt Schluß sein mit Hoffen und Wünschen. Diejenigen, die es bis jetzt nicht geschafft haben, ihren Verrat zu stoppen, müssen sich auch mit den Folgen konfrontiert sehen. Es geht z.B. nicht, daß so jemand immer noch auf Demos durch geduldete Anwesenheit (auch wenn nicht in unseren Blocks, die es bei der gemeinten Anti-AKW-Demo am 5.5.88 in Frankfurt ja auch so gar nicht gab) weitere Möglichkeiten bekommt, uns zu Schaden.



Bei solchen und anderen Gelegenheiten, können ein paar Eingeweihte sich jetzt auch nicht mehr anmaßen, besonders auch bundesweit als Aufpasser zu fungieren. Sie können nicht überall sein und am Ende dürfen keine Situationen entstehen, in denen Leute sagen können, wir haben nicht gewußt, wer das ist. Die, die uns verraten haben, haben die angekündigten Konsequenzen anscheinend akzeptiert, ansonsten würden sie nicht weiter quatschen. Wir haben keine Solidaritätspflicht mehr ihnen gegenüber. Wenn Pflicht, dann die der Solidarität mit denen, die das Maul halten und dafür im Knast sitzen. Wir fordern die Knastgruppen und die informierten Leute der Bewegung auf, alle Informationen - auch die Namen - zu veröffentlichen.

Dies ist die Voraussetzung für eine breite politische Auseinandersetzung darüber, wie wir uns gemeinsam diesen Leuten gegenüber jetzt praktisch verhalten.

AKTION

Rhein-Main-Info Nr.2

gibt's nicht mehr. Die Nachfrage hat uns überrascht. Falls noch irgendjemand welche übrig hat, schickt sie schleunigst an's Libertäre Zentrum Frankfurt. Leute, die uns schon Geld geschickt haben, werden wir bei Erscheinen das Info Nr. 3 zuschicken.

Zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der Startbahnbewegung

Andreas Semisch
Für Andreas hat sich seit der letzten Ausgabe der AKTION nichts verändert. Er sitzt in Einzelhaft und hat Hofgang mit anderen Gefangenen, da er sich aber in einer Rollabteilung befindet (d.h. die Gefangen sind dort nur kurze Zeit und werden in andere Gefängnisse verlegt), kann er keine dauerhafte Kontakte aufbauen. Die Besuche von seiner Verlobten und seiner Tochter finden zwar ohne Trennscheibe statt, aber es besteht Berührungsverbot. Durch Tische sind Andreas und die beiden meterweit von einander entfernt.

Reiner Hübner
Reiner hat seit etwa Mitte März auch an die anderen Gefangenen angenäherte Haftbedingungen, d.h. 2 Stunden Umschluß, gemeinsamer Hofgang und Duschen. Die Folter mit hochfrequenten Tönen seitdem aufgehört.

Marc Steinbrück
Die Bundesanwaltschaft wußte durch eine Hausdurchsuchung im November '87, daß Marc nach Nicaragua wollte (Visum etc.). Erst nachdem Marc bereits in Nicaragua war, wurde ein internationaler Haftbefehl gegen ihn erlassen, mit dem Vorwurf: Raub einer Dienstpistole auf der Hanau-Demo am 28.11.86 und Brandanschlag auf eine Dresdner Bank Filiale während des Kirchentages 1987 in Frankfurt.
Marc kam in Kenntnis dessen freiwillig über den Züricher Flughafen zurück und wollte sich den deutschen Behörden stellen. Er wurde jedoch in der Schweiz verhaftet und das Ganze wurde in der Öffentlichkeit so hingestellt, als bestünde Fluchtgefahr - weshalb er jetzt in Gießen in Knast sitzt. Er hat normale U-Haft-Bedingungen.

Andreas Eichler
Andreas hat auch gemeinsamen Hofgang, aber keinen Umschluß. Gesundheitlich geht es im einigermaßen gut. Der Kontakt zu ihm war durch einen sehr unkooperativen Anwalt seit Haftbeginn so gut wie unmöglich. Einschätzungen, was von den vielen Vorwürfen an und Gerüchten um ihn Tatsache sind, sind sehr schwierig, da Andreas einen gemeinsamen Umgang miteinander von seiner Seite nicht gerade sehr tatkräftig vorangebracht hat. Er hat jetzt einen neuen Anwalt. Weiteres bleibt abzuwarten.

Frank Hoffmann
Frank wurde am 19.3.88 in Amsterdam verhaftet. Er wurde mit internationalem Haftbefehl wegen angeblicher Beteiligung an den Startbahnschüssen gesucht. Seitdem wurde er mehrmals von Knast zu Knast verschoben. Es läuft ein Auslieferungsverfahren, das allerdings ein halbes Jahr dauern wird. Frank läßt sagen, es geht im soweit ganz gut. Es werden zwar schon Verhörversuche von deutschen Beamten gemacht, aber es wurden keine Aussagen von ihm erpresst. Ende März gab es für ihn auch schon vor dem Knast eine Kundgebung von GenossInnen aus Amsterdam.

Die Adressen der Gefangenen:
Andreas Semisch, Reiner Hübner, Andreas Eichler, Marc Steinbrück
über
BGH - Ermittlungsrichter
Herrenstr. 45 a
7500 Karlsruhe

Frank Hoffmann
über
Pieter Bakker Schut
Nieuwezijds Voorburgwal
1012 SE Amsterdam
Niederlande
Dies ist der holländische Anwalt von Frank.

Zur Diskussion um Gefangene und Haftbedingungen

Was mir auf allen Veranstaltungen, Treffen und bei den dort geführten Diskussionen immer mehr zu schaffen macht, ist die Stille und die Sprachlosigkeit, die den Berichten zu Haftbedingungen und die Situation der Gefangenen folgt.
Vier Monate nach dem 2.11.87 müßte doch die Angst, zu diskutieren, Stellung zu beziehen, etwas überwunden sein. Ist es tatsächlich nur die Angst vor Repression, die die Diskussion, um ein gemeinsames politisches Verhalten zwischen uns und den Gefangenen lähmt?
Die Auseinandersetzung mit den Gefangenen ist über eine Diskussion über ihre Haftbedingungen kaum hinausgekommen. Und jetzt, da auch die Isolationshaft durchbrochen ist, wird dieses Thema auch nicht mehr viel hergeben. Es ist jetzt an der Zeit, einen Schritt weiterzugehen.
Bevor die Leute von uns im Knast saßen, hat sich unsere Zusammengehörigkeit mit ihnen auch nicht an der Repression gegen uns und die Bewegung, zu der wir uns zählen, festgemacht. Wollen wir also jetzt unsere Solidarität und Zusammengehörigkeit mit ihnen zeigen, muß das über die politischen Gemeinsamkeiten laufen, die uns auch hier draußen verbunden haben. Die Gefangenen sitzen für etwas, was Ausdruck unserer Bewegung war und ist. Es geht doch schon lange nicht mehr um die Schüsse und ob und wie wir uns dazu stellen. Brandanschläge auf Baufahrzeuge und Firmen im Zusammenhang mit der Startbahn, Strommastaktionen waren beispielsweise doch seit Jahren Diskussionsgrundlage. Wenn sich unsere Solidarität daran festmachen würde und wir diskutierten, daß da unsere Auseinandersetzung, unser Widerstand kriminalisiert und eingeknastet ist, wäre unsere Solidarität zu "unseren" Gefangenen klarer und praktischer.
In den Gruppen, in denen die Leute im Knast eingebunden waren, wird das zwar so auch ansatzweise praktiziert, nicht aber in den Zusammenhängen, die sich breit als anarchistisch-autonome Bewegung definieren.
Ich denke aber, daß dieses angeschnittene Poblem einer nicht gemeinsamen politischen Solidarität zu "unseren" Gefangenen nur ein Ausdruck ist von fehlender oder mangelnder Diskussion und Auseinandersetzung um gemeinsame Grundlagen und Strukturen, auch vor dem 2.11.. D.h. wir dürfen nicht auf die Repression starren wie das Kaninchen auf die Schlange, sondern wir sollten unsere ganze Kraft und Phantasie in die Entwicklung der sozialrevolutionären Organisierung und Ausweitung stecken. Da haben wir alle am meisten davon.

CO

regional DARMSTADT

MODERNISIERUNG des städt. WOHNGEBÄUDES
FUHRMANNSTR. 10 VIER WOHNUNGEN

F.10 LUXUSANIERT
Hier soll Wohnen wer:
ALS DEUTSCHER ANGESTELLTER IM
Monat 2500 Netto
RENOVIERUNG: SPANPLATTEN
BAUHERRN: STADT DARMSTADT und ihr KLÜNGEL

Unser Haus soll stehen bleiben !
Vor fast zwei Jahren haben wir die Fuhrmannstr.9 wieder bewohnbar gemacht. Das Haus hatte trotz der Wohnungsknappheit mehrere Jahre leergestanden.
Metzger hat uns vor zwei Jahren sehr schnell einen Vertrag angeboten, um für Ruhe zu sorgen, und das Wohnungsproblem in der Öffentlichkeit totzuschweigen. Außerdem wars natürlich peinlich, daß da ein Haus leerstand, das mit 20 000 Mark für die Roma renoviert worden war. Ursprünglich hat Metzger sie mit offenen Armen empfangen, um sich den ach so sozialen und weltoffenen Anstrich zu geben. Später hat sich die Stadt aus der Verantwortung gezogen, und die Roma wurden ziemlich rüde aus Darmstadt vertrieben.
Wohl auch deswegen haben wir als einziges von fünf besetzten Häusern der letzten zwei Jahre einen Vertrag bekommen.
Jetzt soll das Haus im Rahmen der Ruthsblocksanierung abgerissen werden, die Stadt hat es einfach für unbewohnbar erklärt. Auch in der Arheilger Straße müssen Leute aus ihrer Wohnung raus, weil ihr Haus abgerissen werden soll. Ein Hinterhaus in der Pankratiusstraße soll ebenfalls verschwinden.
Stattdessen soll auf dem Ruthsplatz ein Bürgerzentrum gebaut werden. Ein Denkmal für einzelne Kommunalpolitiker, Prestigeobjekt fürs Viertel, von oben verordnete Kommunikation!

Für wessen Bedürfnisse wird geplant?

Auch die Sanierung im Martinsviertel ist in erster Linie profitorientiert. Es geht nicht um die Bedürfnisse der Betroffenen, das Spiel machen Parteibonzen und Investoren unter sich aus. Wohnen ist Ware, mit der sich Geld scheffeln läßt, denn wohnen müssen alle. Durch die Sanierung werden die Häuser übermäßig aufgewertet, die Mieten steigen, die Preise im Viertel steigen, Leute mit wenig Geld, Rentner, Studenten, Leute wie wir, werden nicht mehr in der Stadt wohnen können. Erwünscht sind Leute, die mehr Geld ausgeben, mehr Steuern zahlen. Die weniger Betuchten werden in Randbezirke verdrängt, in Wohngettos wie Kranichstein, sind darauf angewiesen mit dem Auto in die Stadt zu fahren, zur Arbeit, zur Uni, zur Behörde.

WIR FORDERN: DIE FUHRMANNSTR.9 MUSS STEHEN BLEIBEN!!!

In den zwei Jahren hier haben wir versucht, als Gruppe zusammen zu leben. Wir haben das Haus bewohnbar gemacht und festgestellt, daß es sich hier sehr viel besser leben läßt als in irgendeiner Mietswohnung.
- wir fordern -
kein Abriß der Fuhrmannstr.9 und der Arheilger Str.35
langfristige Vertragslösung für Haus und Grundstück Fuhrmannstr.9 mit den Bewohnern/Bewohnerinnen
eine Sanierungspolitik, die von den Menschen gemacht wird, die in den Häusern leben
Kein Eike-Ebert-Gedenkzentrum auf dem Ruthsplatz
Hände weg von der AU 13-15 in Frankfurt
Zur Zeit (16.03.-24.03.) findet in der Fuhrnmannstr.9 eine bunte Veranstaltungsreihe statt. Im Erdgeschoß des Hauses wurde das Cafe Durchbruch eröffnet. Alle Interessierten, die den Raum zu Veranstaltungen, als Treff, als Übungsraum, etc. nutzen wollen, können sich an die Fuhrfrauen und Fuhrmänner wenden.



"Plakatierende Zellen"

DIES IST EIN ÖFFENTLICHER ANSCHLAG DER STADTVERWALTUNG

Der Magistrat der Stadt Darmstadt · Dezernat V.
Postfach 110780 · Stadthaus 2 · Luisenstraße 12 · 6100 Darmstadt 11

Der Magistrat
der Stadt
Darmstadt



Amtliche Bekanntmachung!

Datum FEBR. 1988

Liebe Darmstädter, liebe Darmstädterinnen!

Wer mit offenen Augen durch die Stadt fährt, wird gesehen haben, daß sich in den letzten Jahren auch im Martins- und Johannisviertel viel getan hat. Diese unsere Stadt ist schöner geworden. Wer hier noch wohnt, wird gemerkt haben, wie diese Viertel ergrünt sind. Zwischen Pflastersteinen wachsen jetzt Bäume und Kinder spielen da, wo früher Müll und Schutt lagerten. Baracken und Ruinen sind nahezu verschwunden. Neuer Putz liegt auf den Häusern. Vielerorts begrüßt sie ein neuer Nachbar und vielleicht fährt auch Ihr Vermieter ein größeres und schöneres Auto. Wir grüssen die neuen Nachbarn und den Vermieter!
Das war nicht immer so. Wenn ich vor Jahren noch mit Freunden gesprochen habe, mußte ich mir sagen lassen, was andere von der falsch verstandenen liberalisierung der letzten Jahrzehnte in unserer Stadt hielten. Zuletzt hatten sogar Landfahrerund Tagediebe hier ein allzu leichtes Zuhause gefunden. Ein breiter Konsens hat mir geholfen, in Darmstadt wieder konseqent durchzugreifen!

Mittlerweile ist Darmstadt Zigeunerfrei

Die Zahl der Schandflecken ist deutlich reduziert; die Stadt ist gesünder geworden. Sanierung vom Pflasterstein bis zum Noch-Mieter, -wir haben viel erreicht! Alte und Kranke haben früher in ärmlichen Verhältnissen wertvollen Wohnraum belegt. Produktive gesunde Kräfte sind an deren Stelle getreten. DARAUF KÖNNEN WIR STOLZ SEIN!
Aber dennoch bleibt bis zur Kommunalwahl 1989 viel zu tun. Da stehen immer noch Häuser dem Fortschritt entgegen, da liegen immer noch Flächen brach. Keine 100 Meter von Darmstadts schönstem Park entfernt genießt gestrandetes Gesox einen Lebensraum auf unsere Kosten!
UNTERSTÜTZEN SIE MICH! Mit einem neuen Bürgerzentrum können wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein weiterer Schandfleck wird verschwinden, notorische Querulanten können ihr Glück woanders versuchen. Hier gibt es keinen Boden für diese Brut. Nicht zuletzt verhindern gerade diese Leute, daß Ihre Steuermillionen in unserem Sinn angelegt werden können!

KÄMPFEN SIE MIT MIR GEGEN BILLIGEN WOHNRAUM UND DEREN MIETER!
KÄMPFEN SIE MIT MIR FÜR EIN BÜRGERZENTRUM!

Mit freundlichen Grüßen

i. V.

Günther Metzger
Oberbürgermei...

abgerissen - sichergestellt

Darmstadt 544000 BLZ 508 501 50 · weitere Konten der Stadtkasse bei Sparkassen und Banken in Darmstadt · Telefonzentrale · Telex

In der Nacht zum Montag (01.02.1988) wurden in einem Großeinsatz der Polizei, der sich über das gesamte Martinsviertel erstreckte, sechs Personen mit vorgehaltener Waffe ihrer Freiheit beraubt. Sie wurden ED-behandelt und die ganze Nacht über festgehalten. Ihnen wird vorgeworfen, in einer "amtlichen Bekanntmachung", die sie im Viertel in Form eines Plakates geklebt haben sollen, den OB Metzger verunglimpft zu haben.

Tatsache ist, daß der Oberbürgermeister im August 1983 den Abriß eines von Roma-familien bewohnten Hauses angeordnet hatte, als diese geradr im Urlaub waren.
Zitat Metzger: "Nichts wäre verhängnisvoller, wenn wir ihnen einen Sonderstatus einräumen oder wenn wir Forderungen erfüllen würden, Minderheiten einen Freiraum zu gewähren".
Der Abriß stellte einen Höhepunkt in einer Reihe von städtischen Schikanen gegen die Roma-familien dar. Nun ist Darmstadt zigeunerfrei!

AUFRUHR IN DER METZGERSTADT

Richtig ist ebenso, daß in Darmstadt durch die Sanierung viele Menschen aus dem Viertel vertrieben wurden, die die gestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen können. So teilt der Magistrat in seinen Leitlinien zur Stadtentwicklung mit, daß er das Viertel "durch geeignete Maßnahmen ... für private Investitionen interessant machen" wolle. Diese privaten Investoren treiben durch Luxussanierung und Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen die Preise in die Höhe.

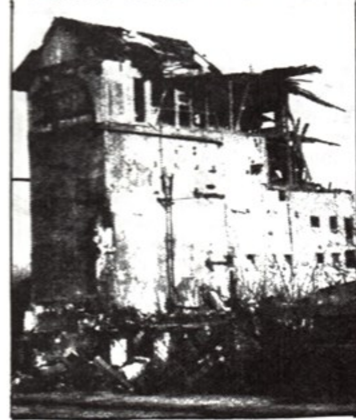
Zur Aktion:
Wieder einmal wird von der Stadt versucht, tiefere, satirische Wahrheiten als Verleumdung zu kriminalisieren. Die Tatsachen, die das Plakat enthüllt, sollten der Öffentlichkeit vorenthalten werden, weil sie der von der Stadt verordneten Friedhofsruhe zuwiderlaufen. So hat sich die Pressestelle des Polizeipräsidiums auf Bitten des Oberbürgermeisters beharrlich geweigert, der Faz den Wortlaut des Plakates bekannt zu geben.

Wir fordern: FREIES PLAKATIEREN FÜR ALLE!!
KEINE KRIMINALISIERUNG DER SECHS BESCHULDIGTEN!!
Die nächsten Plakate sollen schöner, bunter, größer, besser klebend, genialer, lauter und noch massenhafter werden!!



Gefälschte Plakate in der Nacht
Das Ansehen des Oberbürgermeisters als Zielscheibe

"Zivilschutz" in Darmstadt



Daß ein Krieg nicht nur auf militärischer Ebene geführt wird ist klar. Es bedarf einer Infrastruktur, die es den Kriegsplanern ermöglicht, in militärische Operationen "zivile" Organisationen voll miteinzubeziehen. Eine "zivile" Komponente des Kriegsführungskonzeptes ist der sogenannte Zivilschutz. Er beinhaltet unteranderem folgende Kriegsplanungsmaßnahmen: Bildung von kommunalen Krisenstäben, regelmäßige Übungen im Verwaltungsbereich, Zusammenarbeitsübungen zwischen "zivilen" und militärischen Verbänden (WINTEX - CIMEX Manöver), Sicherstellungsgesetze erlauben die Beschlagnahme von Autos, Sperrung von Telefonen, Dienstverpflichtungen von: Arbeitern in der strategisch wichtigen Industrie, Ärzten/Ärztinnen und Krankenpflegern und - schwestern in den Zivilschutzverbänden, Kriegsdienstverweigerer zur direkten Unterstützung der kämpfenden Truppen, und last but not least:
Die Wartung und Organisation der "öffentlichen" Bunker.
In Darmstadt wären das, nebst einem geheimen Magistratsnotbunker, dessen Existenz allerdings nicht offiziell bestätigt wird (dafür ist keiner zuständig), noch drei offizielle Atombunker mitinsgesamt knapp 4000 Plätzen. Einer davon in der Tiefgarage unter dem Karolinenplatz. Dieser soll im Ernst-, Atom-, Katastrophen-, Kriegsfall etc. 2000 Menschen beherbergen. Er hat einen Zugang zum nahegelegenen Bullenrevier und Versorgungsschächte zu zwei Kaufhäusern.
Eine Prioritätenliste für bevorzugte, ausgesuchte Personen gibt es für diesen Bunker angeblich nicht. Die Türen am Eingang haben einen Zähler und nach der 2000sten Person schließen sich die Türen automatisch, so der Oberamtsrat des darmstädter Amtes für Katastrophenschutz, Karl Colin. Der zweitausenderste Mensch also wird erbarmungslos in der Tür plattgequetscht. Die draußen werden, je nach Entfernung zum "Knall", auf einen Satz verdampfen oder sich erstmal die Augäpfel rausschmelzen lassen. Die drinnen sitzen genervt zu zweitausenden da, glotzen die grauen Bunkerwände an, und beginnen spätestens nach zwei Wochen "Haschmich mit anschließendem Blutbad" zu spielen.An solcherlei Happybunkerrambozambo und dessen Organisation und Funktion Interessierte können sich an das Amt für Katastrophenschutz wenden, denn - darauf legen die Katastrophenstrategen wert - die Bunker sind ja öffentlich - angeblich.

Amt für Katastrophenschutz, Postfach 11 10 61, Luisenstr.12, 6100 Darmstadt, Tel.:06151/132054

Ein Interessierter wollte wissen, was ihm im Ernstfall so alles geboten wird und schrieb an das Amt für Katastrophenschutz, er wolle die Funktionsräume des Bunkers besichtigen. Wasserkraftwerk, Nahrungsmittelvorräte, sanitäre Einrichtung, Entgiftungsanlage - alles da! Zwei Jahre dauerte es nur. bis das Katastrophenamt ihm einen Termin zusagte - das ginge nämlich nur, wenn mehrere Interessierte zusammenkämen.
Als es am 25.02. soweit war, konnte die Besichtigung dann aber doch nicht stattfinden. Niemand der am Treffpunkt anwesenden Offiziellen gab sich als Bunkerführer zu erkennen. Erst nach intensivem Herumfragen stellte sich heraus, daß den Katastrophenverwaltern zu viele Interessenten da waren, mit 30 Leuten ginge das nicht.
Auch den anwesenden Vertretern des "Bundesverbandes für den Selbstschutz" schien die Öffentlichkeit überhaupt nicht zu schmecken. Die erzürnten Bunkerfreunde, etwa 30 an der Zahl, fühlten sich verarscht und zogen aufs nahegelegene Amt für Katastrophenschutz, um zu erfahren, was denn nun los sei.Dort angekommen, stellten sie ersteinmal fest, daß besagtes Amt sich nicht gerne in die Suppe schauen läßt: verschlossene Türen, Klingel mit Gegensprechanlage - noch ein Bunker also!
Der auf Anfrage erscheinende, oberste Katastrophenregent der Stadt Darmstadt, Karl Colin, reagierte denn auch auf das Blitzlicht der ersten Fotographen recht allergisch. In einer größeren Diskussion erklärte er den Leuten, daß soviele "da garnicht reinkämen", auch nicht in mehreren kleineren Gruppen; daß er bei sovielen Interessierten nicht mehr zuständig sei, sondern der OB Metzger, und warum die Leute jetzt aufeinmal den Bunker sehen wollten, beim letzten Tag der offenen Tür "hätte es keinen interessiert und der war doch erst vor kurzem gewesen" - 1969 oder so...
Die Menschenmenge zog nun zum



Büro des OB Metzger, weil der ja angeblich zuständig wäre. Der hatte aber Glück, er war im Urlaub.
Die Stadt Darmstadt versucht, wie alle am "Katastrophenschutz" beteiligten Verbände, die eigentliche Funktion der Bunker zu verheimlichen, ähnlich wie der "Bundesverband für den Selbstschutz", der vom Innenministerium bezahlt wird und am darmstädter Hauptbahnhof mit einer eigenen Dienststelle ausgestattet ist

Der Staat erdreistet sich, uns in seinem Sinne (und dem seiner Hintermänner) zum Militärdienst einzuberufen, wo wir üben sollen, den uns als Feind aufgeschwätzten jeweiligen Gegner zu erschießen, oder als Zuvieldienstleistender - im Ernstfall mit Bunkerwart und Sanitätsdienstaufgaben - jene wieder zusammenzuflicken, welche vielleicht soweit herzustellen sind, daß sie nochmal als Kanonenfutter taugen - der Rest darf über die Klinge springen.
HURRA - wir dürfen wählen, Kriegsdienst mit oder ohne Waffe!
Bei den WINTEX - CIMEX Manövern wurde bereits fleißig die Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Kräften geübt. Die ersten ZDLer wurden für dieses Manöver bereits einberufen.



Die restliche Bevölkerung darf sich dann als Schachfigur auf dem Spielbrett der Mächtigen hin und her schieben lassen und wird auch mal als Bauernopfer fallen gelassen. Rein in die Bunker, raus aus den Bunkern, zwangsevakuiert oder mit Strassensperren und bewaffneten Verbänden an der Flucht gehindert - ganz wie es den Kriegsplanern beliebt.
Sprengkammern für Atomminen in den Brücken und wichtigen Strassen zeugen von dieser perversen "verbrannte Erde" - Strategie ebenso, wie die Tatsache, daß es überhaupt Atombunker gibt.
(wird fortgesetzt)

Chaostreffen!

Vom 6.-8. Mai findet auf dem Luisenplatz ein Punk und Chaostreffen statt.
Wie es war, das heißt: wieviel Meter hoch der "Lange Ludwig" (denk-mal) bunt angemalt wurde, schreiben wir dann in der nächsten Ausgabe. Außerdem noch das Ausmaß der, vor soviel wilden Buntheit abstehender Haartracht, zutiefst erschrockenen Bürger; die Höhe des Sachschadens (Darmstadt in Schutt und Asche??), sowie die Anzahl der wegen zuviel Biers in der Blutbahn eingefahrenen und sich auf dem Bullenrevier ausnüchternden und auskotzenden PUNX.

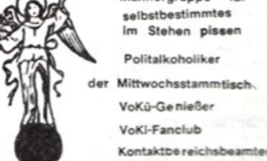


am 18.02. ist ein weiterer Frontabschnitt im internationalen Klassenkrieg in Westeuropa der faschistischen Reaktion (Binding Brauerei) zum Opfer gefallen; wir begreifen diesen Verlust als das was er ist, als einen Angriff der Schweine auf unsere Versorgungslinien hier.

antiimperialistische Alkoholikerfront - Sektionsabschnitt zwei Darmstadt

nach jahrelanger schwerer Schuldenkrise und etlichen fristlosen Kündigungen, dennoch plötzlich und unerwartet, hat der Gerichtsvollzieher unser geliebtes Kopi genommen

SPEISEGASTSTÄTTE
KOPERNIKUS
+ 18.02.1988



es trauern:

Männergruppe für selbstbestimmtes im Stehen pissen

Politalkoholiker

der Mittwochsstammtisch

VoKü-Genießer

VoKi-Fanclub

Kontaktbereichsbeamter





Inhalt

Hochsicherheitsknast Weiterstadt
Interview mit einer Gefangenen aus der Plötze
Gehirnwäsche gegen den Umsturz
Zerstörung der Persönlichkeit
Fragment über Isolationshaft

Bestellungen: (nur gegen Vorkasse!!!)
Literaturkonto der Bunten Hilfe
Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150
Kontonummer 111 036 349
Einzelausgabe DM 8,-- incl. Porto
10 Ausgaben DM 60,-- incl. Porto

Herausgeber: Bunte Hilfe Darmstadt
Wilhelm-Leuschner-Str. 39, 6100 Darmstadt
Tel.: 06151-20480 (MO & MI von 20 - 22 Uhr)

Letzte Meldung

Laut eines in Darmstadt kursierenden Bekennerschreibens, hat eine Gruppe das Architekturbüro Forum mit dem 12 Kg Inhalt eines Feuerlöschers ausgesprüht. Die Presse hat diese Aktion - wie so vieles andere - verschwiegen. In dem Bekennerschreiben heißt es:
"Das Planungskonzept des Knastes Weiterstadt stammt von dem Architekturbüro "Forum" in Darmstadt. Dort arbeiten Dr. Schaedel, von Wehrden, Kühn, und Dirkes. Im Gegensatz zu dem von ihnen geplanten Vernichtungsbau, wohnen sie selber in schönen hellen Häusern in der Goethestr. 2a/b in Darmstadt. Dort befindet sich auch ihr Büro. Mit unserer Aktion wollten wir sie aus ihrer Anonymität holen und sie bei ihrem schmutzigen Geschäft stören(...) Um nicht die zu vergessen, die ebenfalls dazu beitragen, daß der Repressionsapparat Form annimmt, seien erwähnt: Die Gartenbaufirma Rode in Weiterstadt, die sich an der Mauerbegrünung, dem Sportplatz und an den Bäumen auf dem Wall rund um die Mauer dumm und dämlich verdient hat; Die beteiligten Baufirmen, ohne die nichts geht: Bilfinger und Berger, Strabag, Gabriel Dressler. (...)
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!"
Zitat Ende



kurz & schmerzhaft kurz & schmerzhaft kurz & schmerzhaft

Richtigstellung und Entschuldigung

In der letzten AKTION berichteten wir von Hausbesetzungen in Gießen und Karlsruhe. Leider ist mir dabei ein Fehler unterlaufen - eine Hausbesetzung aus Karlsruhe wurde kurzerhand nach Gießen verlegt, die Informationen aus Gießen völlig verschlampt. Das Flugblatt aus Gießen ist nicht mehr auffindbar, so daß ich Euch nicht mehr sagen kann, was dort passierte; die in der letzten AKTION erwähnte Hausbesetzung in der Rüppurrerstr. 13 fand nicht in Gießen (wie beschrieben) sondern in Karlsruhe statt, wo auch die Leopoldstr. 24 besetzt wurde.

Ich bitte vielmals um Verzeihung - solche Verwechslungen werden sich aber auch in Zukunft nicht immer vermeiden lassen. Oftmals ist es anhand der geschickten Flugblätter sehr schwierig, die Aktionen eindeutig bestimmten Städten zuzuordnen. Darum eine Bitte an alle: Schreibt auf Eure Flublätter und Briefe den Ort und gegebenenfalls eine Kontaktadresse - die Briefumschläge und Inhalt bleiben nicht immer eine Einheit bis zum Druck der AKTION. (Ob dadurch die Verwechslung in der letzten AKTION vermieden worden wäre, weiß ich nicht.)

Anarchistische Adressenliste für die Niedelande

Nachfolgende Aufstellung entnahmen wir "De Vrije", einer anarchistischen Monatszeitschrift aus Amsterdam. Da ihre Adresse in der Aufstellung fehlt: Vrije Redaktiekollektief, Postbus 5412, NL-1007 AK Amsterdam.

AMSTERDAM: Spuigroep, postbus 51217; Fam. Gevers, P. Calandlaan 50 hs (020-154603); Anarchistisch Studenten Overleg, postbus 51217....APPELSCHA: NGVS, postbus 37....BEVERWIJK: postbus 393....DEN HAAG: Robbert, postbus 61523....DEN HELDER: P. Post, Louisehof 69 (02230-28428)....HAARLEM: postbus 934....HOOGVLIET: A.K.H., postbus 156....HILVERSUM: B. van Til, Heidestraat 13 fl.10 (035-45194)....MAASTRICHT: Jos van Golde, postbus 2109; 'LISA', Bovengaardenstraat 43....MIDDELBURG: D.D., postbus 139....NIJMEGEN: postbus 1610....NOORDWIJK: Paul Scheer, postbus 184....OOSTERWOLDE: Vrije Groep Oosterwolde, postbus 48....ROERMOND: Joop Lommerzen, H. geeststraat 14 (04750-17284); O.R.A., postbus 2569.....ROTTERDAM: AF/Rotterdam, postbus 3420....SNEEK: Willem dijkstra, postbus 344....TILBURG: Anarchisten in Tilburg, Baarshof 14 (013-353912)....TWENTE: Bert van Wakeren, Haaksbergerstraat 248, Enschede (053-312087)....UTRECHT: Anarchisten in Utrecht Werkzaam, postbus 411....VEENDAM: G.T. Arends, postbus 282....ZAANDAM: René Meijer, Troelstralaan 82.

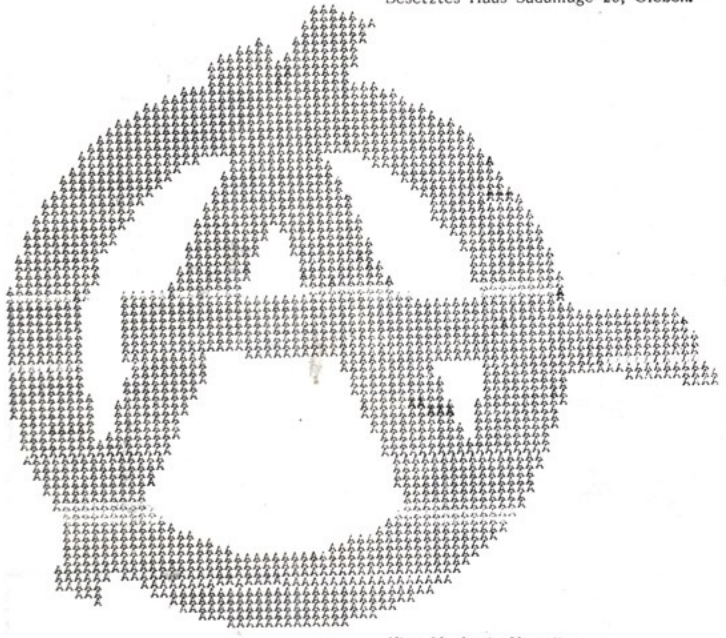
LANDELIJK ANARCHA-FEMINISTIES OVERLEG: secretariaat, postbus 1610 te Nijmegen.
LANDELIJK ANARCHISTEN OVERLEG (L.A.O.): secretariaat, Baarshof 14 te Tilburg, iedere derde zaterdag van de maand vergadering vanaf 12.00 uur in de AKU te Utrecht.

Sieben Jahre sind nicht genug

Gießen. Seit sieben Jahren ist das Haus Südanlage 20 besetzt - am 12. 3. 88 wurden auf einer großen Fete die nächsten sieben Jahre eingeläutet.

Tausend Jahre sind genug

Nochmal Gießen. Skins und andere Neonazis planen für den 30. April in Gießen ein Konzert, zu dem massenweise Faschoś aus Hessen und von weiter her erwartet werden. DAS DARF HIER NICHT LAUFEN. Gegenmaßnahmen werden diskutiert. Kontakt: Besetztes Haus Südanlage 20, Gießen.



Eine Nacht in Venedig

Braunschweig. Nachdem das Erwerbslosenzentrum abgerissen worden war, ist inzwischen auch der Nutzungsvertrag für die Böcklerstraße gekündigt worden - dieser war im Frühjahr letzten Jahres nach einer Besetzung des Hauses mit der SPD-Regierung abgeschlossen worden.
Am 23. 2. besuchten daraufhin 30 InterpretInnen des Protests das Staatstheater Braunschweig. Ihr Weg zur Bühne war samtig weich. Von Transparent und Flugblättern waren jedoch nicht alle Theaterbesucher begeistert, die eine Nacht in Venedig erleben wollten. Grüngejackte Herrchen mit Hunden trieben die InterpretInnen sehr bald wieder von der Bühne und - dann ohne Publikum - durch die Umgegend.
UNSER Theaterstück soll niemals enden!

Annehmbare Wohnungen für Alle!

(Counter Information, Edinburgh). Unter dieser Forderung stand eine Aktionswoche vom 22. - 29. 1. in London. In Anbetracht der Tatsache, daß die Makler gute Geschäfte mit der Wohnungsnot und mit miesen Wohnungen machen, wurden in dieser Woche etliche Maklerbüros (z. B. im Stadtteil Stoke Newington alle Makler!) besucht und besetzt. Auch die Büros von Politikern waren Besuchsziele. Konkreter Anlaß für die Aktionswoche ist der Umstand, daß in letzter Zeit verstärkt besetzter Wohnraum von Eigentümern und Staat geräumt wird; für Ende Februar wurden Massenräumungen im Council Hackney befürchtet.

Bullenrazzien in Malaysia

(Ecomedia, Toronto). Im Zuge der größten Bullenrazzia gegen Andersdenkende in dermalayischen Geschichte wurden im November letzen Jahres 98 Menschen festgenommen und verschleppt. Unter Isolationshaft, ohne Kontakt zu Angehörigen oder zu AnwältInnen, werden sie ohne Prozeß festgehalten und von Spezialeinheiten fortgesetzt verhört und auch gefoltert. Ihr Aufenthaltsort ist unbekannt. Nach den ursprünglich gegen Kommunisten gerichteten Gesetzen können sie bis zu 60 Tage derart festgehalten werden. Anschließend kann der Innenminister eine solche "Verwahrung" für weitere zwei Jahre anordnen. Nach malayischen Gesetzen können die Leute so bis zu 15 Jahre ohne Gerichtsverhandlung eingeknastet werden.
Der Premierminister erklärte zu dieser Haft: Jene Politiker und GrazwurzelaktivistInnen hätten festgenommen werden müssen, um Rassenunruhen im Vielvölker-Staat zu vermeiden. In diesem Zusammenhang wurden auch drei große Tageszeitungen verboten und die übrigen Zeitungen/Zeitschriften, alle irgendwelchen Regierungsparteien gehörend, scharfen Restriktionen unterworfen. Öffentliche Treffen sind verboten.

Fotos: Stadtzeitung Braunschweig (1), Doku "Berlin 1. 5. - 12. 6. 1987" (3)

kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

Internationale Anarchistische Zusammenkunft

Niederlande (De Vrije). In Ruigoord, bei Amsterdam, soll vom 23. - 27. 6. 1988 die "Internationale Anarchistische Zusammenkunft" stattfinden. Das Programm:
- Donnerstag: Ankommen und Kennenlernen. Abends sollen die Sprachprobleme besprochen werden.
- Freitag: "Anarchisten und Autonome". Einleitender Vortrag von Ralf Landmesser, Berlin. Fragestellungen: Inwieweit sind beide Begriffe von belang, Schubladenprinzip und gemeinsamer Hintergrund der Standortbestimmung, Feststellen von Perspektiven der Zusammenarbeit und das Überwinden von Zwietracht und gegenseitigen Vorurteilen.
Abends: Musikgruppen.
- Samstag: "Anarcha-Feminismus". Anarcha-Frauen werden den Tag sowohl politisch als auch kulturell "bestimmen".
- Sonntag: "Unser tägliches Leben". Wie Ideal und Realität zusammenbringen? Welche Konzessionen können wir machen, wo müssen wir auf unseren Prinzipien beharren? Wie gehen politische und ökonomische Aktivitäten mit dem persönlichen Leben zusammen? Poesie-Abend.
- Montag: ohne Thema.
Abends: Abschlußfest.

Kinderprogramm ist vorgesehen ("Wir tun unser Bestes"), am Samstag gibt es zwei Vorstellungen des Kinderzirkus "Arena".
Filme und Videos werden gezeigt.
"Kongreßsprache" sollen Deutsch und Englisch werden, Einleitungsvorträge nur in einer der beiden Sprachen gehalten.
Ende Mai soll ein "Programm-Buch" herauskommen und im linken Buchhandel zum Selbstkostenpreis verkauft werden. Inhalt: Praktische Hinweise, Einleitungen zu den Themen, Programmübersicht und Diskussionbeiträge. (Beiträge zum Buch bis 15. 4. - spätestens 1. 5. - an Postbus 1379, NL Enschede.)
Zelt, Schlafsack etc. mitbringen, von Amsterdam nach Ruigoord soll es einen Pendelverkehr geben.
Kostenbeitrag bei Ankunft: 15 Gulden, vermutlich wird der Kongreß jeden etwa 100 Gulden alles in allem kosten.
Kontakt: IAB 88 (Internationale Anarchistische Bijeenkomst)
Postbus 1610
NL-6501 BP Nijmegen.

kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

Afrikas längster Krieg

(Ecomedia Toronto). Der Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien ist inzwischen Afrikas längster Krieg und schon bald wird er der sich am längsten hinziehende Krieg im 20. Jahrhundert sein. Inzwischen überlegen die ehemaligen Kolonialherren, italienische Konzerne, ihren Atommüll im Kriegsgebiet zu lagern - entlang der Eritreischen Küste. Hierzu wurden der äthiopischen Regierung bereits 600 Millionen Dollar von der italienischen Regierung angeboten, für Hafen- und Küstenbauten.

Polens Nukem

(Counter Information, Edinburgh). Wie Aktivisten der unabhängigen Gruppe "Freiheit und Frieden" herausfand, lagert Polens Regierung in Miedzyrzec in Bunkern aus dem 2. Weltkrieg Atommüll. Als die 13 000 Einwohner der Stadt davon erfuhren, gingen 4000 von ihnen auf die Straße. Seitdem findet einmal im Monat eine Demonstration gegen den Bunker-Müll statt.

Im Sommer '87 begannen einige Menschen gar einen Hungerstreik gegen eine "Freiheit-und-Frieden"-Aktivisten auferlegte Geldstrafe. Zwischenzeitlich erklärte die polnische Regierung, keinen neuen Atommüll mehr in den Bunkern einzulagern.

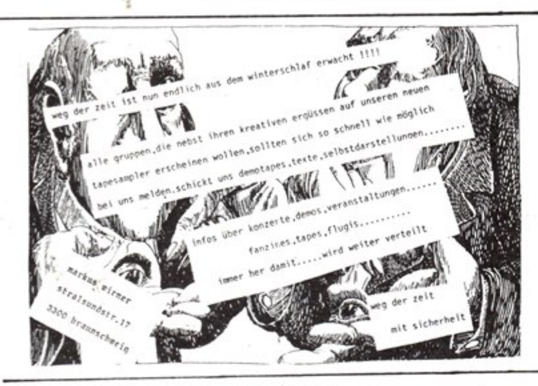


Unser kleiner Despot

(Chromdioxid c-90, dolby) wurde bereits in der AKTION Nr. 32 vorgestellt und für alle, die diese ausgesprochen geile Cassette noch nicht haben, hier nochmal:
Politisch, aggressiv und schnell ist der Cassetten-Sampler mit 13 verschiedenen Gruppen und 28 Tracks aus diesem unseren Lande, die alle einen politischen Inhalt haben und deren Niveau meist weit über der "immer druff uff de Bullen"-Aussage liegt. Die Texte, von ein paar englischsprachigen Ausnahmen abgesehen, sind in deutsch und in einem 48seitigen Beiheft nachzulesen, in dem es zudem noch umfangreiche Infos zum Sampler und zu den Gruppen gibt.
Wer die Cassette, deren Inhalt einen Einblick in die gegenwärtige Polit-Rock-Szene ergänzt, haben will, schickt 9 DM für das Tape inklusive Porto und Verpackung an die AKTION; bitte KEINE Überweisung auf das AKTIONs-Konto!!

Faschos greifen zum Messer

Auszüge aus einem Flugblatt der Antifaschistischen Aktion:
"Am 20. 2. 88 wurde Kai-Uwe bei einem Überfall von Faschisten in der Rehbockstraße (Hannover) lebensgefährlich verletzt.
Im Nachhinein war aus Skinheadkreisen zu hören, daß eine Aktion gegen die Besetzer des Sprengelgeländes zwischen FAP'lern und Skinheads abgesprochen war. Dieser faschistische Überfall ist in einer Reihe mit anderen Angriffen zu sehen: Zum Beispiel der versuchte Anschlag mit Rohrbomben auf dem Sprengelgelände im Herbst 1987 oder die Brandanschläge auf das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße und den Internationalismus-Buchladen.
...
Angesichts dieser Tatsachen ist es ein Hohn, wenn Innenminister Hasselmann noch in der vorhergehenden Woche von "unpolitisch motivierten Straftaten" der Faschisten in Hannover sprach. Auch diesmal wird schon wieder die Theorie von "unpolitischen Jugendgruppen" verbreitet.
...
Für uns ist eindeutig: Die Faschisten planten einen Brandanschlag aufs Sprengel und wurden aus irgendwelchen Gründen davon abgehalten - oder sogar von Kai-Uwe und anderen dabei ertappt. Kai-Uwe wurde von einem Ziegelstein aus nächster Nähe am Kopf getroffen - anschließend rammte ihm eins der Nazischweine ein Messer in den Rücken. Das war ein Mordversuch!"
Kai-Uwe geht es inzwischen schon besser, konnte nach wenigen Tagen die Intensiv-Station verlassen.



Info-Laden in Bremen durchsucht

Der Info-Laden der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen ist am 14. 1. 1988 auf Beschluß des Oberlandesgerichts Hamburg durchsucht worden. Seit zehn Jahren ist er Informations-, Anlauf- und Kontaktstelle für unterschiedlichste politische Gruppen und einer der letzten nicht-kommerziell betriebenen Buchläden.
Gesucht wurden die unbekannten VerfasserInnen, HerstellerInnen und ErstverbreiterInnen des "Info - Zeitung für den organiserten Durchbruch" vom 12. 10. 1987 wegen §129a (Werbung für terroristische Vereinigung). Anlaß sind unter anderem der Bekennerbrief der Revolutionären Zellen "Warum wir dem Asylrichter Korbmacher in die Knie geschossen haben" und Erklärungen der Roten Zora zu den Brandanschlägen auf Adler. Beschlagnahmt wurde alles, was in irgendeiner Weise interessant schien: Adressenlisten, Telefonbücher, Protokolle, Landkarten. Adresse des Ladens: St.-Paulistr. 10/11, 2800 Bremen 1.

Aktives Gibraltar

(Black Flag). Zwar nicht die Heimat des spanischen Anarchismus, aber für AnarchistInnen ein gutes Pflaster, ist Gibraltar. Die meisten der dort arbeitenden spanischen Docker, tägliche Grenzgänger, sind Mitglied der CNT--AIT. Jenen 900 ist es völlig egal, ob Gibraltar Spanisch oder Britisch ist, der Flugplatz ein spanisches Terminal hat oder nicht - ihre Aufmerksamkeit richtet sich auf ihre Arbeitsbedingungen und Löhne aber auch jene nuklearen Waffen in den Bergen von Gibraltar, deren Existenz von den Regierungen beider Länder verleugnet wird.

Stadtguerilla

(Schwarzer Faden). Das Projekt "Beiträge zur Geschichte der Stadtguerilla in der BRD und Westberlin" hat ein Literaturverzeichnis mit ca. 500 Titeln zusammengestellt. Das Archiv umfaßt auch Veröffentlichungen, die das Thema nur streifen (Datenschutz, Innere Sicherheit, andere Länder ...). 45 Seiten, A4, 8,- DM.

Haft für Abtreibung

Spanien (Ecomedia, Toronto). Die rigorose Abtreibungs-Gesetzgebung in Spanien führte zur Bildung geheimer Schwangerschafts-Abbruch-Dienste, in Barcelona kündigten Feministinnen an, ihr eigenes "Abtreibungs-Center" einzurichten. Am 6. 11. 1987 wurde dann das Caspe-Krankenhaus von Polizei durchsucht und geschlossen; Tosca und Anna Valckx, zwei Holländerinnen, für zwei Tage festgenommen. Sie sollen illegale Abtreibungen durchgeführt haben. Sie mußten freigelassen werden, trotzdem die Polizei behauptete, jene Klinik hätte über 4 000 Abtreibungen durchgeführt und den Frauen gefälschte Papiere über eine vorgebliche Abtreibung in Holland überlassen. Die Schließung und Festnahmen riefen in Barcelona sofort die feministischen Gruppen auf den Plan – inclusive Besetzung der Polizeistation. Ihr Ziel ist die freie, legale Abtreibung auf Verlangen.

kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

KDV-Kongreß

Am 14./15. Mai 1988 findet der Kriegsdienstverweigerer-Kongreß 1988 statt, vermutlich in Gießen. Kontakt: Kongreßbüro "KDV-Kongreß", Vogelsbergerstr. 15, 6000 Frankfurt/M 1, Tel. 069/4 98 03 94

1. Mai - 12. Juni 1987

Unter diesem Titel ist jetzt eine Dokumentation des Ermittlungsausschusses Berlin (Mehringhof) herausgekommen. Preis: 5,- DM.
Der 1. Mai in Kreuzberg und der Reagan-Besuch zur 750-Jahr-Feier Berlins - wer erinnert sich nicht mehr? Doch wer es genauer wissen will, sollte sich die fast 100 Seiten inklusive vieler Fotos nicht entgehen lassen. Kontakt: Der gute Buchhandel oder Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61.

UNZERTRENNLICH★
Autonomes Blatt
NR. 6
2,50 Mark
M. Zimmermann Crellestr. 22 1000 Berlin 62



kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

Bildungswesen in der Krise

Guatemala (ides). Aus Protest gegen den Lehrermangel besetzen Schüler und Eltern zunehmend ihre "Schulen". Baufällige Hütten müssen Klassen von 160 SchülerInnen aufnehmen. Während die Regierung 1986/87 1300 neue Lehrerstellen einrichtete, wurden im gleichen Zeitraum 2300 zusätzliche Polizeibeamte eingestellt - die sollen wohl die Unruhe unter den Bildungshungrigen unter Kontrolle halten!

Entführung - Folter - Hinrichtung

Guatemala (ides). Internationale Menschenrechtsorganisationen verzeichnen wieder einen Anstieg der Menschenrechts-Verletzungen in dem Mittelamerikanischen Staat. Hier eine Dokumentation über den Januar 1988:

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN — JANUAR 1988	
1. Außergerichtliche Hinrichtungen	46
2. Bei Attentaten Ermordete	16
3. Verlassen aufgefundene Leichname	30
4. Gefolterte	8
5. Verschwundene, Entführte	13
6. Befreite Entführte	1
7. Erschossene	21
8. Erstochene	6
9. Gestorben durch Erwürgen, Folter, oder anderes	19
10. Entführte Minderjährige	3
11. Bei Attentaten Verwundete	5

Quelle: Prensa Libre und El Gráfico *Cerigua, 6.2.88*

Aids und Flüchtlinge

Fulda. Als Anfang November 1987 eine Ghanaesin, Asylsuchende, wegen Blutdruckbeschwerden ihren Hausarzt in Hünfeld aufsucht, läßt dieser ohne Einwilligung der Betroffenen einen Aids-Test durchführen. Keine zwei Wochen später informiert er das Gesundheitsamt Fulda: Die Frau sei HIV-positiv und Prostituierte. Das Gesundheitsamt wendet sich unmittelbar und unter Namensnennung an den Landrat, der die Frau sofort zur Ermittlung ihres Aufenthaltes ausschreiben läßt. Die Bevölkerung wird aus der Presse informiert, unter faktischer Aufhebung der Anonymität der Frau. Wohlbemerkt: Fulda liegt in Hessen, nicht in Bayern.
Die Frau konnte sich nun nicht mehr aus dem Wohnheim 'raustrauen, selbst ihre Landsleute mieden sie fortan.
Ein zweiter Aids-Test brachte das gleiche Ergebnis - HIV-positiv. Ihn hatte das Gesundheitsamt durchgeführt. Erst ein dritter Test eines unabhängigen Arztes konnte keine Infektion nachweisen.
Beamtete und verwaltete "Ausländerraus"-Mentalität: Der Arzt und das Gesundheitsamt verletzen ihre Schweigepflicht, der Aids-Test ohne Einwilligung kommt Körperverletzung gleich, die den Tatsachen widersprechende Darstellung als Prostituierte ist als Rufmord-Kampagne aufzufassen.

Aids

(Ecomedia Toronto). Als im Dezember das Parlament des kanadischen Bundesstaates Britisch Columbia ein neues Gesetz gegen Aidsinfizierte verabschiedete, trat es in den Reigen vieler US-amerikanischer Bundesparlamente ein, die schon länger Aidsinfizierte Personen jederzeit einknasten lassen.

Schweden hat sich eine einsame Insel gesucht, um seine Aidsinfizierten dorthin zu verbannen.

ides ides ides ides ides ides

MEXICO

Ergebnisse des 3. nationalen Frauentreffens der CONAMUP

Vom 20. bis 22. November 1987 veranstaltete die CONAMUP (coordinacion nacional del movimiento urbano popular) ihr drittes nationales Frauentreffen, an dem außerdem Vertreter des CUD (coordinacion unica de los damnificados), der Näherinnengewerkschaft 19. September, Arbeiterinnen, Studentinnen, Bäuerinnen und Lehrerinnen teilnahmen. Es gab auch eine Arbeitsgruppe von Männern, die sich an der Diskussion beteiligte. Bei den Diskussionen ging es vor allem um die Rolle der Frau und um die Möglichkeiten, die Situation der Unterdrückung und Ausbeutung, die diese Hälfte der Bevölkerung erleidet, zu verändern.
In Bezug auf die Arbeit der Frauen, insbesondere die Hausarbeit, wurde kritisiert, daß diese meist als wertlos, weil unproduktiv bezeichnet wird. Oft verrichten Frauen schwerere Arbeit als die außerhalb angestellten Männer und die Regierung, die Unternehmer und die eigenen Männer sind die Nutznießer. Diese verdecken so die wirklichen Ausmaße der Krise und entledigen sich der ungewünschten Arbeiten: sich woanders als Hausangestellte verdingen, Essen, Schönheitsartikel oder sogar den eigenen Körper auf der Straße verkaufen, medizinische Fürsorge in der Nachbarschaft übernehmen, Näharbeiten ausführen und all die anderen Tätigkeiten, die eine die Not erfinden läßt, um ihre Ausgaben zu decken.
Dann wurden die Schwierigkeiten der Frauen angesprochen, die sich in den formalen Arbeitsprozeß integrieren: "Unsere Arbeit ähnelt der Hausarbeit, doch bekommen wir weniger Lohn als die Männer, sind sexueller Belästigung ausgesetzt und werden wegen Schwangerschaft und unserem Stand schlechter behandelt. Wir haben einen doppelten Arbeitstag und nehmen darüberhinaus noch Aufgaben in unseren Organisationen wahr."
Beim Versuch die Hausarbeit einigermaßen zu bewerten, kamen folgende Ergebnisse heraus:

- Einkäufe	1.500 Pesos
- Frühstückmachen	1.500 Pesos
- Essenmachen	2.000 Pesos
- Abwaschen	3.000 Pesos
- Abendessenmachen	1.500 Pesos
- Bügeln	2.500 Pesos
- Näharbeiten	2.000 Pesos
- Fegen, Bettenmachen	2.000 Pesos
- Kinder zur Schule bringen	1.500 Pesos
- Kindererziehung	8.000 Pesos
- Kinder und Ehemann beaufsichtigen	5.000 Pesos
- Buchführung über Ausgaben	7.000 Pesos
- sexuelle Beziehung mit dem Ehemann	25.000 Pesos

Das ergibt einen wöchentlichen Durchschnitt von 320.000 Pesos (1.000 Pesos waren damals ca. 1,- DM).
Ein weiterer wichtiger Punkt der Diskussion handelte von der Unterdrückung der Frauen, die von der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der Klassenteilung und dem Entstehen von Privateigentum ausgeht. Die Familie und die Ehe wurden als wichtigste Bereiche der Erniedrigung erwähnt, wo man uns blinden Gehorsam anerzieht, damit wir uns als privates Eigentum fühlen, das man schlagen und bedrohen kann. Das gesamte sexuelle Leben ist ein Bereich, der fast allen Frauen untersagt und negiert ist, die Beziehungen zum Ehemann oder Geliebten laufen immer unter Zwang und Gewalt ab, was in Wirklichkeit einer Vergewaltigung gleichkommt. Wir kennen unseren Körper nicht. Das kapitalistische Patriarchat ist für die Unterdrückung der Frau verantwortlich, es wirkt vom Haus bis zum kapitalistischen System, selbst in der Person des Ehemannes, "dem wir gehören", in der Person des Chefs, "der mit niedrigen Löhnen unsere Arbeit nicht entlohnt", in Gestalt der Regierung, "die die Krise hinter unserer Arbeit versteckt". Diese Beherrschung fällt nicht vom Himmel, sie hat ihre Mittel: die Kirche, die Traditionen, die Kommunikationsmittel und wir selber, aus Ignoranz, aus Angst vor Schlägen oder aus Zweifel an unseren Bedürfnissen, dienen zur Vermittlung der Unterdrückung an unsere Söhne und Töchter. Und die fehlende Organisiewrung ist ein weiterer Grund für den Fortbestand dieser Beherrschung.
Bei der Frage nach dem "was tun" war "Organisation", zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung die häufigste Antwort. "Wir müssen die Ketten brechen, die uns an alte Ideale der Frau binden, es ist fundamental, auf persönliche Erfahrungen zurückzugreifen, gegenseitige Solidarität zu üben und ein Bewußtsein unter Frauen und Männern zu schaffen, das die Reproduktion des Machismo in der Familie verhindert". Es sollten Demonstrationen, Versammlungen und Debatten durchgeführt werden, Kampagnen gegen Männergewalt und zur Alfabetisierung und die Integration von Frauen in die Organisationen, insbesondere auf Entscheidungsebene vorangetrieben werden.
Der CUD betonte die Verpflichtung zur Demokratie in allen Lebensbereichen: im Haus, im Land und in unserer Organisation, das bedeutet Gleichheit bei politischem Engagement und bezüglich der Rechte und Pflichten bei den Kindern. Ihrerseits machte die Näherinnengewerkschaft auf besondere Forderungen aufmerksam: ein Kollektivarbeitsvertrag für alle Beschäftigten, bessere Arbeitzsbedingungen und Löhne für die Frauen sowie die Einrichtung von Schulen für die Frauen über 40 Jahre, für Entlassene und Compas, die nähen lernen wollen. Die 40 Teilnehmer der Männerarbeitsgruppe stimmten in ihrer Analyse über Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen mit ihnen überein. Sie befürworteten eine kulturelle Revolution, in der Frauen und Männer Arbeitsformen entwickeln, in denen die Männer sich an der Problematik der Frauen orientieren, den Machismo zurückdrängen, das Selbstentscheidungsrecht der Frau respektieren, politische Aktivitäten der Frauen unterstützen und daß CONAMUP versuche, diejenigen Ehemänner, die sich politischen Aktivitäten ihrer Frauen widersetzen, zu überzeugen.
Angesichts der Unfähigkeit der PRI-Regierung, der Krise effektive Maßnahmen entgegenzusetzen, einigten sich die Frauen auf diverse Aktionsformen, um ihre Lebenssituation zu verbessern: Märsche, Mahnwachen, Wandmalereien, Besetzungen von Land und öffentlichen Gebäuden, Verkehrsbehinderungen, Zahlungsstreiks und Hungerstreiks.
Um die Lücken der Gesundheitsversorgung auszufüllen, wurden besondere Behandlungszentren, Beratungsstellen, Gesundheits- und Ernährungsworkshops eingerichtet. Auch wurde der Kampf gegen Alkoholismus begonnen, sowie gegen Schläger und Vergewaltiger, die durch vom Volk gebildete Gerichte zur Zurückhaltung gezwungen werden. Außerdem wurden Konsumkooperativen und Produktionszentren gegründet, die über Weiterbildungsstätten verfügen. Die Forderung nach Freiheit für die politischen Gefangenen und Verschwundenen ist nach wie vor zentral, auch weil der Staat eine dauernde Repressionskampagne gegen unsere Organisationen durchführt.
Die Vorhaben zur Verbesserung der Organisation betreffen unter anderem folgende Punkte:
- Entwicklung der Frauenorganisation innerhalb der Organisation
- Koordination auf regionalem und nationalem Niveau
- häufigere Treffen der Deligierten
- Durchführung halbjähriger Vollversammlungen
- Teilnahme an Treffen außerhalb Mexicos

(ides mexico; pueblo, feb. 88)



Katsuhisa Omori

Japan (Ecomedia, Toronto). Omori wurde auch in seinem letzten Prozeß zum Tode verurteilt (siehe AKTION 1/88, "kurz und schmerzhaft"). Schon Ende Dezember, rund einen Monat vor dem Prozeßtermin, wurden die Wohnungen von elf Mitgliedern der Omori-Unterstützer-Gruppe durchsucht. Vorgeblich sollen sie einem seit zehn Jahren einsitzenden Aktivisten der Japanischen Roten Armee beim Fälschen von Pässen geholfen haben - niemand von ihnen hat irgendwas mit der JRA zu tun. Die Bullen suchten außerdem weitere 60 Orte heim - Gruppen, die für die Abschaffung der Todesstrafe kämpfen, ArbeiterInnen--Gruppen, Palästina-Solidaritäts-Gruppen und aktive AnarchistInnen.

Ein Brief Omoris:

Die Staatsmacht hat beschlossen, am 21. 1. ein Urteil über mich zu sprechen.
Sie haben absolut keine Beweise, mich schuldig zu sprechen. Es ist sicher, wie auch immer, daß die Staatsmacht, die meine Gedanken für gefährlich hält, den Spruch des DistrictGerichts von Sapporo aufrechterhalten wird, mich schuldig sprechen und zum Tode verurteilen wird.
Aber ich werde nicht aufgeben. Ich werde weiterhin kämpfen, bis zum bitteren Ende, für eine horizontale, staatslose Gesellschaft.
Ich sende meine warmen Grüße der Solidarität zu unseren Kameraden in Übersee.
Katsuhisa Omori
28. Dezember 1987

Doppelbestrafung

Das übliche Problem: Wehrdienst wird total verweigert, Verurteilung und Bestrafung folgen unmittelbar. Doch anschließend erfolgt eine neue Einberufung - folgt der Totalverweigerer dieser erneut nicht, wird er erneut verurteilt und bestraft. Das Spiel kann sich fortsetzen, bis das wehrfähige Alter überschritten ist. Doppel- und Mehrfachbestrafung für eine Tat: die "ungebührliche" Gesinnung.
Aktueller Fall: Urs Marquardt steht am 18. 4. 1988 zum zweiten Mal vorm Amtsgericht (Heidelberg?), nachdem er vom Amtsgericht Heidelberg bereits zu 6 Monaten Freiheitsberaubung auf Bewährung und Arbeitsdienst verurteilt wurde. Er hatte zuvor seinen Zivildienst nach 8 Monaten abgebrochen. Nach seiner ersten Verurteilung wurde er jetzt erneut zum Zivildienst einberufen. Kontakt: Urs Marquardt, Sonnenallee 29, 1000 Berlin 44.

Libertäre Tage 1989

(De Vrije). Der "Zweihundertste" der französischen Revolution ist für anarchistische Gruppen aus Frankreich, der Schweiz, Italien und Kanada Anlaß, Internationale Libertäre Tage 1989 zu organisieren. Ziel ist ein Austausch der Ideen über Theorie und Praxis des Anarchismus, um ein Gegengewicht zu den bürgerlichen Informationsströmen zu haben. Zeit: Eine Woche zwischen Ende August und Anfang September 1989. Kontakt: Collectif '89, 13 rue Pierre Blanc, F-69001 Lyon, Frankreich.

HausbesetzerInnen in Spanien

(Ecomedia, Toronto). Unmittelbar nachdem drei Männer und eine Frau in Barcelona aus ihrer Wohnung geschmissen wurden, begannen sie vor dem Rathaus der Stadt zu wohnen, ein Zelt aufzubauen. Schon kurze Zeit später kamen die ersten UnterstützerInnen, um eine permanente Wache zu garantieren. Weitere anderthalb Wochen später waren es 150 Leute, zumeist aus dem anarchistischen Zentrum, die sich zu einer Spontan-Demo zusammenfanden, durch die Stadt zogen und nach besetzbaren Häusern Ausschau hielten. Das dabei besetzte, bis dahin (15. November 1987) leerstehende Haus, war Ende Januar noch immer besetzt.
Hausbesetzungen sind in Spanien auch sonst recht populär.

Wege zur Sozialen Verteidigung

Unter diesem Motto findet vom 17. - 19. 6. 1988 in Minden/Westfalen ein Bundeskongreß der Aktionsgemeinschaft Friedenswoche e. V. statt. Eine der Fragestellungen: "Wie können die angestrebten Strukturveränderungen gegen militärische Eingriffe gewaltfrei verteidigt werden?" Vielleicht für anarchistische U-Boote ganz interessant (Vorsicht vor im Meer stehenden Plattformen!). Kontakt: Kongreßbüro, Wege zur ..., Alte Kirchstr. 1a, 4950 Minden.

Anarchistische Presse nach 1945

In der Reihe Libertäre Wissenschaft erscheint demnächst von Holger Jenrich: Anarchistische Presse nach 1945 in der Bundesrepublik. Die Arbeit soll einen detailierten Überblick über alle in der BRD bis heute erschienen Zeitungen und Zeitschriften, die Gründe ihrer Einstellung, ihre Probleme, Repression, mangelnde Wirtschaftlichkeit und Qualität, Insidertum etc. geben. 20 DM Subscriptionspreis für Schnellentschlossene, die bis 15. 4. auf Postgiro 138 74-706 - Trotzdem Verlag - Postgiroamt Stuttgart überweisen; späterer Preis: 32 DM.

DESERTEURE

Während des Zweiten Weltkrieges sind Tausende von "Wehrkraftzersetzern", "Fahnenflüchtige" und "Deserteure", welche in den Reihen der Wehrmacht standen, von den Faschisten ermordert worden. Diese Ermordungen wurden in Form von "Gerichtsurteilen" legitimiert. Demokratisch getünchte Nazirichter machten Karriere in der BRD während die Deserteure immer noch als Gesetzesbrecher gelten.



In Darmstadt und in Bremen wurden letztes Jahr Denkmäler "für den unbekannten Deserteur" gesetzt u. a. durch die Initiative "Darmstädter Friedenshetzer" und "Reservisten verweigern sich" (Bremen). Die Bremer Initiative fragte bei Ledernacken-Führer Wörner nach:

"Wenn es richtig ist, daß der von (Nazi) Deutschland geplante und geführte Krieg ein unermeßliches Unrecht war, hat da nicht jeder, der sich aus Gewissensgründen oder einem anderen Anlaß der Beteiligung daran widersetzt hat, richtig und ehrenwert gehandelt?"

Der Unterstaatssekretär Würzbach, ein Wörner-Gruppenführer, antwortete auf die Aktion:

"... daß diese eine Diskriminierung der Männer und Frauen des Widerstandes gegen Hitler und all der Soldaten des Zweiten Weltkkrieges, die ehrenhaft und in gutem Glauben ihre Pflicht getan haben, ist."(!)

Die Offiziere des Widerstandes vom 20. Juni begingen aber mit ihren Widerstand nicht nur einen Bruch des damaligen "Rechtes", sondern hatten gewiß nicht die Errichtung einer Demokratie vor Augen. Diese Offiziere haben schließlich bis 1944 ihre Pflicht, nämlich den Schwur auf Hitler, erfüllt.

Es sei eine "Verleitung der heutigen Soldaten zu einer Straftat gegen die Landesverteidigung."

Offensichtlich hat die Bundeswehr hier einen empfindlichen Nerv.

Als in Kassel eine recht harmlose Tafel für die, welche "in der Fortführung des Krieges keinen Sinn mehr sahen", aufgehängt wurde, durfte diese Tafel nur neben einer anderen hängen, auf welcher die "Kurhessische Marine", welche "auf allen Meeren für Deutschlands Ruhm und Ehren kämpften" gewürdigt wurde.

Welchen Wert Desertation in der BRD hat, kann Mensch daran sehen, daß es heute eine Akademie der Bundeswehr für psychologische Verteidigung (Kriegsführung) gibt. In dieser wird geprobt, im Vorfeld des atomaren Holocaust, den Gegner zum Desertieren zu bringen, z. B. mittels Radio, Balons, die Flugblätter abwerfen usw. Die Bundeswehr hat kein Feindbild. Aber der Feind ist natürlich der Osten und nicht etwa die "luxemburgischen Massenarmeen".

Vor einem Abkommen zur Unterlassung der (offenen) psychologischen Kriegsführung, versuchte die Bundeswehr wie folgt zum Desertieren zu animieren:

Die Akademie für psychologische Verteidigung wertet für ihr Geschäft täglich die Prawda und andere Zeitungen aus, insgesamt ca. 100 Zeitschriften aus dem Osten.



Die Schwachsinnigkeit ihrer Taten erkennen beide Psychokrieger nicht an (die NVA betrieb offen - jetzt nur noch unter der Hand - ebenfalls die psychologische Kriegsführung). Wehe dem Deserteur, der im eigenen Land noch erwischt wird. Aber mit Handkuß wird der "gegnerische" Deserteur aufgenommen, obgleich er ja gegen "Gesetze" verstößt.

Die BRD begrüßt also "Gesetzesbrecher aus dem Feindesland und stuft aber Deserteure aus dem Nazideutschland immer noch als Gesetzesbrecher ein. Logisch, eigentlich, schließlich muß Recht Recht bleiben, selbst wenn von Hitler und Konsorten verfaßt.

Die Gesetzeshüter, also Richter, Richter des Dritten Reiches, taten ja nur ihre Pflicht (wie Waldheim etc.), da sie ja "nur" nach geltendem Recht handelten.

Vertrauen auf militärische Aktionen



Kriegsdienstverweigerung im Nazideutschland gilt auch heute noch als eine kriminelle Tat. Hinterbliebenenrente bekommen diese "Verbrecher" natürlich nicht. Die Bundeswehr selbst ist bei diesem Thema empört:

"Desertation werde zumindest zum akzeptablen Verhalten erklärt."

Foto mit Soldatenfriedhof und lachender Soldat: "Soldaten der NVA! Lieber nebeneinander leben als nebeneinander liegen."

Handzettel: "Gabi mag dich. Auch als Krüppel?"

Dies sind nur einige der subtilen Abwerbungsversuche.





So wurde kein Wehrmachtsrichter verurteilt. Stattdessen gilt die Robe im Nazireich auch in der nachfolgenden "Demokratie" als Empfehlung, um zu höheren Ehren aufzusteigen. Wehrmachtsrichter wurden in der BRD u. a.:

- sechs mal Landesgerichtsdirektoren
- drei mal Staatsanwälte
- 10 mal Senatspräsidenten
- drei mal Gerichtspräsidenten
- zwei mal Bundesrichter

Der ehmalige Nazirichter Filbinger wurde Ministerpräsident von Baden-Württemberg. An seine Nazi-Zeit konnte er sich nicht erinnern (Waldheim grüßt solidarisch). Es ist also gewiß nicht verwunderlich, wenn heute Gerichte in dieser Tradition Recht sprechen und dies als Recht politisch abgesegnet wird, hatte (nun) Kleindeutschland doch so blendend-braune Führer ... äh ... Politiker wie Carstens, Globke, Lübke, Kiesinger, usw, die es immerhin zum Bundespräsidenten, Bundeskanzler oder Staatssekretär gebracht haben.

Ein Großteil des deutschen Volkes gelobte Hitler den Gehorsam. Wohin also mit dem faschistischen Ballast? Entnazifizierung? Find ich gut! Also hat mensch heute an jeder Ecke einen Skinhead, bei jeder Demo (nicht mal Antifa) Faschosprüche, fluchende Idioten, die CSU im Bundestag (Bayern wurde kaum entnazifiziert), um nur einige offene Erscheinungsformen zu dokumentieren.

Und das Fazit daraus: Je höher besoldet, wenn möglich noch als Staatsbüttel, desto ungenierter dürfen sie Schweinereien begehen. Völlig egal, ob legal im Nazireich, illegal in der "Demokratie" oder scheiß egal in Kiel. Das war früher so, ist heute so, und wird auch immer so bleiben, denn deutsch ist Pflicht, und Pflicht ist Pflicht!

Störtebeker

BUNDESWEHR

Aufgrund des Artikels über die Bundeswehr in der letzten AKTION (Nr.33) erreichte uns ein Brief der Zeitschrift "Ausbruch", an die sich Leute wenden können, die Interesse an einer weiteren Diskussion zum Thema Soldatenarbeit und Bundeswehr haben. Kontakt:
Ausbruch
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
4400 Münster

Ohne Moos – nix los !

Für eine Finanzdebatte der Bewegung

Ausgehend von den permanenten Geldnöten der Bewegung u.a. für die Gefangenen, Zentren und Infoläden, Material etc. halten wir es für wichtig, die Geldknappheit kollektiv anzugehen. D.h. auch weg zu kommen von der Finanzierung von Bedarf zu Bedarf hin zu einer kontinuierlichen und damit kalkulierbaren Geldbeschaffung. Die illegale Geldbeschaffung wollen wir hier nicht diskutieren.
Bei kleineren Beträgen, die für Flugies, Flugblätter, Megaphone etc. anfallen genügt wohl noch die spontane Art des Geldsammelns bei Treffen, Veranstaltungen, Plenas usw.
Doch schon bei etwas größeren Beträgen und vor allem solchen, die regelmäßig aufgebracht werden müssen, gibt es immer wieder enorme Schwierigkeiten. Von den Ratschlägen, einfach Wohnungen und Häuser zu besetzen, damit wir Infoläden und Zentren haben, halten wir in Hinblick auf eine kontinuierliche Arbeit nicht viel. Das mag zwar im Einzelfall sinnvoll sein, aber generell läßt sich aufgrund der Repression wohl selten zu einer längerfristigen Perspektive kommen.
Nun gut, als einzige momentan realistische Perspektive, unsere Geldnöte zu lindern, sehen wir in monatlichen Zahlungen am besten per Dauerauftrag auf die Konten unserer Projekte. Dies hat den Vorteil, daß nicht immer die gleichen paar Aktiven für alles löhnen müssen, denn es können auch Leute sich daran beteiligen, die mit uns sympathisieren, aber aus zeitlichen, räumlichen Gründen nicht oder nicht oft sich einbringen können. Außerdem gilt der Spruch Millionen (Menschen) sind stärker als Millionäre. Ein solche Zahlungsweise drückt daher Solidarität und Verantwortung von Individuen für ein Projekt bzw. für die Bewegung aus und ist somit ein Teil von Kollektivität. Der Aufwand irgendwelche Solidaritäts-, Benefiz- und Kohlebeschaffungsfeste organisieren zu müssen wäre geringer und manche Feste wären vielleicht, wenn der Zwang zum Kohlescheffeln nicht mehr da wäre, auch wieder etwas angenehmer, sowohl für die Besucher als auch für die Organisatoren.
Und das Argument, ich hab keine Kohle, zieht nun wirklich nur in den allerseltesten Ausnahmefällen. 5.- bis 10.- DM bzw. ein bis zwei Prozent des Einkommens kann wohl jede/r abdrücken. Allerdings haben wir beim Libertären Zentrum in Frankfurt die Höchstgrenze auf 50.- DM monatlich festgelegt, damit nicht eine Abhängigkeit von einer Person entsteht und bei Ausfall dieser, kein größeres Loch entsteht. Also, Verbindlichkeit ist angesagt, d.h. auch, daß nicht gleich bei jeder Sache, die einem bei einem Projekt nicht passt, der Dauerauftrag gekündigt wird. Ein bischen Toleranz und Vertrauen für unsere Projekte gehört da natürlich dazu.



Ein kleines Beispiel zum Schluß. Wenn 500 Leute aus dem Rhein-Main-Gebiet 10.- DM auf die Knastkonten einzahlen würden, wäre mit 5000.- DM monatlich einiges mehr für die von der Repression drinnen und draußen Betroffenen zu erreichen.
Das gilt natürlich auch für allen anderen Projekte, Bewegungen etc.
Wenn sich diese Form der Finanzierung durchsetzen würde, wären wir sicher auch einen großen Schritt weiter hin zu einer sozialrevolutionären Organisierung. Die inhaltliche Organisierungsdebatte hätte ein zweites Standbein.
Und noch eins. Wir sind mehr, als wir denken!

AnarchistInnen aus Ffm

REMEMBER

Die Vorstellung früherer Nummern unseres anarchistischen Magazins ist von den LeserInnen besonders aufmerksam aufgenommen worden. Und kein Wunder, existiert doch die AKTION nun über sieben Jahre. Die Artikel, Diskussionen und Beiträge dokumentieren aufs trefflichste die wild bewegten Momente der Achziger Jahre.

Die bisher vorgestellten Ausgaben wurden rege nachgefragt. Wieder wenden wir den Blick zurück.

Es gibt sich die Ehre: AKTION Nr. 5-82

Inhalt:

1. Titelgeschichte ist das Erdgasröhrengeschäft: Breschnew bittet zur Arbeit - alle verdienen mit, und die BRD vorneweg. Da lacht noch die Sonne über der Ruhr!
2. Wieder aktuell: die Atommafia, Hanau, und dessen Wirtschaftsförderungsprogramm.
3. 1. FC Krawall in der Trainingspause: Kleines Schwarz-Weiß-Poster von der staatstragenden Jugend.
4. 100 kg Dynamit und die ABC Hydro-Nebenstation.
5. FAF: Französische AnarchistInnen geben keine Ruhe.
6. Mujeres Libres: Die Zukunft ist weiblich.
7. Internationales, Nato, El Salvador und anderes; Nationales, Erich Mühsam, Anarchissmus in der Praxis.
8. Filmbesprechung: Missing - von der Wirklichkeit der Fiction

Diese AKTION gibt es für 2,00 DM incl. Porto. Wie immer gibt es bei Massenbestellungen gerne Mengenrabatt (gilt auch für die anderen zurückliegenden Ausgaben!)

Stortebeker





K(l)eine Ursache - Feuerspiele



Die Köpfe zerbrechen sie sich - die Verantwortlichen für Sicherheit und computerisierte Ordnung. Besondere Probleme bereiten ihnen die Rechenzentren. Zentrale Schaltstelle im Produktions- und Verwaltungsablauf (der dazu noch nicht mal sonderlich modern sein muß), hat ihr Total- oder auch nur Teilausfall umfangreiche Folgen. Da kann sogar Altpapier plötzlich deutlich im Marktwert steigen.

Bei Mannesmann Austria war eine Fensterscheibe eingeschlagen worden. Als vier Stunden später die ersten Angestellten zur Arbeit erschienen, waren in der Zwischenzeit ein Drucker sanft von Flammen liebkost (Schaden etwa 5 - 10 000 DM) und der Fußboden ein wenig angesengt worden. Der Gesamtschaden dürfte dennoch die Millionengrenze (nicht nur in Schilling) überschritten haben, mußte doch letztlich der Maschinenpark im Rechenzentrum vollständig ausgewechselt werden. Von den Schadensgutachtern wollte nämlich niemand die Verantwortung für mögliche Spätausfälle im System übernehmen - die entstandenen Rauchgase aus den verbrannten Kunststoffen hatten sich überall niedergeschlagen; unter dem Einfluß der Luftfeuchtigkeit als aggressive Säuren. Korrosion geht alle(s) an, auch die sensiblen Datenträger. Die Magnetbänder mußten spezialgereinigt werden, leider ist aber nichts davon bekannt, daß das damals gerade berechnete Weihnachtsgeld für die ArbeiterInnen ungewöhnlich hoch ausgefallen wäre. Das war im Oktober 1986.

Ein Jahr später bekannte ein Mannesmann: "Wir glaubten nicht an den tatsächlichen Eintritt eines derartigen Anschlages und haben aus wirtschaftlichen Gründen die Objektschutzmaßnahmen nicht in das Katastrophenvorsorgepaket inkludiert." Nicht nur, daß der Versicherungsvertrag lückenhaft war, es gab auch keine Einbruchs- und Brandschutzeinrichtungen.

Jener Mannesmann nennt auch gleich noch einen scheinbar allgemein verbreiteten Schwachpunkt älterer Rechenzentren: "In früheren Zeiten, als die Rechenzentren noch als Prestigobjekte galten, standen Optik und Repräsentation im Vordergrund." - erkennbar an der Glasfassade und örtlichen Nähe zu stark frequentierten Plätzen. Angst hat der Mannesmann auch, daß ihm sein schönes Refugium über die Ansaugung der Klimaanlage zerstört wird, und bange wird ihm bei dem Gedanken, daß verschiedentlich Rechenzentrum und Papierlager einen gemeinsamen Brandabschnitt darstellen. Was wird nach dem nächsten Brand, ausgelöst durch die Zigarette eines Angestellten, wenn dann seine Bit-Ströme im Chaos des Wassers aus der Sprinkleranlage und des Schaums aus den Feuerwehrspritzen fröhliche Urständ feiern? Selbst Gasleitungen soll es neben und in Rechenzentren geben.

Aber in seinen lodernden Alpträumen tut sich dem Sicherheitsfachmann am Horizont noch ein Hoffnungsschimmer auf: "Durch das Verständnis und die Identifikation der Mitarbeiter mit den Sicherheitsmaßnahmen steigt auch die Akzeptanz."

Als 1979 in Wien ein Kaufhaus von fröhlich feiernden Flammen erwärmt wurde - der mit feurigem Elan forschende Kriminalhauptmeister nannte anschließend als Brandursache menschliche Unachtsamkeit -, verschlangen sie freudetrunken auch die in feuerfesten Panzerschränken lagernden Datenträger. Da Kopien selbiger nicht up-todate waren, wurde anschließend auch im hinterletzten, "überlebenden" Papierkorb nach Schmierpapier geahndet. Es könnte sich ja um eigentlich längst überholte, plötzlich aber wieder wertvoll gewordene Computerausdrucke handeln. Nichts ist so jung, wie das Altpapier von gestern!

AfF (Arbeitsgemeinschaft freilebender Flammen)

»Libertäres Zentrum«

Es waren die Gewerkschaften, die CNT, die diese Schule einrichteten und trugen, die Matrosen, die Dockarbeiter und Schauerleute. Das nötige Kapital für den Anfang hat Durruti uns beschafft.
Dabei ist es natürlich nicht legal zugegangen. Jetzt kann ich es Ihnen ja ruhig sagen: Es war ein Überfall, nicht auf eine Bank diesmal, sondern auf eine Wechselstube. Durruti ist hingegangen, mit der Pistole in der Hand, hat das Geld verlangt, es gab eine Schießerei, die Gewerkschaft bekam ihr Geld, die Schule konnte anfangen, das ist alles.

LIBERTÄRES ZENTRUM MOERS

Im Septemper 1981 gründete sich auf Anregung des Besitzers des Hauses (ein Genosse aus Hamburg), der Verein "Initiativen-Haus Essenbergerstr. 100 e. V.". Wir gaben uns eine Satzung, ließen uns bei Gericht eintragen und konnten somit das ganze Haus zum Selbstkostenpreis nutzen. Einen Verein mußten wir gründen, um den Eigentümer abzusichern, so daß er für Sachen die im Haus ablaufen nicht haftbar gemacht werden kann. Das war eine Sache, die man eingehen konnte, wenn der Eigentümer schon keinen Pfennig Miete für sein Haus sieht. Von uns wurden dann das Erdgeschoß und die 2. Etage privat vermietet (billiger Wohnraum für Genossen). Die 1. Etage wird durch Spenden der Vereinsmitglieder finanziert.

Das heißt, seit 7 Jahren wird dieses Haus selbstverwaltet, ist Teil der autonomen und anarchistischen Struktur in der Region und macht zugleich deutlich, daß das Leben ohne Hausbesitzer nicht nur möglich sondern auch sehr angenehm ist. Seit Anfang an wurde die 1. Etage von mehr oder minder beständigen Initiativen genutzt. Hauptsächlich Autonome und Anarchistische Gruppierungen wird die 1. Etage zur Verfügung gestellt z.b. Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Autonome Friedens Ini, Vobo Ini und der FAU, die eine große Rolle im Haus spielt.

Es finden auch kulturelle Veranstaltungen statt, wie Theater, Filme, Lesungen u.s.w.. Es gibt auch seit Anfang 1985 eine Arbeitsgruppe "Linke Theorien", die große Auswirkungen auf das Haus hatten (haben). Durch das mehr Wissen, (Lesen, Diskussionen) war es nur ein kleiner Schritt, um aus dem Initiativenhaus 1986 ein Libertäres Zentrum zu machen. Denn das spiegelte nur das wieder, was wir in unseren Köpfen haben.

Zusätzlich zum Theoriekreis gibt es einen Praxiskreis, wo wir versuchen unsere Theorie in die Praxis umzusetzen.

Die Räume werden auch für landes.- und bundesweite Treffen genutzt, z.b. Zeitschrift "Aktion", Vorbereitungstreffen für Demos, Tagungen der FAU usw..

Leider will der Eigentümer jetzt 60000 DM Hypothek auf das Haus aufnehmen. Das heißt, wenn er die Raten nicht bezahlen kann, gehört das Haus der Bank, und was sie dann vorhaben kann, man sich leicht vorstellen, bestimmt kein autonom verwaltetes Haus. Er hat uns aber auch ein Angebot gemacht, nämlich daß wir die 60000 DM aufbringen, und wir ihm das Haus abkaufen. Das ist eine Lösung, die uns halbwegs entgegen kommt.

Da der Verein und keines seiner Mitglieder in der Lage sind, ein Darlehen über 60000 DM aufzunehmen, bleibt uns nur eine Lösung, um das Haus zu behalten und für unsere Zwecke zu nutzten: einen SPENDENAUFRUF.

Spendet, was das Zeug hält, damit wir das Geld zusammen bekommen oder wenigstens den größten Teil. Das Haus soll dann auch keiner Einzelperson gehören, sondern dem Verein. Das heißt, wenn sich der Verein bzw. das Libertäre Zentrum auflöst, würde das Haus keiner Einzelperson gehören, sondern einer Autonomen/Anarschistischen Gruppe, die das Haus nutzen will, überschrieben. Es würde also erhalten bleiben. 60000 DM hören sich viel an, aber auf viele verteilt ist es wenig. Wir finden es wichtig, das L.Z. Moers für die autonome/anarchistische Scene zu erhalten, denn es gibt nur wenige Städte, die einen festen Treffpunkt oder ein Haus haben.

Sparkasse Neukirchen Vluyn
Bankleitzahl 354 514 60
Kontonummer 859959
Stichwort: HAUS

Spendet und erzählt es weiter !!!

I W F

Treffen der Anti-AKW-Bewegung zum IWF-Kongress am 6.-8.Mai in Berlin

Im September 1988 kommen über 10 000 Finanzminister, Bankiers, Notenbankchefs und ihre Helfershelfer zu ihrer alljährlichen IWF/Weltbank-Tagung zusammen, diesesmal in Westberlin.
Zu dieser Tagung wollen sich AKW-GegnerInnen praktisch und öffentlichkeitswirksam verhalten. Es besteht die Chance, den Widerstand hier gegen Atomanlagen mit anderen zu verbinden und mit neuen Inhalten und Perspektiven fortzusetzen.
Auf dem Berliner Treffen im Mai sollen die folgenden Themenschwerpunkte inhaltlich vertieft und Aktionsvorschläge als Beitrag der Anti-AKW-Bewegung im Herbst entwickelt werden.
Bisherige Themenvorschläge:
* Leiharbeit - Flexiblisierung - Umstrukturierung
* Brasilien: Verschuldung - Exporte - AKW's - Energiepolitik - Bombe
* Energie als Machtfaktor
* Aufarbeitung der KWU-Kampagne

Eine vollständige Materialiensammlung wir in Marburg angelegt. Dort können Beiträge hingeschickt und der Reader angefordert werden. Kontaktadresse:
BIGAM Marburg
c/o KFZ
Schulstr. 6
3550 Marburg

Freitag
Auftaktveranstaltung zum Stand der IWF-Kampagne
Samstag
Referate, Arbeitsgruppeen und Diskussionen und am Abend ein Fest "Tanz den Atom, tanz den IWF!"
Sonntag
geht's an die praktische Umsetzung...

Es gibt den Vorschlag für einen dezentralen bundesweiten Aktionstag oder eine zentrale Demo in Berlin im September. Diese Frage soll auf dem Treffen im Mai geklärt werden.
Für Anmeldungen, Schlafplatzvermittlung und den Überblick für das Festkomitee wendet euch an die Berliner Kontaktadresse:
Anti-AKW-Gruppe 61
c/o TUWATT-Laden
Mittenwalder Straße 6
1000 Berlin 61



Stell Dir vor, es ist D E M O und die POLIZEI geht nicht hin!

IRRE, WAS?

Aber wart mal, was geht dann ab?

Ein Haufen Demowilliger und ein paar Chaoten ....
Ruck, zuck ist die Randale da! Die Stimmung wird ätzend!

Das Anliegen der DEMO geht den Bach runter! Und die große Solidarisierung bleibt aus, weil's den kleinen Mann nur verschreckt!

DESHALB, LEUTE, EASY ....

einen anständigen Abstand zwischen den aggressiven Typen und uns hergestellt,
den Rest überlaßt den Jungs von der Polente.

Also: ***Laßt uns 'ne coole DEMO machen*** - die Sache ist ernst genug!!

Und guck mal, der Typ da drüben mit dem Helm und Schild:
ist auch nur'n Mensch!!

INFO umseitig *INFO* umseitig *INFO* umseitig *INFO* umseitig *INFO*

V i S d P RP Darmstadt

KEIN APRILSCHERZ!

DIESES INFO WURDE AM 19.3.88 ANLÄßLICH EINER ANTI-ATOM-DEMO IN HANAU VON DEN BULLEN VERTEILT.